DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

271 24. JAHRGANG April 2007 4,50 €

AUS DEM INHALT:

BUKO AM WENDEPUNKT?

Die gute alte BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) zeigt durchaus Ermüdungserscheinungen. Der jährliche Kongress, der in diesem Jahr zu Ostern in Leipzig stattfindet, ist nach einer Flaute seit 2001 wieder gut besucht, dazwischen aber funktionierte der Kontakt der BUKO-Gruppen aber spärlich. 30 Jahre, das sei doch höchstens die Zeit für eine Midlife-Crisis, meint Jutta Sundermann in ihrem Beitrag »Katzenjammer oder Zuversicht« auf Seite 3.

GRÜNE KRAFT

Der Verlag »Grüne Kraft« ist einer der ungewöhnlichsten Verlage im deutschsprachigen Raum. Werner Pieper, Inhaber des kleinen Verlages im Odenwald, macht keine Verträge und kaum Werbung. Er verlegt am liebsten, was ihn selbst interessiert und worüber er selbst nicht genug weiß. Ende letzten Jahres bekam er den »Blue Bird Award« überreicht. Anlässlich der Verleihung gab Sharon Levinson in ihrer Laudatio einen Überblick über das ungewöhnliche Leben des Verlegers. Seite 4

HOF ULENKRUG

Die nördlichste Longo maï-Kooperative, der Hof Ulenkrug in Mecklenburg-Vorpommern, ist in diesem Jahr damit konfrontiert, dass die acht mächtigsten Staaten der Welt ihre jährliche »gemütliche Gesprächsrunde« 60 km von dem Hof entfernt abhalten. »Ein ausgesprochen ärgerliches Ereignis«, meint Jürgen vom Hof Ulenkrug. Seite 5

G8-PROTESTE

Die G8 und ihre Finanzinstitutionen IWF und Weltbank beherrschen den Weltmarkt nicht uneingeschränkt, aber der freie Markt dominiert selbst seine Opposition. Der alternative Süd-Süd-Handel in Lateinamerika muss innerhalb der kapitalistischen Vergesellschaftung stattfinden. Die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada oder der EU gehören in den Fokus der Proteste gegen die G8 – und die Kritik am Globalisierungsgewinnler Deutschland. Seite 11

Einen ersten Überblick zu den G8-Protesten (Aufrufe zum G8-Alternativkongress, zur Großdemonstration und über die schon im Vorfeld erkennbaren Versuche, die Protestbewegung zu kriminalisieren, geben wir auf Seite 12.

GENOSSENSCHAFTEN

Der Kongress »Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« reflektierte gegensätzliche Konzepte – wie das Leben selbst. Allein das Wort Solidarität übte eine große Anziehungskraft aus auf alle, die anders leben und arbeiten wollen als unter dem Profitsystem. Der Kongress hat bedeutende Beispiele insbesondere aus der Dritten Welt vermittelt, aber auch viele Fragen offengelassen. Seite 13

www.contraste.org

WULFSHAGENERHÜTTEN, PRENZLAUER BERG, DIBSCHTSCHE

Christliche Basisgemeinden

In seiner letzten Predigt in der Kathedrale von San Salvador forderte Oscar Romero die Soldaten zur Befehlsverweigerung auf. Am 24. März 1980 wurde er während des Gottesdienstes ermordet. Sein radikales Eintreten für die Armen und Entrechteten machte ihn und die Befreiungstheologie weltweit bekannt.
Zwei Jahre später begann die Basisgemeinde Wulfshagenerhütten, Gemeinde zu leben, ihr Eintreten für Frieden und Gerechtigkeit in gelebte, gesellschaftliche Praxis zu gießen. Diese hat sie in einer bemerkenswerten Radikalität beibehalten.
Die Gemeinde – ich würde Kommune sagen – hat sich vergrößert, zwei neue Gruppen sind entstanden.

Handarbeit bei der Hockerbespannung — Foto: Basisgemeinde Wulfshagener Hütten

von Heinz Weinhausen, Redaktion Köln ● Seitdem hat nun die alternative Projektebewegung Zuwachs von linken Christinnen und Christen jenseits der Amtskirchen erhalten. So wurde vor Jahren hier auch über sie berichtet. CONTRASTE versteht sich als Sprachrohr und Diskussionsforum der alternativen Bewegungen. Das Sprachrohr ernstnehmend habe ich diesen Schwerpunkt initiiert und redaktionell begleitet. Mitglieder stellen hier ihre Geschichte, ihre Motivation und religiöse Weltanschauung, ihre vielfältige Praxis originär vor, was ich bei einem solchen langjährigen Projekt eh für überfällig halte. Angestoßen wurde damit die kontroverse Diskussion innerhalb der Redaktion, ob Projekte auch ihre religiöse Sichtweise in CONTRASTE veröffentlichen können oder ob dies dem Selbstverständnis unserer Zeitung widerspricht. Auch unsere LeserInnen sind eingeladen, diese Diskussion in den nächsten Ausgaben zu führen.

Einige Aspekte unserer internen Diskussion seien im folgenden genannt. Theologische Ausführungen und Bibelzitate in unserer Monatszeitung? Dies wurde nicht als spannende Darlegung erlebt, warum Christinnen und Christen Kommune leben und sich in die Politik (Anti-AKW) einmischen oder vor Ort wie im Kiezladen machen. Die Texte – besonders beim ersten Überfliegen – riefen bei einem Teil der Redaktion aufgrund »der Sprache des Glaubens« Abwehrreaktionen hervor. Die christliche Sprache, die Bibelinterpretationen, das Geleitet-Sein haben abgeschreckt und zugleich stieg die Angst hoch, dass Leserinnen und Leser ähnlich befremdet reagieren würden. Abokündigung? Kein Probeabo mehr?

Ist aber Kirche und Religion nur als disziplinierendes Papsttum vorstellbar? Und wenn nicht, bleibt da nicht auch bei den BasischristInnen die Unterordnung unter Jesu oder Gott, der sie leitet? Tiefer gehend: Ist einerseits Selbstorganisation, Selbstverwaltung und andererseits Religiösität überhaupt zusammen lebbar? Hier scheinen sich weltanschauliche Gräben auf zu tun. Erfahrungen von RedakteurInnen drücken wiederum Verbundenheit aus. »Ich selbst habe bei meinem Engagement für Flüchtlinge (u.a. bei »Kein Mensch ist illegal«) sehr tolle Erfahrungen mit ziemlich vielen ChristInnen gemacht, die sich großartig eingesetzt haben, radikal und oft gegen ihre AmtskirchenvertreterInnen. Ich habe gelernt, deren Weltanschauung zu respektieren.« »Das Religiöse hat mich abgeschreckt, aber ich habe die Wulfshagener Gruppe bewundert für ihr selbstverständlich-vorurteilfreies Zusammenleben mit Menschen mit unterschiedlichsten Eigenheiten (von denen etliche in »unserer« Politszene mit Sicherheit nie hätten Fuß fassen können) und für ihre ökonomische und politische Konsequenz (in Zeiten von Hartz IV ganz wichtig, finde ich).«

Pfarrer Meurer hier in Köln rief jüngst in seiner Gemeinde zur Sammlung für den Bau einer islamischen Moschee auf. 2000 Euro konnte er sammeln. »Jede Jeck (Narr) es anders« heißt es in Köln. Das bedeutet ihm »nicht Beliebigkeit, sondern Respekt im Umgang miteinander.« »Für viele türkische Familien hier im Stadtteil ist die Sammelaktion der katholischen Gemeinde ein tolles Zeichen, dass sie akzeptiert und respektiert werden.« Was einem katholischen Pfarrer gelungen ist, gelingt uns vielleicht auch in der CONTRASTE.●

SCHWERPUNKTTHEMA

Überblick: Ver-rückt bleiben
Interview: Vom »Herden«-Verächter zum Gemeinschaftsmenschen Seite 7
Friedensengagement: Willst Du den Frieden – bereite ihn vor Seite 8
Solidarische Ökonomie der Basisgemeinde
Gerhard Weber, Gründer der Basisgemeinde Seite 9
Prenzlauer Berg: Kinderladen – Der Durchbruch
Kiezladen Dunckerstraße 14 Seite 10

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

GERICHTLICHER ERFOLG FÜR HEIDELBERGER LEHRAMTSBEWERBER

»Eine schallende Ohrfeige für die Kultusbürokratie«

Das Oberschulamt Karlsruhe hat Michael Csaszkóczy zu Unrecht die Einstellung in den Schuldienst des Landes wegen Zweifel an seiner Verfassungstreue verweigert. Dies hat der 4. Senat des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg (VGH) am 14.3.2007 entschieden.

Redaktion Heidelberg ● Das Land ist nun verpflichtet, über den Antrag des Klägers auf Einstellung in den Schuldienst unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erneut zu entscheiden. Diese Entscheidung ist jedoch nur ein Teilerfolg, es bleibt abzuwarten, wie die Kultusbürokratie nun reagiert.

Michael Csaszkóczy hatte sich im Sommer 2002 in Heidelberg beim Oberschulamt um eine Stelle als Realschullehrer im Schuldienst des Landes Baden-Württemberg beworben. Trotz Bestnoten war ihm jedoch die Einstellung verweigert worden. Zur Begründung verwies die Behörde damals auf Michael Csaszkóczys Mitgliedschaft in der Antifaschistischen Initiative Heidelberg (AIHD). Die Gruppe wird vom Verfassungsschutz als »linksextrem« eingestuft und bezeichnet »Militanz als legitimes Mittel im Kampf um Befreiung«.

Bei der mündlichen Verhandlung wollte sich Michael Csaszkóczy von dieser Aussage aus »Respekt vor den Menschen, die im Dritten Reich Widerstand geleistet haben«, nicht distanzieren. Mit Blick darauf verwies der Vorsitzende Richter Klaus Brockmann schon in der Verhandlung darauf, dass sich Michael Csaszkóczy in der Jugendarbeit gegen rechte Gewalt engagiert und in Heidelberg deshalb für die Verleihung der Bürgermedaille für Zivilcourage vorgeschlagen worden war.

Der Kläger wird seit 1992 vom Verfassungsschutz beobachtet, konkrete Rechtsverstöße konnten ihm aber nicht nachgewiesen werden.

Der *freie zusammenschluss von studentInnenschaften* (fzs) begrüßte das Urteil und sieht darin eine »Stärkung der Meinungsfreiheit und des Engagements gegen Faschismus«. Die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Nele Hirsch, sprach von einer »Blamage für die baden-württembergischen und hessischen Unionspolitiker«. Diese hätten offenbar eine richterliche Erklärung gebraucht, »um zu begreifen: Antifaschismus ist kein Verfassungsdelikt«. Auch in Hessen war gegen Michael Csaszkóczy ein Berufsverbot verhängt worden.

Mit Erleichterung reagieren die drei Bürgerrechtsorganisationen, die das gerichtliche Berufsverbotsverfahren von Anfang an beobachtet haben, auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs (VGH) Baden-Württemberg. Mit seinem Urteil hat der VGH den Bescheid des Oberschulamtes aus dem Jahre 2004 aufgehoben, mit dem dem Heidelberger Lehramtsbewerber Michael Csaszkóczy die Einstellung in den öffentlichen Schuldienst verwehrt worden war. Auch das erst-instanzliche Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe, das dieses Berufsverbot mit einer illiberalen, staatsautoritären Diktion gerichtlich absegnete, wird damit entsprechend abgeändert.

Liga-Präsident Dr. Rolf Gössner, der im Auftrag der Internationalen Liga für Menschenrechte, des Komitees für Grundrechte und Demokratie und des Republikanischen Anwältinnen- und Anwaltsvereins den Prozess beobachtet hat, zu dem Urteil: »Der VGH hat dem Oberschulamt in aller Deutlichkeit attestiert, Michael Csaszkóczy zu Unrecht die Einstellung in den Schuldienst des Landes wegen Zweifeln an seiner Verfassungstreue verweigert zu haben. Das Berufungsgericht wirft der Behörde letztlich Einseitigkeit und Unfähigkeit bei der Würdigung von Sachverhalt und Person des Klägers vor.«

So bemängelt der VGH, dass das Oberschulamt wesentliche Beurteilungselemente, wie etwa das Verhalten des Klägers im Vorbereitungsdienst, nicht hinreichend berücksichtigt habe. Das Amt sei »den Anforderungen an eine sorgfältige und vollständige Würdigung des Sachverhalts und der Person des Klägers nicht gerecht geworden«, heißt es in der Verlautbarung des VGH. Die dem engagierten Antifaschisten von der Behörde vorgehaltene »Sündenliste«, die vom Verfassungsschutz des Landes zusammengestellt worden war, sei »nicht geeignet, die

Fortsetzung auf Seite 2

BGH HEBT VERBOT ANTIFASCHISTISCHER SYMBOLE AUF

Antifaschismus ist notwendig und kein Verbrechen!

In seinem am 15.3.2007 bekannt gegebenen Urteil hob der Bundesgerichtshof Karlsruhe (BGH) die Entscheidung des Stuttgarter Landgerichts auf, das im September 2006 den Vertrieb eindeutiger Anti-Nazi-Symbole durch den Punk-Mailorder »NixGut« als Straftat gewertet hatte.

Das Karlsruher Gericht stellte fest, dass die Distanzierung von Nazizeichen und eine klare Gegnerschaft zu faschistischen Inhalten bei den beanstandeten Artikeln unübersehbar sind. Als Rechtsgrundlage der Stuttgarter Juristen musste damals Paragraf 86a herhalten, der die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen unter Strafe stellt und die Verbreitung von Nazipropaganda unterbinden soll. Dass dieses Gesetz vom Landesgericht ausgerechnet gegen antifaschistische Symbole zum Einsatz kam, auf denen Hakenkreuze zerschlagen oder in einem Verbotsschild dargestellt waren, zeugte nicht nur von der kruden Rechtsauffassung des Gerichts, sondern auch von einem politischen Klima, das Anti-Nazi-AktivistInnen systematisch zu kriminalisieren versucht.

Besonders im Südwesten der BRD kam es in den vergangenen Jahren in wachsendem Maße zu willkürlicher Repression gegen AntifaschistInnen, die wegen durchgestrichenen oder zerschlagenen Hakenkreuzen angeklagt wurden. Immer wieder wurden hauptsächlich junge Menschen kontrolliert und entsprechende Aufnäher oder Buttons beschlagnahmt, mit denen sie ihre antifaschistische Haltung zum Ausdruck bringen wollten. Diesem Versuch von Polizei und Staatsanwaltschaft, in totalitarismustheoretischer Manier Nazis und Linke in einen Topf zu werfen und dies auch noch juristisch zu unterfüttern,

dürfte damit vorerst ein Riegel vorgeschoben sein. Schon bei der mündlichen Verhandlung in der vergangenen Woche hatte sich abgezeichnet, dass der Bundesgerichtshof das groteske Urteil des Stuttgarter Landgerichts nicht bestätigen würde.

Eine Sprecherin der Roten Hilfe e. V. kommentiert das heutige Urteil: »Die klare Entscheidung des Bundesgerichtshof können wir als klaren Sieg für die antifaschistische Bewegung werten und als Ohrfeige ins Gesicht jener Repressionsorgane, die versuchen, Engagement gegen Nazis zu kriminalisieren. Der Bundesgerichtshof hat damit eindeutig klargemacht: Antifaschismus ist notwendig, kein Verbrechen!«●

Presseerklärung Rote Hilfe e.V. vom 15.3.2007

Fahrraddemonstration setzt sich für Klimaschutz ein

Anja Lehmann ● Die Tour de Natur, eine 14-tägige umwelt- und verkehrspolitische Fahrradtour mit Demonstrationscharakter, setzt sich in diesem Jahr besonders für den Klimaschutz ein. Etwa 150 Radfahrerinnen und Radfahrer zwischen 5 und 85 Jahren fahren vom 29. Juli bis 11. August 2007 von Nürnberg über Schweinfurt, Würzburg und Darmstadt nach Offenbach, vorwiegend über Bundes- und Landesstraßen.

»Klimafreundlich mobil ... das können wir uns leisten! « lautet das Motto im 17. Jahr der Tour de Natur. Unterwegs unterstützt die Fahrraddemonstration lokale Bürgerinitiativen bei ihrem Kampf gegen Autobahnneubauten und besucht und fördert intelligente Nahverkehrsprojekte. An Autobahnbaustellen, Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen treten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Musik, Aktionstheater und Akrobatik auf. Öffentliche Podiumsdiskussionen mit Experten und Filmvorführungen bieten interessierten Bürgern die Möglichkeit, sich über die aktuelle Verkehrspolitik und deren Folgen zu informieren.

Die Tour de Natur bringt Unterstützung für Bürgerinitiativen vor Ort und auch die Biolandwirtschaft, denn die Radfahrer ernähren sich mit Hilfe einer mobilen Küche vorwiegend von ökologischen Produkten aus der Region. Wer will, kann die Tour de Natur begleiten und mitgestalten, auch auf kurzen Strecken. Die Tagesetappen sind zwischen 35 und 55 Kilometer lang, also auch für Kinder radelbar. Übernachtet wird in Turnhallen, oft kann gezeltet oder unterm Sternenhimmel geschlafen werden.

Die Tour de Natur findet seit 17 Jahren unter dem Motto »Bunt und lebendig« jeden Sommer statt. Die Anliegen sind eine sozialverträgliche Verkehrs- und Umweltpolitik und der Beweis, dass sich Politik, Kultur und gemeinsame sportliche Betätigung in einer anderen Lebensweise verbinden lassen. Und ganz nebenbei ist die Tour de Natur eine wunderbare, erholsame Möglichkeit Urlaub zu machen, neue Menschen kennenzulernen oder mit der ganzen Familie entspannt in die Pedale zu treten. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer organisieren die Fahrraddemonstration selbst. Zur Vorbereitung treffen sie sich mehrfach während des Jahres. Als organisatorischer Träger fungiert die Grüne Liga Dresden/Oberes Elbtal.●

Tour de Natur unterwegs:
Täglich sind 100 bis 150 Menschen auf Fahrrädern unterwegs

Mehr Infos: Tel.: (03 51) 494 33 53 und
unter www.tourdenatur.net
werner.raithel@vcd-bayern.de
Tel: (09 31) 57 17 94
christian.loos@vcd-bayern.de

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

AKTION 2007: 500 X 20 EUR WERDEN NOCH BENÖTIGT!

Redaktion Heidelberg ● Leider geht es mit unserer Spendenkampagne für das Überleben unseres Zeitungsprojekts nicht so recht voran. 715,50 EUR wurden in den ersten drei Monaten auf unser Spendenkonto eingezahlt. Benötigt werden also immer noch 4.902 EUR für die Fremdkosten, d.h. Postkosten, Telefon, Internet, Vertrieb, Druck- und Layoutkosten. Im Druck- und Vertriebsbereich wurden die Kosten auch in diesem Jahr wieder erhöht. Für die ehrenamtlich arbeitende Redaktion ist es natürlich belastend, ständig auf die sich drohend auftuende Deckungslücke zu schielen und es wäre eine tolle Geschichte, wenn in diesem Jahr diese Lücke früher geschlossen werden könnte.

Gefreut haben wir uns über eine neue Fördermitgliedschaft:
● Jan Runge, Dortmund (62 EUR)
und über weitere Spenden:
● Daniel Enting, Berlin (55 EUR)
● Steffen Großer, Berlin (1,80 EUR)
● Michael Adam, Dortmund (10 EUR)
● Sabine Joswig, Metze (24 EUR)
● IG CONTRA Sozialabbau, Aschersleben (15 EUR)
Herzlichen Dank!

Neben der neuen Fördermitgliedschaft gab es vier neue Abos. Leider aber auch drei Abokündigungen. Das Zeitungsprojekt benötigt nun noch 158+ Abos. Zusätzlich wurden sieben weitere Schnupperabos gespendet. Auch hier herzlichen Dank!

PORTOKOSTEN EINSPAREN

AbonnentInnen, die über eine E-Mail-Anschrift verfügen und regelmäßig in ihr Postfach schauen, können wir ihre Rechnungen auch auf diesem Wege zukommen lassen. Einfach eine Mail an contraste@t-online.de mit dem Betreff: »E-Mail Rechnung, Name und Ort« senden. Dies gilt nicht für TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren, es sei denn, es wird zusätzlich eine Rechnung benötigt.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/ Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

ADRESSENÄNDERUNGEN

Bitte schickt uns bei einem Umzug Eure neue Anschrift! Zeitungen im Postvertrieb werden trotz Nachsendeauftrag nicht nachgeschickt, sondern kommen meist mit dem Vermerk »Empfänger unbekannt« zurück. Auf diese Weise haben wir schon manches Abo verloren. Wenn der Postbote guter Laune ist, vermerkt er auch schon mal die neue Anschrift, aber eben nur dann.

Die TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei einer Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht.

Wir hoffen weiterhin auf weitere Spenden, Neuabos und Umstellungen bestehender Abos auf Fördermitgliedschaften. Spendenkonto: Volksbank Bergstrasse, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 (bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!). Über den neuesten Stand werden wir wieder in der nächsten Ausgabe berichten.

Dankbar wären wir, wenn unsere LeserInnen, die an diversen Tagungen und Veranstaltungen teilnehmen, kostenlose Überdrucke der CONTRASTE dort auslegen würden. Versandkostenfreie Bestellungen unter contraste@t-online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2007

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2007: 4.902 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 158+ Neuabos

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Bergstraße
BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

REPRESSIONSSCHNIPSEL: POLIZEI & JUSTIZ

Redaktionsdurchsuchung war verfassungswidrig

»Die Anordnung der Durchsuchung der Redaktionsräume von CICERO und die Beschlagnahme der dort aufgefundenen Beweismittel stellen einen verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigten Eingriff in die Pressefreiheit des Beschwerdeführers dar.« So heißt es in der Presseinformation des Bundesverfassungsgerichts. Die Attacke der Repressionsbehörden auf die Zeitung war bundesweit in den Schlagzeilen. Das Urteil kann auch kleineren und selbstorganisierten Medien helfen, auf die Angriffe Alltag sind – und für die sich die Eliten der Republik dann nicht stark machen. Der Grund im Cicero-Fall: »Durchsuchungen und Beschlagnahmen in einem Ermittlungsverfahren gegen Presseangehörige sind verfassungsrechtlich unzulässig, wenn sie ausschließlich oder vorwiegend dem Zweck dienen, die Person des Informanten zu ermitteln.« Mehr im Urteil vom 27. Februar 2007 – 1 BvR 538/06; 1 BvR 2045/06

Freispruch in zweiter Instanz

Nach der ersten Gendreck-weg-Aktion 2005 in Strausberg wurden die beiden Imker Michael Grolm und Jürgen Binder verurteilt, weil sie mit einem Infoschreiben an alle Unterstützer und Unterstützerinnen zu Straftaten aufgerufen hätten. Jürgen außerdem noch, weil er Anmelder der Homepage www.gendreck-weg.de ist. Michael Grolm beantragte unterstützt von der Rechtshilfegruppe Revision. Mit Erfolg: Er wurde jetzt in zweiter Instanz freigesprochen. Damit blieb auch von Jürgen Binders Strafe »nur« ein Teil übrig, wegen der Internet-Seite.

Genfeld-Befreiungen vor Gericht

Zum Jahresende erhielten zahlreiche Feldbefreierinnen und Feldbefreier Strafbefehle und Einladungen zum Prozess. Die ersten acht von ihnen mussten sich am 11. Januar in Zehdenick wegen »gemeinschaftlicher Sachbeschädigung« verantworten. Der Saal war voll, da zahlreiche Gentechnik-GegnerInnen ihre Solidarität mit den Angeklagten ausdrücken wollten. Nacheinander fanden ihre Verhandlungen statt. Der Richter musste sich von einigen der Feldbefreier Nachhilfe geben lassen über die Risiken der Gentechnik. Immerhin bekannte er, auch gegen Gentechnik zu sein. Ein wichtiges Argument der Angeklagten wollte er aber nicht gelten lassen: Sie beriefen sich auf den Notstandsparagrafen, der es erlaubt, eine große Gefahr auch mittels einer Sachbeschädigung abzuwenden. Fast alle Angeklagten erhielten 10 Tagessätze zu 14 bis 40 Euro.

Einem der Feldbefreier gelang es, seinen Prozess platzen zu lassen. Er hatte seine Akte genau studiert und Widersprüche bei den Polizeizeugen entdeckt. Weitere Aktive haben Strafbefehle erhalten – es wird also auch deshalb Fortsetzungen geben.

Am 18. Januar standen sich dann vor einem Zivilgericht der Imker Michael Grolm von Gendreck-weg und der Anwalt des Monsantokonzernes Stiebler gegenüber. Schon vor dem Gebäude des Landgerichtes in Neuruppin konnten die Journalisten ihre Fotoapparate zücken. Eine Mauer aus Bienenkästen war dort aufgerichtet, die Kästen trugen den Schriftzug »Wir klagen Monsanto an!«

Der Gentechanbauer, der 2006 der Aktion auf seinem Feld zusehen musste, wollte eine Erklärung von dem Berufsimker haben, dass der nie wieder seinen Feldern zu nahe käme. Die konnte er natürlich nicht bekommen. Da die Konzernseite aber getrödelt hatte mit dem Zustellen schriftlicher Unterlagen zu ihrer Klage, endete der Termin vorzeitig und erstmal noch ohne Urteil.
Mehr: www.gendreck-weg.de/rechtshilfe.htm
Noch keine Anklage ist in Bezug auf die erste Feldbefreiung 2006 in Gießen erhoben. Die Betroffenen haben ihre offensive Verteidigung aber schon vorbereitet und einiges unter www.gendreck-giessen.de.vu präsentiert.

Keine Kontrolle von Polizeigewalt

In Rostock und Gießen sind mehrere Verfahren gegen Po-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Annahme mangelnder Verfassungstreue zu rechtfertigen« – schließlich handelte es sich dabei ausschließlich um die Wahrnehmung verfassungsrechtlich verbriefter Grundrechte.

Die Bürgerrechtsorganisationen werten dieses Urteil als eine »schallende Ohrfeige für die baden-württembergische Kultusbürokratie und das Verwaltungsgericht Karlsruhe – und als Signal gegen Versuche, die Berufsverbotspraxis vergangener Jahrzehnte wiederzubeleben.«

Jetzt ist das Land Baden-Württemberg am Zug, das dazu verurteilt wurde, den Antrag des Klägers auf Einstellung in den öffentlichen Schuldienst unter Beachtung der Rechtsauffassung des Gerichts erneut zu bescheiden. Rolf Gössner: »Damit ist die Hoffnung verbunden, dass nicht noch einmal aus Gesinnungsgründen mit der Lebenszeit von Michael Csaszkóczy so schamlos gespielt wird.«●

Quellen:
Verschiedene Pressemitteilungen vom 14.3.2007

BUKO 30 IN LEIPZIG AM WENDEPUNKT?

Katzenjammer oder Zuversicht

**Bei den runden Geburtstagen kommt der Pfarrer vorbei, mit einem Blumenstrauß, manchmal sogar der Bürgermeister mit der Presse.
Die Bundeskoordination Internationalismus, die BUKO, wird 30. Ist das schon ein hohes Alter? Wie man's nimmt. Bei Bewegungen oder Bewegungsorganisationen ist das mit dem Alter nicht so einfach. Die Sozialdemokratie könnte darüber wohl nur lächeln. Allerdings vermutet man bei der, dass sie zwischenzeitlich sehr wohl verstarb und als Untote wieder auferstand...
Die BUKO jedenfalls blickt auf ein bewegtes Leben zurück und gerade weil sie das mit einiger Schwermut tut, unterstellen wir ein großes Jubiläum, das gemeinsam zu begehen ist, weil wir ja nicht wissen, ob es noch eines geben wird.**

Von Jutta Sundermann ● Die BUKO nabelte sich schon früh von ihrer Mama, dem Bundesministerium für entwicklungspolitische Zusammenarbeit (!) ab. Es waren nur wenige Jahre vom ersten ministeriell eingeladenen Vernetzungstreffen entwicklungspolitischer Aktionsgruppen bis zum Zerwürfnis mit dem staatlichen Hause. BUKO-Gruppen hatten Geld für den bewaffneten Widerstand in El Salvador gesammelt und der Rest der Organisation wollte sich nicht davon distanzieren. Es war wohl eine gesunde Entscheidung, die Beine nicht mehr unter den elterlichen Tisch zu stecken.

In den vielfältigen BUKO-Gruppen war vielfältiges Engagement und kämpferische Hoffnung zu Hause. Die Solibewegung unterstützte revolutionäre Bewegungen in Lateinamerika, in Asien und in Südafrika und nahm Motivation und Utopien mit nach Hause. Weltläden und Aktionsgruppen zeigten auf, dass »Entwicklung« nicht denkbar ist, ohne deutlichen Wandel oder gar Abwicklung des Nordens. Die BUKO nahm das Zauberwort der frühen 90iger, die »Nachhaltigkeit« auseinander und konnte zumindest für viele kritische Zeitgenossen diese Nebelbombe entschärfen.

Schon früh begrüßte die BUKO ihre ersten Sprößlinge: Die BUKO-Pharma-Kampagne nahm ihre Arbeit gegen profitwütige Pharmakonzerne auf, die BUKO-Agrar-Koordination begann, Landwirtschaftsinitiativen zu vernetzen und startete gleich mehrere heute noch bekannte Einrichtungen mit (wie die Bananenkampagne oder den Anbauverband Neuland). Die BUKO-Kampagne gegen Rüstungsexporte trat in Bremen Rüstungskonzernen und in Bonn und Berlin Verteidigungsministerien auf die Füße.

Zum 25. Kongress folgte das Nesthäkchen, die BUKO-Kampagne gegen Biopiraterie. In den letzten Jahren blies einigen von ihnen der Wind hart ins Gesicht, in Hamburg arbeitet die Agrarkoordination unter erschwerten Bedingungen, die Rüstungskampagne musste ihr Büro in Bremen auflösen. Die BUKO-Pharmakampagne dagegen erlangte ein Stück Unsterblichkeit, als sie im Roman des John Le Carré »der ewige Gärtner« portraitiert wurde und auch im gleichnamigen Film als »Hippo« auf die Leinwand kam. Jährlich begeistert ihre Theatertour landauflandab die Menschen und die Expertise der Kampagne, sowie ihre treffsichere Kritik, kann die Gegenseite nicht mehr ignorieren. Die Kampagne gegen Biopiraterie reiste mit einem Fakir und jonglierten Geschichten über Biopiraterie und Widerstand an der Ostseeküste entlang und erstritt zusammen mit einer brasilianischen Kampagnengruppe das Ende eines Patentantrages auf eine Tropenfrucht.

Die gute alte BUKO selbst zeigt durchaus Ermüdungserscheinungen. Der jährliche Kongress ist nach einer Flaute seit 2001 wieder gut besucht, dazwischen aber funktioniert der Kontakt der BUKO-Gruppen eher spärlich. Die allgegenwärtigen Sozialkürzungen bekam auch die BUKO zu spüren, die institutionelle Förderung durch den kirchlichen EED endete und zwingt dazu, anderweitig und in mühevoller Kleinarbeit Geld für den täglichen Betrieb im Hamburger Büro zusammen zu bekommen.

Im Liebesleben lief auch vieles schief. Zahlreiche Menschen wandten sich von der BUKO ab. Als mit dem G8-Gipfel 2001 in Genua Globalisierungskritik hipp wurde, kamen zwar auch mehr Menschen zum Kongress der BUKO, viel mehr aber eilten zum neuen Attac-Netzwerk. Die Szene, die die BUKO der Rivalin machte, gelang allerdings recht würdevoll und half dem Neuling, manche Flausen zu überdenken. Trotzdem überließ die BUKO den mediengewandten Attacis größtenteils die Bühne.

Heute, vor dem Kongress an Ostern 2007, der wegen des bevorstehenden G8-Gipfels in Heiligendamm wohl zahlreiche protestbereite TeilnehmerInnen erwarten kann, gibt es keine KandidatInnen für den nächsten ehrenamtlichen SprecherInnenrat der BUKO. Vielleicht ist 30 nicht nur viel, sondern auch genug und mit der BUKO geht es tatsächlich vor dem nächsten Jubiläum zu Ende.

Oder wäre das Schwarzmalerei? 30 Jahre, das ist doch höchstens die Zeit für eine Midlife-Crisis. Und damit ist ja bekanntlich bei weitem nicht alles vorbei. Es gäbe viele gute Möglichkeiten, zu neuer Bewusstheit und Lebensfreude im nächsten Lebensabschnitt zu reifen. Der Internationalismus ist nicht out, sondern voller Erfahrungen, die gerade in den Kämpfen um die Globalisierung und angesichts neuer Nationalismen hilfreich sein könnten. Eine quergebürstete und kreative Auseinandersetzung damit könnte der BUKO gar zu neuer Jugendlichkeit verhelfen. Und schließlich wird in der alternden Gesellschaft auch das höhere Semester wieder chic. Bis zu 50plus ist es noch ein bisschen hin und nicht vergessen: »mit 66 Jahren...«●

30. Kongress der BuKo vom 6.-9.4. (Ostern)
in Leipzig: »Macht # Netze«
www.buko.info

INTERVIEW ZUM 3. JUNI 2007:

Aktionstag Feldbefreiung

Wir dokumentieren nachfolgend ein Interview mit einer Feldbefreierin, die im Rahmen der G8-Proteste den Feldbefreiungsaktionstag am 3. Juni mitvorbereitet. Das Interview wurde von indymedia (www.de.indymedia.org) geführt.

indymedia: *Du gehörst zu einem Zusammenhang, der im Rahmen der G8-Proteste einen Aktionstag am 3. Juni vorbereitet. Was ist geplant?*

Feldbefreierin: Ganz einfach! Am 3. Juni werden an möglichst vielen Genfeldern FeldbefreierInnen auftauchen, um die dort wachsenden Genpflanzen platt zu machen. Wir hoffen, dass sich viele Menschen beteiligen, die sich Anfang Juni rund um Heiligendamm versammeln um gegen den dortigen G8-Gipfel zu protestieren.

Wird das die Polizei nicht zu verhindern wissen?

Die Polizei wird vor allem damit zu tun haben, die direkte Umgebung von Heiligendamm abzusichern. Auch in Rostock wird sie sehr präsent sein müssen. Es wird sich zeigen, ob dann noch genug Kräfte übrig bleiben, um dann noch die Genfelder ausreichend zu bewachen. Außerdem gibt es in Deutschland ziemlich viele Genfelder und es gibt erste Kontakte zu Gruppen außerhalb Deutschlands. Wir beschränken unseren Aktionstag nicht auf Mecklenburg-Vorpommern. Und wir gehen davon aus, dass die FeldbefreierInnen, die am 3. Juni an ihrem Feld zu viel Polizei vorfinden, dann so flexibel reagieren, dass sie einfach auf einen anderen Tag oder eine andere Nacht ausweichen.

Solche Feldbefreiungen sind doch sicher Straftaten?

Hier handelt es sich um Sachbeschädigung. Wenn also beim Ernten jemand festgenommen wird, dann ist ein Strafverfahren möglich. Allerdings ist es ein Antragsdelikt, also der Geschädigte muss erst einmal einen Strafantrag stellen, sonst passiert gar nichts. Und auch bei einer Verurteilung ist nur eine kleine Geldstrafe zu erwarten. Etwas schwieriger ist die Lage bei Freisetzungsexperimenten. Hier könnten die BetreiberInnen versuchen, zivilrechtlich den entstandenen Schaden einzuklagen. Also im Zweifelsfall einfach auf die großen kommerziellen Maisfelder ausweichen. Im übrigen ist bereits der Aufruf zur Sachbeschädigung eine Straftat. Deswegen gibt es auch keine Gruppe oder Person, die offen zu dieser Aktion aufruft.

Wie werden potentielle FeldbefreierInnen denn die Genfelder finden?

Die Lage zahlreicher Felder sind bereits im Internet veröffentlicht (z.B. www.deu.anarchopedia.org/index.php/G8-Aktionskarte), weitere werden folgen. Wir wollen außerdem auch entsprechende Karten während der G8-Proteste verteilen. Also einfach die Augen offen halten.

Werden denn Feldbefreiungsaktionen die einzigen Aktionen am 3. Juni sein?

Nein. Es gibt ja noch das »Aktionsnetzwerk globale Landwirtschaft«. Die planen eine Demonstration in Rostock und wollen an verschiedenen Aktionsorten die katastrophalen Entwicklungen in der globalen Landwirtschaft aufzeigen. Es geht ja nicht nur um die Durchsetzung der Gentechnik, sondern auch um die Hungertoten, die Arbeitsbedingungen, die Landvertreibungen, den Sojaanbau für die Massentierhaltung des Nordens, die Politik der Supermarktketten, Biopiraterie und die Aneignung des Saatguts um nur einige Stichpunkte zu nennen. Wir hoffen, dass sich viele Menschen an den Aktionen des »Aktionsnetzwerks globale Landwirtschaft« und an den Feldbefreiungen beteiligen.

Vielen Dank für dieses Interview und viel Erfolg.●

WEITERE TERMINE

17. April '07: Globaler Aktionstag von Via Campesina (weltweites Netzwerk von Kleinbauernorganisationen) Veranstaltungen in mehreren Städten, Thema: Landkonflikte und -kämpfe

19./20. Mai '07: 3. Europäische Tagung zur Saatgut-Erhaltung Tagung in Halle/Saale von europäischen Initiativen und AktivistInnen, die den öffentlichen Zugang zu alten landwirtschaftlichen Sorten erhalten und fördern, um Alternativen zur kapitalistischen Landwirtschaft und besonders deren Saatgutproduktion aufzubauen.

21. Mai '07: Vortrag des Internationaler Tages der biologischen Vielfalt. Protest in Gatersleben gegen die Freisetzung von genmanipuliertem Weizen und Erbsen in der Genbank Gatersleben, die ein bedeutendes Zentrum für die Vielfalt alter Sorten genau dieser Arten ist.
Näheres siehe:
http://dissentnetzwerk.org/wiki/index.php?title=Arbeitsgruppe_G8_und_Landwirtschaft

FORTSETZUNG VON SEITE 2: REPRESSIONSSCHNIPSEL – POLIZEI & JUSTIZ

lizeiattacken abgewiesen worden. In Rostock ging es um zwei Vorfälle während des G8-Camps im Sommer 2006. Im ersten wurden Personen am Besuch der direkt neben der Bereitschaftspolizei Dummerstorf gelegenen Stasi-Unterlagen-Stelle gehindert und von der Polizei per Platzverweis verjagt. Die verwaltungsrechtliche Überprüfung läuft noch, die Polizei hat sich aber bereits in der Weise geäußert, dass die betroffenen Personen vom Aussehen her wie G8-Gegner aussahen und deshalb zu Recht attackiert wurden. Außerdem seien die Aufzeichnungen der Polizisten zum Vorfall im Aktenvernichter gelandet. Das wiederum könnte der Polizei in einem zweiten Fall geholfen haben. Am Rande des ebengenannten Geschehens wurde nämlich eine andere Person verhaftet und von der Polizei im Gewahrsam schwer misshandelt (Kopf gegen Wand und Boden schlagen usw.). Dieses gab die betroffene Person in der Vernehmung (natürlich wurde gegen das Polizeiopfer ermittelt) als einzige Aussage zu Protokoll.

Die Staatsanwaltschaft muss nach geltendem Recht einem ihr bekanntwerdenden Hinweis auf eine Straftat immer nachgehen, auch wenn keine Anzeige erfolgt. Natürlich tat sie das nicht – wenn Uniformierte die TäterInnen sind, tut sie das äußerst selten freiwillig. Auf Nachfrage teilte die Staatsanwaltschaft mit, dass sie keine Ermittlungen aufnimmt, weil es auch sein könne, dass der Betroffene sich seine Verletzungen selbst beigebracht hätte. Sind in Rostock also auch Banküberfälle möglich, weil ja möglich ist, dass die Bank das Geld selbst weggeworfen hat?

In Gießen war es am 14.5.2006 zu einem krassen Polizeiüberfall gekommen (siehe www.projektwerkstatt.de/14_5_06). Einen Widerspruch hatte die Polizei mit Verweis auf den Weg vor das Verwaltungsgericht zurückgewiesen. Ein Betroffener ging auch vor das Verwaltungsgericht. Dieses bezeichnete nun in einem Beschluss diesen Weg aber als unzulässig. Dabei räumte das VG ein, dass die Polizei einen falschen Rechtsbehelf formuliert hatte. Andere Möglichkeiten bestünden jetzt wegen versäumter Fristen auch nicht mehr. Auf die Frage, ob das eine Nachhilfestunde für die Polizei sei, in Zukunft ihre Handlungen durch falsche Rechtsbehelfe unüberprüfbar zu machen, antwortete ein Richter sehr ehrlich, dass es so sei (nicht die Nachhilfestunde, aber der Inhalt).

Dokumentation von »Fiesen Tricks von Polizei und Justiz«

»Ihr macht eine Gedichtelesung ... und landet im Polizeiknast mit dem Vorwurf, einen Brandanschlag versucht zu haben. Einen Brandsatz haben sich die Bullen selbst gebastelt. Das glaubt niemand? Die Polizeiakten selbst belegen es. Aber das ist nur ein Fall: Verfolgung wegen Graffitis, die es nie gab. Gipsabdrücke von Schuhen des Täters, die aber nicht am Tatort, sondern von der Polizei später selbst hergestellt wurden. Videofilme der Polizei verschwinden, Falschaussagen werden gedeckt: Das Leben ist ein Bond-Film.«

Mit diesem Text werben AktivistInnen aus dem Umfeld der Saasener Projektwerkstatt für eine Ton-Bilder-Schau über fünf ausgewählte, genau untersuchte Fälle systematischer Rechtsbrüche durch Polizei und Justiz. Teile davon sind inzwischen im Internet anzuschauen. In einigen Städten hat es das Ganze als Veranstaltung gegeben. Das ist dann ein erschreckender, zuweilen witziger und immer spannender Vortrag mit konkreten Fällen, Auszügen aus nichtöffentlichen Polizei- und Gerichtsakten auf Overheadfolien – ein tiefer Blick hinter das Grauen von Polizei- und Justizalltag! Mehr Informationen unter www.projektwerkstatt.de/fiesetricks.

Mysteriöse Veränderungen auf beschlagnahmten Computer

In einem Bericht auf Indymedia berichtet ein Betroffener davon, dass die Polizei bei ihm Daten auf dem beschlagnahmten Computer untergebracht hätte, um ihn zu beschuldigen. Die Ausführungen sind schwer zu überprüfen, zeigen aber so oder so Möglichkeiten an, wie Polizei Straftaten selbst erzeugen und anderen unterschieben kann. Dass sie solches tut, ist aus anderen Fällen bekannt. Link:
www.de.indymedia.org/2007/02/168561.shtml.

Billigung von Straftaten im Internet?

Am 02.08.2006 wurden morgens um 6 Uhr bei drei Personen im Kreis Ludwigsburg (BaWü) zeitgleich die Wohnungen durchsucht. Vorgeworfen wurde ihnen die Billigung von Straftaten und der Verstoß gegen die Impressumspflicht im Zusammenhang mit einem Artikel, der etwa ein halbes Jahr zuvor auf der Website des Infoladen-Ludwigsburg erschienen war. Die Ermittlungen wurden nun eingestellt. Mehr unter
www.de.indymedia.org/2007/02/168758.shtml.

Strafverfahren gegen SchülerInnenzeitung eingestellt

Das Strafverfahren gegen einen Redakteur der SchülerInnenzeitung HusumA wegen Beleidigung und Verstoßes gegen das Kunsturhebergesetz wurde eingestellt. Die Staatsanwaltschaft Flensburg konnte keinen hinreichenden Tatverdacht feststellen. Geklagt hatte der NPD-Vorsitzende des Kreises Nordfriesland Kevin Stein. Stein fühlte sich durch die Bezeichnung »Neonazi« und den Abdruck eines Bildes in der Juli-Ausgabe des HusumA, das ihn bei einer Polizeikontrolle mit weiteren mutmaßlichen Rechtsextremisten zeigt, beleidigt.
Infos: www.husuma.de.vu.

Klettern – Verstoß gegen die Baumschutzsatzung

Eine Lüneburger Aktivistin wurde im September 2006 zu einer Geldbuße von 50 Euro plus Verfahrenskosten (insgesamt 320 Euro) wegen »Baumklettern« (OWI) bei einer Antiatom-Demo verurteilt. Die Verhandlung dauerte 4 Stunden an (siehe Indymedia-artikel »Lüneburg, Hauptstadt Absurdistans« unter
http://de.indymedia.org/2006/09/157341.shtml).

Als sie die Rechnung bekommen hat, hat sie sich zunächst Zeit genommen. Die FreundInnen haben sie unterstützt und jeweils ein paar Cent auf das Konto der Staatsanwaltschaft überwiesen. Die Betroffene hat mehrere Mahnungen bekommen – und wird bestimmt noch welche bekommen – und sie hat jeweils ein paar Cent überwiesen. Aber sie ist nicht zur Bank, sondern zum Gericht gegangen. Sie hat das Aktenzeichen angegeben und ein paar Centstücke abgegeben. Sie hat jeweils eine Einzahlungsquittung dafür bekommen. Der Verwaltungsaufwand kostet der Behörde viel mehr als was letztendlich eingezahlt wurde. Mehr unter
www.de.indymedia.org/2007/02/168450.shtml.

LAUDATIO FÜR WERNER PIEPER

Blue Bird Award verliehen

»Werner Pieper führt einen der ungewöhlichsten Verlage im deutschsprachigen Raum: Er macht keine Verträge und kaum Werbung. Er verlegt am liebsten, was ihn selbst interessiert und worüber er nicht genug weiß. Es ist ihm klar, dass sich manche Bücher nicht verkaufen, doch hält er sie jahrelang im Lager, weil sich noch Kunden finden könnten. Er bezahlt seine Autoren gerne (was diese bestätigen können). Kurz, seine Geschäftsprinzipien versprechen den sicheren Untergang«, so der Wiener Standard im März 2002. Sein Verlag »Grüne Kraft« wurde im vergangenen Jahr 35 Jahre alt und Werner Pieper erhielt im November 2006 den »Blue Bird Award« des örtlichen Weinheimer soziokulturellen Zentrums »Muddy's Club« überreicht. Nachfolgend veröffentlichen wir die Laudatio, gehalten von Sharon Levinson.

»Eigentlich ist Werner Pieper ein Fan, ein Mensch, der andere Menschen verehrt und durch seine Publikationen gefördert hat. Er hat Bücher von Albert Hoffmann, Micky Remann, Luisa Francia, Wau Holland und vielen, vielen Anderen veröffentlicht, von Menschen, die ihm bedeutend erschienen. Trotz gesundem Selbstbewusstsein ist ihm vielleicht nicht bewusst, wie wichtig sein Tun für andere gewesen sein mag.

Der innewohnende Widerspruch im Zusammenhang mit Werner Pieper von Ehre und Preis zu sprechen, macht diesen Anlass für mich heiter. Daher ist es mir ein Vergnügen, ihn heute als Preisträger zu ehren. Nicht, dass ich der Meinung wäre, er hätte ihn nicht verdient – ganz im Gegenteil. Aber ihm ist alles offizielle, artifizielle, gesellschaftlich Respektable fern, ja direkt suspekt. Als er mir von dieser kommenden Ehre erzählte, sagte er: »Wenn man mir das Bundesverdienstkreuz hätte verleihen wollen, hätte ich abgelehnt, aber den BlueBird nehme ich gerne an.«

Werner ist ein gebürtiger Sauerländer und mit den Charakterisierungen nach Landesstrichen ist es ähnlich wie mit der Astrologie: man glaubt nicht wirklich daran. Man will ja keine Vorurteile hegen, aber irgendetwas scheint dann doch ein klein wenig überein zustimmen bei der Essentialisierung von Menschen... also den Sauerländern sagt man nach, das sie stur sind. Und auch mein Großvater mütterlicherseits war von diesem Schlag, aber ich schweife ab, und wollte nur sagen, dass er wohl ein Lokalpatriot ist, zumindest in dem Sinn, dass er Fan von Borussia Dortmund ist. Aber über Fußball kann ich nicht wirklich sprechen.

Ich habe Werner Pieper Ende der sechziger Jahre in Heidelberg kennen gelernt. Er war Zivildienstleistender in der Schlierbacher Rehaklinik bei Querschnittsgelähmten, hatte zu dieser Zeit bereits eine abgeschlossene Kochlehre hinter sich, war Gründer des Petards Fan Clubs und Dank dem britischen Radiosender in Westfalen ein Liebhaber und Kenner der Beatmusik sowie der Londoner Szene. Heidelberg war zur Zeit des Vietnamkrieges eine Hochburg der Hippies, GI's und der politischen 68er Bewegung.

Noch heute unschwer erkennbar gehörte Werner zu den Hippies. Dies ist, war und bleibt seine Überzeugung. Denn aus einem bewussten Entschluss heraus hat er seine miefige, kleinbürgerliche von AltNazi-Gedankengut geprägte Herkunft zurück gelassen. Heidelberg, das damalige Mekka der Bewusstseinserweiternden Drogen wurde seine Wahlheimat. Hier begann er seine Ideen umzusetzen, veranstaltete Konzerte und Filmabende und gab 1971 den ersten »Grünen Zweig« heraus.

Die erste Ausgabe bestand lediglich aus einer Sammlung loser Blätter in einem Briefumschlag. Sein damaliges Vorbild war Steward Brand, der Herausgeber des amerikanischen »Whole Earth Catalogs«. Die Themen Ökologie – damals noch ein Fremdwort – Kommune-Leben, Selbstversorger, Esoterik, Indianische Gedankenwelten, Müllvermeidung usw.. Für diese Themen war er ein Vorreiter. Das erfolgreichste Heft dieser Zeit hieß »Ernährung und Bewusstsein«. Viele der Themen mit denen er sich damals beschäftigt hatte, haben bis heute wenig an Bedeutung verloren und sind mittlerweile allgemeines Gedankengut.

Foto: Oona Leganovic

Das Gerücht hält sich, dass die Grünen ihren Parteinamen von seiner »Grünen Kraft« abgeleitet haben. Neben den themenbezogenen Heften, den »Grünen Zweigen« gab es einige Jahre lang eine Zeitschrift: »Kompost«. Später kamen Bücher und Tonträger hinzu, von denen die Alternativpressen-Bestseller die »Hackerbibel« und »Das Scheißbuch« waren.

Dass er mit diversen Titeln Aufsehen erregte, war keineswegs seine Absicht. Werner hat sich immer das Recht vorbehalten, zu tun was ihn interessiert, mal war das für Viele von großem Interesse, aber eben oft auch nicht. Er hat manche Themen einfach zu früh angebracht, z.B. ein Buch über Weltmusik; ein anderes, das »Willkommen« heißt und über die Sitten und Manieren anderer Völker und Kulturen aufklärt. Dies war leider ein totaler Flop in Deutschland, wo man stets meint, die Anderen hätten sich unserer Kultur anzupassen. Viele Bücher hat er zu Drogenthemen heraus gebracht, über synthetische wie LSD und XTC ebenso wie über natürliche Drogen wie Haschisch oder Pilze, aber auch Bücher zur Drogenproblematik und ein Erste-Hilfe-Buch bei Drogennotfällen. Über all die Jahre hat er Buchgeschenkpakete an Gefangene versendet.

Um die ganze Bandbreite seines verlegerischen Tuns zu veranschaulichen, erwähne ich noch einige Werke der letzten Jahre: Ein Buch über die frühere deutsche Kolonie Namibia, die Werner bereiste, zwei Bücher über Musikzensur, eines über den Drogengebrauch im 3. Reich »Nazis on Speed« in zwei Bänden, eines über Zucker und sein Suchtpotential, den Handel und seine Rolle in der Sklaverei, ein Buch über den Ex-Bundespräsidenten Heinrich Lübke. Es heißt, zur Zeit bereite er ein Buch mit Zeitzeugen der 60er Jahre vor.

Werner Pieper ist unermüdlich, er ist diszipliniert und er hat ihm eigene Überzeugungen und Geschäftsgebaren. Die Tatsache, dass er sich weigert, bei Banken Geld aufzunehmen, hat einerseits seine Firma kleingehalten, sie aber auch überleben lassen, wo so viele Kleinstverlage den Bankrott erklären mussten. Er inseriert nicht. Er lehnt christliche Feiertage ab und feiert stattdessen seine eigenen. Seine Bücher des Forstsmeisters Fabricius brachten ihm die Kritik der Linken ein, die meinten, ihn in die rechte Ecke stellen zu können. Aber Pieper hat eine ihm ganz eigene Ecke bezogen, die sich nicht politisch definieren lässt oder wie Ernst Jandl sagte: »manche meinen lechts und rinks darf man nicht verwechseln, welch ein Illtum.«

Er bewohnt mit seiner lieben Frau Nadina Leganovic seit 1973 ein kleines Haus, die Alte Schmiede in Löhrbach. Sie haben eine Tochter und die studiert in Berlin. Sein Büro hat er in der Weinheimer Judengasse. Der Weinheimer »Roten Turm« den er über viele Jahre verwaltete, wurde vor ein paar Jahren, nach endlosem Ärger, wegen schlecht ausgeführter Renovierungen der Stadt, wohl den Tauben zurückgegeben.

Piepers Leben verläuft in erstaunlich geordneten Bahnen, die man so bei ihm nicht vermuten würde. Er lebt nach Richtlinien, die er sich selbst auferlegt, morgens bearbeitet er seine Post, Donnerstags besucht er mich in Heidelberg, geht in die Bibliotheken und Plattengeschäfte, trifft Freunde. Einmal im Jahr pflegt er eine mehrwöchige Genussmittel-Fast: kein Fleisch, kein Tabak, nichts Süßes etc. Zweimal jährlich fährt er nach England. Einmal jährlich zum arbeiten auf eine Insel. Er fährt Mofa und mit der Bahn. An jedem Vollmond ist Party im Hause Pieper. An Thanksgiving gibt es ein Fest der alten Freunde mit Truthahn, an Ostern holt er Wasser an der Lichtenklinger Quelle.

Für dieses so besondere Gemisch aus Eigenheiten und großen Überzeugungen, für seinen Mut, gegen den Strom zu schwimmen, das ungewöhnliche zu wagen und sich selbst stets treu zu bleiben, für all dies hat er sicher diesen Preis verdient. Ein Preis, der »Bluebird« heißt, blau wie der Blues, den er ebenso liebt wie Gospel und afrikanische Musik, ein Preis ohne Kreuz und Gold, ein Vogel-Pieper-Preis. Ein Preis, der von Menschen dieser Stadt vergeben wir, die sich einst aufmachten, gegen ein Braunes Weinheim zu kämpfen und die dies mit Musik erfolgreich vollbrachten. So ist dies ein durchaus bunter Preis, der leuchtende Farben zulässt, ungewöhnliche und freiheitliche Gedanken nicht nur toleriert, sondern sie belobigt und fördert.

Glückwunsch Werner Pieper zu diesem Preis, zu 35 Jahren kontinuierlicher Grüner Kraft. Long live the Blue Bird and high shall he fly.●

www.gruenekraft.net

INFO

Werner Pieper ist Autor und Verleger, Psychonaut und »Ex-Dealer«. In den Siebzigern und frühen Achtzigern brachte er die Zeitschriften Humus und Kompost heraus, die in der Alternativbewegung recht bekannt wurden.

Werner Pieper betreibt in Löhrbach bei Weinheim einen der bekanntesten Independent-Verlage Deutschlands, der 1971 in Heidelberg als »Die Grüne Kraft« gegründet, in den 80ern unter dem Namen »MedienXperimente« bekannt wurde und heute »Werner Pieper & The Grüne Kraft« heißt.

Im Verlag Werner Piepers erschienen die ersten Schriften zu Themen wie Naturkost, Indianer, Geomantie, Jonglieren wie auch die deutschsprachigen Erstausgaben von Autoren der amerikanischen psychedelischen Bewegung wie Timothy Leary und Terence McKenna. Ebenso erscheint dort eine große Auswahl von kritischen Büchern zu LSD, MDMA, Psilocybin und anderen Pilzsubstanzen, psychoaktiven Kakteen sowie weiteren psychoaktiven Substanzträgern. Ein weiterer Schwerpunkt des Verlages sind Sachbücher über Themen, die von großen Verlagen kaum aufgegriffen werden. Zum Beispiel die Hackerbibeln des Chaos Computer Clubs, allgemeine Publikationen zum Thema Rauschkunde (Geschichte und Suchtgefahren), Musik und Zensur, sowie innere und äußere Reiseberichte. Eine gewisse Berühmtheit erreichte in den 80er Jahren das sogenannte Scheißbuch, eine Artikel- und Zitatensammlung rund ums Thema, das auch in einer Sendung von Jürgen von der Lippe vorgestellt wurde.

Quelle: http://de.wikipedia.org)

Anzeige

SPENDENAUFRUF FÜR DAS CIRA

Centre international de recherche sur l'anarchisme, Lausanne

Wer sind wir?
Das CIRA ist eines der Gedächtnisse der anarchistischen Bewegung. Seit fünfzig Jahren sammeln wir die Texte, welche die AnarchistInnen der ganzen Welt schreiben. Wir archivieren diese und stellen sie den Militanten, ForscherInnen und Neugierigen zur Verfügung. Die aktuelle Sammlung ist bedeutend und umfasst fast 20.000 Bücher und Broschüren, Hunderte Zeitschriftentitel (die ältesten von 1848), Filme und persönliche Archive von Militanten (Korrespondenz etc.) – und das in mehr als zwanzig Sprachen!

Woher kommen wir?
Das Abenteuer des CIRA beginnt im Jahre 1957, als Pietro Ferrua, ein italienischer Dienstverweigerer im Genfer Exil, die ersten Archive sammelt: Bücher und Dokumente der Gruppe um »le Réveil« des Luigi Bertoni. Er gründet in Genf das Internationale Forschungszentrum über den Anarchismus (CIRA). Bis zu seiner Ausweisung im Jahre 1964 arbeitet er mit Marie-Christine Mikhaïlo, welche die Bibliothek zusammen mit ihrer Tochter Marianne Enckell übernimmt. Inzwischen haben sich die Sammlungen vergrößert, die Kontakte vervielfältigt und Generationen von BesucherInnen sind vorbei gekommen. Seit seiner Gründung hat sich das CIRA das Ziel gesetzt, als Gedächtnis für unsere Bewegung zu dienen, ohne sich in die Streitereien der großen Familie des internationalen Anarchismus einzumischen.

Dank der Großzügigkeit von Marie-Christine, welche einen Teil ihres Hauses zur Verfügung gestellt hatte, befindet sich die Bibliothek seit 17 Jahren in einem wunderschönen, alten, von hundertjährigen Zedern umgebenen Haus in Lausanne.

Was machen wir?
Das CIRA sammelt die Wörter und Bilder der anarchistischen Bewegung, sortiert und katalogisiert sie und gibt allen die Möglichkeit, sie zu lesen und zu sehen. Der Katalog ist online verfügbar und jedes Jahr wird ein Bulletin publiziert. Das CIRA organisiert auch Vorträge und Ausstellungen über den Anarchismus in Lausanne und andernorts (wie z.B. in Venedig 1984). Bibliographien und andere Forschungsinstrumente werden erstellt, um den Zugang zu unserer Geschichte zu erleichtern.

Wie funktioniert das CIRA?
Es sind die AnarchistInnen der ganzen Welt, die das CIRA ermöglichen – durch die Bücher, Zeitschriften, Plakate, Filme etc. die sie uns senden, und durch die jährlichen Mitgliederbeiträge der LeserInnen. Einige GenossInnen helfen auch mit Gaben. Seit den Anfängen lebt das CIRA von der politischen, sozialen und kulturellen Vielfalt der anarchistischen Bewegung, und vor allem von der Notwendigkeit, die Worte jener weiterzugeben, die für eine freie Welt gekämpft haben.

Die aktuelle Situation:
Das Haus, in welchem sich das CIRA befindet, gehörte Marie-Christine Mikhaïlo, die vor zwei Jahren verstorben ist. Jetzt muss das Grundstück den anderen Erben abgekauft werden, damit wir bleiben können. Das heißt, wir müssen mindestens 150.000 Franken sammeln, damit neben dem Hausteil auch das Grundstück Eigentum des CIRA wird. Sonst müssen wir hier weg und die Kontinuität unserer Arbeit ist in Gefahr, weil es schwierig ist, ein bezahlbares Lokal für eine anarchistische Bibliothek zu finden, in welchem wir mehr machen können als den wachsenden Staubschichten zuzuschauen.

Was brauchen wir?
Wir wenden uns an alle Kollektive, Gruppen, Organisationen, Kooperativen etc. der weltweiten anarchistischen Bewegung, ihren Beitrag zur Erhaltung eines wichtigen Teils ihres Gedächtnisses zu leisten. Wir brauchen, was die AnarchistInnen immer am Besten konnten: Aktion! Und dass alle die unerschöpfliche Ressource jener Leute mobilisieren, welche die Welt verändern wollen: Die Fantasie. Wir zählen auf die Vervielfältigung der Initiativen überall, wo es möglich ist, etwas Geld zusammenzuklauben.

Was ihr für das CIRA machen könnt:
Alles mögliche! Eine VoKü, Soli-Partys, Konzerte, Veranstaltungen, Vorträge, Flohmärkte oder klassische Spendensammlungen – und vor allem diesen Aufruf in euren Zusammenhängen, Gruppen und Freundeskreisen kursieren lassen. Falls ihr einen Ort habt und etwas organisieren wollt, lasst es uns wissen. Wenn ihr jemanden braucht, der/die das CIRA vorstellen kann, ebenfalls. Wir können euch auch Informations- und Ausstellungsmaterial sowie Filme über das CIRA und die Geschichte des Anarchismus zur Verfügung stellen. Falls ihr Musik, Theater oder andere Künste macht und Lust habt dem CIRA etwas Zeit zu widmen, aber nicht wisst wo und mit wem, meldet euch und wir setzen euch mit anderen GenossInnen in Verbindung. Das Ziel ist nicht nur Geld zu sammeln, sondern auch das Kontaktnetz um das CIRA zu verstärken und lebendiger zu machen.

Selbstverständlich sind auch individuelle und kollektive Spenden willkommen!
Für die Schweiz: Postkonto PC 12-17750-1
Außerhalb der Schweiz: Nehmt mit uns Kontakt auf und wir geben euch Adressen an, die uns ermöglichen, unnötige Post- und Bankspesen zu vermeiden.

CIRA, Beaumont 24, CH-1012 Lausanne
(+41) (0)21 652 48 19 – www.anarca-bolo.ch/cira
mailto: cira@plusloin.org

LONGO MAÏ, HOF ULENKRUG

Der G8-Gipfel geht, wir bleiben

Unsere nördlichste Longo maï-Kooperative, Hof Ulenkrug in Mecklenburg-Vorpommern, ist in diesem Jahr damit konfrontiert, dass die acht reichsten Staaten der Welt ihre jährliche »gemütliche Gesprächsrunde« 60 km von unserem Hof entfernt abhalten werden, vom 6. bis 8. Juni in dem kleinen Osteseebad Heiligendamm. Es ist ein ausgesprochen lästiges Ereignis.

Jürgen, Hof Ulenkrug ● Am 17. Januar wurde mit dem Bau eines 15 km langen unter- und oberirdischen Zaunes rings um den Versammlungsort begonnen. Die Bundeswehr wurde kurzerhand mit der Verstärkung der Polizei beauftragt. Die 100 Millionen Euro für die Durchführung des Gipfels werden zur Zeit von kulturellen, sozialen und gesellschaftspolitischen Einrichtungen zusammengestrichen. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist kein Thema mehr. Die NPD sitzt mit sechs Abgeordneten im Landtag. Schaut man die Themen des Gipfels an, so wird einem nicht wohler. In gemütlicher Runde soll über die Ausgestaltung der Weltwirtschaft gesprochen werden und über Afrika. Afrikaner braucht es dazu nicht. Über die Weltwirtschaft können die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern schon ein Lied singen, falls sie noch da sind.

Vor der Wende waren 300.000 Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt, heute sind es noch knapp 30.000. Trotz der hohen Abwanderung liegt die Arbeitslosigkeit weiterhin bei 20 Prozent. Die Konzentration des Bodens im Besitz von Kapitalgesellschaften steigt unaufhörlich, die Viehzucht hat den Charakter von Fleischfabriken. Hinter Gittern wachsen auf Feldern gentechnisch veränderte Pflanzen, die zur Produktion von Rohstoffen zur Energiegewinnung oder für die Industrie angebaut werden. Manchmal muss ich mich ins Bein kneifen, um sicher zu sein, dass ich keinen Alptraum erzähle.

Mecklenburg-Vorpommern ist sozusagen ein Modell der von der EU beschlossenen Agrarreform im Dienste der Weltwirtschaft. In Rostock, der größten Stadt in der Nähe des Tagungsortes, haben sich zahlreiche Gruppen, Kirchgemeinden, Initiativen und Einzelpersonen zusammengeschlossen, um dem erwarteten Strom von Protestierenden mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einen menschlichen Empfang zu bereiten. Wie viele es sein werden, weiß keiner und man tut was man kann.

Wir im Ulenkrug, rund 50 km von Rostock entfernt, haben als selbstverwaltete Kooperative auf dem Land gewiss nicht die Sympathie der Sicherheitskräfte. Selbstversorgung, die Erhaltung von alten Kulturpflanzen, ökologische Bauweisen, aber auch Solidarität mit den Flüchtlingen und Gastfreundschaft könnten in Anbetracht des Gipfels als staatsfeindliche Umtriebe eingestuft werden. Deshalb haben wir zwei Beschlüsse gefasst:

1. Unsere Vorstellungen einer solidarischen Gesellschaft in eine öffentliche Diskussion einzubringen als Antwort auf die Resignation und Verzweiflung, welche die globalisierte Landwirtschaft bei vielen Betroffenen auslöst. Als Thema haben wir das Saatgut gewählt, weil es die Grundlage jeder von den Menschen selbstbestimmten Ernährung ist und mit einer über Jahrtausende gewachsenen Kultur verbunden ist. Eine Gesellschaft, die sich von dieser Kultur loslöst, beraubt ihre Kinder ihrer Vergangenheit und Zukunft. Wir laden zu diesem Thema zu einer internationalen Konferenz in Halle in Sachsen-Anhalt ein, die vom 19. bis 21. Mai stattfinden wird, Bewusst vor dem Gipfel, in der Hoffnung, dass die Medien zu diesem Zeitpunkt noch offen sind für inhaltliche Fragen. Jetzt, da die sozialen Sicherheiten abgebaut sind und das Bauernlegen seinem Ende zugeht, stellen sich viele Menschen die Frage nach ihrer Ernährungsgrundlage. Eine neue Verständigung zwischen Städtern und kaum mehr vorhandenen Landwirten herzustellen, ist uns wichtig.
2. Die Freunde von Longo maï aufzufordern, für die Zeit des Gipfels eine Patenschaft für unser Projekt zu übernehmen, was im Klartext bedeutet, im Fall von Übergriffen und Verleumdungen gegen uns zu protestieren oder noch besser, in dieser Zeit auf unserem Hof anwesend zu sein.

Der G8-Gipfel wird gehen, wir wollen bleiben – mit eurer Unterstützung.●

aus »Nachrichten aus Longo maï«, Nr.94

Info zur Patenschaft bei:
Hof Ulenkrug, Tel. (03 99 59) 2 38 81
ulenkrug@t-online.de

Auch der für 13 Mio. Euro für das G8-Treffen erbaute Zaun geht wieder, er wird nach dem Ereignis »zurückgebaut«

VEREIN KOKOPELLI IN GEFAHR

Verurteilung wegen Samen-Verkauf

Anlässlich unseres interkooperativen Treffens im Januar berichteten Raoul Jacquin und Didier Meunier mit welchen Problemen sich der Verein Kokopelli herumschlagen muss. Da wir uns in Longo maï bereits mit der Problematik des Saatgutes befassen und auf diesem Gebiet aktiv sind, überlegten wir jetzt, wie wir unsere europäischen Kontakte dazu nutzen könnten, Kokopelli zu unterstützen.

Marion, Longo maï ● Seit vier Jahren arbeiten wir auf verschiedenen Ebenen mit diesem Verein zusammen; so veranstalten wir beispielsweise jedes Frühjahr gemeinsam einen mehrtägigen Kurs zur Samenproduktion, der auf unserem Hof Grange Neuve in Limans stattfindet.

Am 22.Dezember 2006 wurde dieser kleine Verein vor dem Berufungsgericht in Alès; im Süden Frankreichs, des illegalen Samenverkaufs für schuldig erklärt. Dieser Schuldspruch bedeutet eine existenzielle Bedrohung für den Verein und seine zehnjährige Arbeit. Diese Arbeit besteht darin, Saatgut aus der ganzen Welt zu sammeln, weiterzuzüchten und zu verteilen – gegen Bezahlung in den europäischen Ländern und als Geschenk für mittellose Bauerngemeinschaften in Entwicklungsländern. Kokopelli macht sich auch das Verbreiten von Kenntnissen über Pflanzenzucht und Samenproduktion zur Aufgabe. Der Verein setzt sich für die weltweite freie Zirkulation und Weiterzüchtung von Saatgut durch Gärtner und Bauern sowie für die Verbreitung von Informationen über die aktuelle und immer restriktiver werdende Gesetzeslage ein. Denn unter dem Vorwand des hochheiligen Konsumentenschutzes und seiner Kollegin Frau Hygiene knabbern die europäischen Gesetze des freien Marktes mehr und mehr an unseren individuellen und kollektiven Freiheiten, indem sie nicht nur den Verkauf, sondern sogar den Tausch und die freie Vergabe von Samen verbieten. Diese als illegal erklärten Samen stammen meist von alten Sorten, die alle von einer Pflanzengeneration zur nächsten endlos vermehrbar sind. Das heißt, jeder der möchte, kann solches Saatgut selbst produzieren und muss es nicht jedes Jahr neu kaufen, was für die multinationalen Saatgutfirmen ein Minus an Gewinn bedeutet.

Ein Erbe für die ganze Menschheit

Um in Frankreich legal existieren zu dürfen, muss man dieses sortenfeste Saatgut in den catalogue national des varietes amateurs (Nationaler Katalog der Amateursorten) eintragen, was sehr kostspielig ist und wofür teilweise widersinnige Kriterien erfüllt werden müssen. Die meisten kleineren Samenzüchter können oder wollen die finanzielle Belastung der Sortenregistrierung nicht tragen, denn es handelt sich um ein überliefertes Erbe unserer Vorfahren, und dieses Erbe wird plötzlich für illegal erklärt. Die Angestellten von Kokopelli, Samenproduzenten, Gärtner und Aktivisten, die überzeugte Verfechter der Vielfältigkeit sind, vertreten die feste Meinung, dass hier Widerstand geleistet werden muss: Einerseits durch die Verbreitung von Informationen sowie praktischem Wissen und andererseits durch das Gärtnern selbst. Auf jedem freien Quadratmeter Erde sollten unterschiedlichste vermehrbare Pflanzen angebaut, die Samen geerntet und über alle Grenzen hinweg weiterverbreitet werden.

Saatgut ohne Grenzen

Ja, Samen und Informationen müssen auch nationale Grenzen überschreiten, denn was sich hier vor einem französischen Provinzgericht abgespielt hat, ist von kapitaler Bedeutung. Was das Saatgut angeht, ist die französische Gesetzgebung eine der strengsten der Welt. Könnte der Grund dafür sein, dass Frankreich zu den drei größten Saatgutproduzenten der Welt gehört? Es scheint leider so, als würde dieser schlechte Witz die Gesetzgebung auf europäischer Ebene inspirieren. Möglicherweise werden bald nur noch privatisierte Samen genmanipulierter Sorten oder der Hybridsorten vom Typ F1 ein Existenzrecht haben. Ganz abgesehen von den ökologischen Problemen, die eine solche Entwicklung mit sich brächte, zeichnet sich hier – wenn wir nicht reagieren – eine Situation am Horizont ab, in welcher die Menschheit vom direkten Zugang zu ihren Lebensmitteln abgeschnitten wird – wobei die Samen das erste Glied der Kette darstellen. Die Verurteilung des Vereins Kokopelli kann auch als Kompliment aufgefasst werden: Die Mitglieder sind ihrer anspruchsvollen Aufgabe gewachsen. Trotzdem tut Hilfe Not, sonst ist die Weiterführung ihrer Arbeit in Gefahr. Eine Petition, die Sie unterzeichnen können, ist auf der Homepage des Vereins zu finden. Wer sein eigenes Saatgut produzieren will, kann Samen und Anleitungen zu ihrer Weiterzüchtung beim Verein bestellen. Um sich auf juristischer Ebene weiter zu verteidigen, hat der Verein beschlossen, beim Kassationsgericht Einspruch gegen das Urteil zu erheben und beim Europäischen Gerichtshof zu klagen.●

Mehr Informationen bei: Association Kokopelli, Oasis, impasse des Palmiers, 30319 Alès cedex, France Tel. 0033 4 66 30 64 91 oder 0033 4 66 30 00 55
www.kokopelli.asso.fr

aus »Nachrichten aus Longo maï«, Nr.94

SELBSTORGANISATION IN BESETZTEN HÄUSERN – WIE ALLES ANFING

Georg von Rauchhaus

Nach einem Teach-in und einem Konzert mit Ton Steine Scherben am 8. Dezember 1971 in der Technischen Universität Berlin zum Tode Georg von Rauchs machten sich die TeilnehmerInnen auf den Weg Richtung Kreuzberg und besetzten das seit 1970 leerstehende Schwesternwohnheim des Bethanien-Krankenhauses. Die alarmierte Polizei zog ein Großaufgebot zusammen, um die Versammlung von etwa 300 zum großen Teil Jugendlicher am nebenliegenden Mariannenplatz durch Schlagstock- und Tränengaseinsatz aufzulösen. Dies gelang nicht. Nach Verhandlungen stellte der Berliner Senat den BesetzerInnen das Gelände und Haus zur Verfügung. Eine neue Ära – Leben in selbstorganisierten Häusern – hatte mit dem Georg von Rauchhaus ihren Anfang gefunden.
Die ehemaligen Besetzer und Besetzerinnen sind längst ausgezogen, doch das Georg von Rauchhaus gibt es auch heute noch als alternatives Wohnprojekt. Greta Mields und Salome Duch (17 Jahre), Freunde der heutigen BewohnerInnen, trafen im Rahmen eines Praktikums bei Umbruch Bildarchiv Kat, einen der ehemaligen Erstbesetzer. Daraus folgte ein spannender Austausch über die Bewegung der 70er Jahre und die Entwicklung des Georg von Rauchhauses. In dieser Bildgalerie seht ihr bisher unveröffentlichte Fotos aus der damaligen Zeit.

www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/rauchhaus_berlin.html

Teach-in und Konzert mit Ton Steine Scherben anlässlich des Todes von Georg von Rauch am 8. Dezember 1971 in der Technischen Universität. Von hier aus folgte die Besetzung. Bildgalerie Georg von Rauch Haus 1971-2007. Fotos: Kat Friedrichs, Gisela Minninger und Jutta Matthess

42. SOLOTHURNER FILMTAGE:

Fokus auf drei Schweizer Dokumentarfilme

Prinzipiell kommen in jedem Jahr alle BesucherInnen der Solothurner Filmtage auf Ihre Kosten. Während der 42. Filmtage vom 22. bis zum 28. Januar 2007 konnten sogar die Fans vom Basler Tennis-Crack Roger Federer ihr Idol in einem witzigen Kurzfilm (1) bewundern. Im Gegensatz hierzu handelt es sich bei den Rezensionen für diese Zeitschrift eher um Werke von politischer Brisanz.

René Hamm aus Mittelbergheim (Elsass) ● Schon in seiner Eröffnungsrede gab Ivo Kummer, seit 1989 der Direktor der Veranstaltung, den Ton an. Gegenüber dem anwesenden Bundesrat Samuel Schmid – Oberster Chef der Armee – formulierte er den Wunsch, dass die überwältigende Begeisterung des Publikums über das Festival, ihn vielleicht dazu bewege, der Schweizer Filmförderung einen »FA/18 Hornet« (2) zu schenken. Mit seiner sechzehn Tonnen schweren Schubkraft würde diese dann so richtig abheben. Es blieb bei dieser ironischen Pointe. Denn ein direktes Anprangern der stets aufgestockten Militärbudgets, im Vergleich mit den mickrigen Summen, die der Kultur (3) zur Verfügung stehen, hätte wahrscheinlich dem Gast aus Bern die Laune vermiest...

Frank Garbely, der im letzten Jahr *»Moumié – Der Tod in Genf«* (4) in der schmucken barocken Stadt präsentierte, hatte mit seinem Kollegen der »Télévision suisse romande«, Mauro Losa, über den Multi »Glencore« ermittelt: *»Paradis fiscal, enfer social«* (Übersetzung: »Steuerparadies, soziale Hölle«). Wie viele andere Holdings hat letztere ihren Sitz in Zug, genauer im Vorort Baar. Auf die vierundzwanzigtausend Einwohner kommen mehr als die Hälfte Briefkastenfirmen. Hier herrschen die Traders, diese Rohstoffmakler, diskret und ohne jede Moral.

Nichts Gutes von den »Global Players«

Marc David Rich (richtiger Name: Reich), einer aus der Spekulantenkaste, hat eine Menge auf dem Kerbholz. Während der »Geiselkrise« in Teheran (4. November 1979 bis zum 20. Januar 1981) umging er das Embargo gegen den Iran und kaufte mit Waffen bezahltes Öl. Nach Südafrika, damals noch unter dem Apartheidsregime, ließ er schwarzes Gold fließen. Wegen einundfünfzig Anklagepunkten und einem Kopfgeld von siebenundfünfzigtausend Dollar wurde er in Amerika zu dreihundertfünfundzwanzig Jahren Gefängnis verurteilt. Er floh in die Schweiz, die ihm einen wohlwollenden Empfang bereitete und in der er einen Status vom höchsten Rang genoss. Die Delikte (Steuerhinterziehung und -flucht,

Kohlemine von »Cerrejón«

Verschwörung mit dem Feind...), die ihm die Richter der USA zur Last legten, stehen in der Eidgenossenschaft nicht im Strafgesetzbuch. Auch begnadigte ihn William Jefferson Clinton am 20. Januar 2001, ein paar Stunden vor seinem Rücktritt. Der Businessmann Rich und seine Ex-Frau Denise Eisenberg zeigten sich immer sehr großzügig in Sachen Spenden...

1993 überließ er die »Marc Rich & Co« seinen treusten Komparsen im Führungsstab. Diese tauften das Konsortium »Glencore«. 2005 lag die Firma mit einem Umsatz von 119,9 Milliarden Franken weit vor »Nestlé« (91 Milliarden), »Novartis« (42,4 Milliarden) und »Roche« (35,5 Milliarden). Zu 33% gehört ihr »Metaleurop«, das am 16. Januar 2003 seine nordische Filiale in Noyelles-Godault (Département Pas-de-Calais) endgültig schloss. Achthundertdreißig Arbeiter blieben auf der Strecke. Ob das durch Blei und Zink extrem verseuchte Firmenareal wirklich saniert werden wird, steht in den Sternen.

Die beiden Autoren richteten ihre Aufmerksamkeit auf die Tätigkeiten von »Glencore« in Kolumbien. Francisco Ramirez, von der Gewerkschaft »Sintraminercol«, beschuldigte »Glencore« der Korruption sowie systematischer Menschenrechtsverletzungen in den Kohleminen von »Cerrejón« (Provinz Guajira, im Nordosten). Die Mine, eine der weltweit wichtigsten im Tagebau, hat eine Größe von über fünfundneunzigtausend Hektar. Am 9. August 2001 rebellierten die BewohnerInnen von Tabaco gegen eine Ausweitung des Minengeländes. Am 28. Januar 2002 zerstörten Antiaufruhrschwadronen und zweihundert Infanteristen das Dorf und den Kirchhof. Die Gemeinden Albania, Data Nueva, Mamantial und Chancleta ereilte dasselbe Schicksal. In einem Brief vom 28. Oktober 2005 an Frank Garbely verneint Lotti Grenacher, die PR-Dame bei »Glencore«, jegliche Verwicklung in diese Ereignisse. Eine schamlose Lüge! Das Unternehmen, das 33% von »Cerrejón« behielt, hatte seine Anteile erst am 12. Mai 2006 »Xstrata« übertragen, von der es schon 13,9% der Aktien besaß. Seit dem 22. Dezember 2006 sind es 35,71%.

»Paradis fiscal, enfer social«, Zug/Schweiz

Auch die Wayúu-Indios spüren die Willkür der Potentaten und die abscheulichen Methoden ihrer Vasallen. Auf den mit Drahtgittern umbauten Böden ihrer Vorfahren sollte gebohrt werden. Die meisten von ihnen haben die Region von Bahia Portete verlassen und sind in die ärmsten Viertel von Maracaibo (Venezuela) umgezogen. Am 18. April 2004 hatten Paramilitärs ein Massaker auf der Halbinsel bei Puerto Bolivar verübt. Zwei Mädchen von zwei und drei Jahren starben in den Flammen. Dreizehn Leichen wurden gefunden, dreißig Personen gelten als verschollen. Am 5. November 2005 schrieb die Abgeordnete Debora Barros Fince, an Willy Strothotte, den deutschen Boss von »Glencore«. Da dieser ihr nicht antwortete, machte sie sich auf den Weg nach Baar in die Schweiz. Sie wurde mit der Empfehlung zurückgewiesen, ihr Anliegen nochmals per Post zu schicken. Natürlich weiß sie, dass sie von den »Global Players« nichts Gutes zu erwarten hat. Im schweizerischen Zug basteln die Politiker an neuen Steuerbegünstigungen. Wie es der christdemokratische Staatsrat Walter Suter formuliert, *»ist es unmöglich, den Unternehmen ethische Wertbhaltungen aufzuzwingen, denn sie bewegen sich im freien Raum eines liberalen Wirtschaftssystems«...*

Unbarmherzige Unterdrückung

Etwa hunderttausend »Sans-papiers«, Leute ohne Aufenthaltsgenehmigung, leben in der Schweiz, zwanzigtausend allein in Zürich und Umgebung. Die neununddreißigjährige Bolivianerin Delia Quispe Flores verbrachte fünfzehn Jahre in der Bankenmetropole an der Limmat. Am 12. Mai 2005 musste sie, mit ihrem Gatten Celso sowie den drei Kindern Evelyn, Yvette und Edilson die Rückkehr antreten. Obschon sechstausend Menschen eine Petition unterschrieben hatten, lehnten die kantonalen Behörden das Gesuch ab: keine Berechtigung für eine längere Bleibe »aus humanitären Gründen«, denn ein »Härtefall« liege nicht vor... In der Romandie ist die Stimmung toleranter. Fremde trauen sich ihre Meinung offen zu äußern. Für seine Reportage *»Swiss sans-papiers«* hatte Andreas Hoessli einige von ihnen zwischen Januar 2005 und März 2006 getroffen. Jakup Gachi (fünfundfünfzig) aus dem Kosova hat elf Jahre auf Weingütern gearbeitet. »Ich bin nicht hier, um Großkapitalist zu werden. Bei uns ist alles blockiert...«. Dem Vater von elf Kindern wurde befohlen, die Koffer zu packen, weil er weiterhin einen engen Kontakt mit seiner Familie pflegte... Daniel Ziegenhagen, Gemeinderat in Begnin (Waadt) und Polizeichef, kann diese plötzliche Welle von Ausweisungen nicht nachvollziehen. Die Einwanderer »stören doch niemanden«.

Der Peruaner Alfonso Andrade jobt im Multimediabereich in Renens bei Lausanne. Seine Lebensgefährtin, die Ecuadorianerin Lourdes Velasco ist Hausangestellte. Das kantonale Gremium unterstützte das Paar, aber das Bundesamt für Migration befahl ihm, noch vor dem 31. Juli 2005 die Schweiz zu verlassen. Am 2. Juli 2005 heirateten beide in der Sankt-Valentinskirche in Lausanne. Er hat keine Angst davor, in den Untergrund zu flüchten. Sie aber, am Rande eines Nervenzusammenbruches, erträgt diese unbequeme Situation nicht mehr.

Die Genfer Regierung schlägt vor, fünftausend Hausangestellte zu legalisieren, also ihnen eine Arbeitserlaubnis auf der Basis wirtschaftlicher Motive zu erteilen. Ismail Turker, von der interprofessionellen Arbeitergewerkschaft, will unbedingt »Ordnung« in diesem Sektor schaffen, wo die Prekarität besonders akut ist. Er möchte Gehaltserhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen für alle erzwingen. In der kleinen Alpenrepublik, in der zwanzig Prozent der Bevölkerung in den Großstädten unter der Armutsschwelle leben, dürfen die aus nichteuropäischen Ländern stammenden Menschen sich nur für hochqualifizierte Posten oder als...Nachtklubtänzerin bewerben! Am 24. September 2006 haben die WählerInnen zu 67,96% das Ausländergesetz und zu 67,75% die Veränderung im Asylrecht gebilligt. Nachdem das Parlament am 16. Dezember 2005 sehr restriktive Vorkehrungen getroffen hatte, hatten die Grünen und mehrere Verbände einen Volksentscheid initiiert.

Stanly Van Tha

Ausgeschafft!

Am 2. Mai 2003 landete Stanley Van Tha (siebenunddreißig) auf dem Flughafen von Zürich-Kloten. Drei Tage später meldete er sich im Basler Empfangszentrum und bat um politisches Asyl. Er wurde dem Kanton Bern zugewiesen. Das von der Heilsarmee betriebene ehemalige Restaurant »Rössli« in der kleinen Gemeinde Neuneck wurde sein Zuhause. In *»Ausgeschafft!«*, erzählt Irene Marty seine »unglaubliche Geschichte« mit einem so bitteren Ende.

Von der Hauptfigur zeigt sie nur Fotos und führt uns an die Orte, an denen sich der Burmane aufhielt. Sie befragte Leute, die mit ihm verkehrten. Die Betreuerin Ursula Schär: *»Er hatte Schutz, Halt gesucht. Etwas anderes entsprach nicht seinem Vorstellungsvermögen. Entweder die Schweiz oder der Tod«*. Er wusste ganz genau, was ihm in der Heimat blüht. Denise Graf, von Amnesty International betont: *»Im Dossier hätte es Anhaltspunkte gegeben, von den man hätte ableiten können, dass er gefährdet war«*.

Die in Altdorf geborene Regisseurin, sehr eng mit Burma (5) verbunden, hat dreizehn Reisen hinter sich, neun davon illegal. Seit fünfundfünfzig Jahren beherrscht eine brutale Militärjunta das »Land der tausend Pagoden«. Die Generäle annullierten die Wahlen vom 27. Mai 1990, die die »Nationale Union für die Demokratie« gewann. Die berühmteste Figur dieser Partei: Aung San Suu Kyi, 1991 Trägerin des Fiedensnobelpreises. Die tapfere und charismatische Frau steht seit dem 20. Juli 1989 unter Hausarrest. Diese Maßnahme wurde am 27. Mai 2006 um zwölf weitere Monate verlängert. Stanley Van Tha hatte Geld für sie gesammelt und die Guerilla unterstützt.

Die unbarmherzige Unterdrückung zwingt Hunderttausende aus ihrer Heimat zu fliehen. Im Dschungel errichten sie Camps. Viele irren im Grenzgebiet zu Thailand umher oder versuchen, sich nach Kuala-Lumpur durchzuschlagen. Skrupellose Schlepper besorgen Papiere und vermitteln ihnen eine Arbeit unter Ausbeutungsumständen auf den Großbaustellen der boomenden Mega-City. Sie knöpfen ihnen aber gleich den Eindollarslohn wieder ab, bis die Kosten ihrer »Dienste« beglichen sind. Die einzige Hoffnung der Leidgeprüften: das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge in der Malaysischen Hauptstadt oder in New Dehli.

Irene Marty hat Frauen und Männer interviewt, die so manche Gräueltaten schildern. Es gelang Stanley Van Tha nicht, die Bürokraten des Bundesamtes für Migration vom Ernst seiner Lage zu überzeugen. Sein Gesuch wurde am 21. Oktober 2003 abgelehnt. Auch seine Berufung, für die er eine satte Gebühr von sechshundert Franken zu entrichten hatte, endete am 2. Dezember 2003 mit demselben Ergebnis. Hans-Ulrich Gerber, der Präsident des Berner Gerichtes, schafft sich ein reines Gewissen: *»Wir beurteilen standardmäßig!«*. Seine letzten Wochen verbrachte der Unerwünschte in der Strafanstalt Witzwil. Am 6. März 2004 wehrte sich der sonst so friedliche und ruhige Asiat vehement gegen seine Abschiebung. Am 14. April 2004, wurde er, an einem Rollstuhl gefesselt und geknebelt, ins Flugzeug gehisst. Drei Polizisten begleiteten ihn bis nach Rangun und lieferten ihn an die Krallen der Soldateska, denen er eigentlich entweichen wollte. Sofort zu neunzehn Jahre Haft verurteilt, verschwand er hinter den Mauern des berüchtigten Insain-Gefängnisses. Die Sendung »Rundschau« des Schweizer Fernsehen DRS machte am 27. August und 1. September 2004 auf seinen Fall aufmerksam. Irene Marty bemüht sich, dem Angehörigen der Chin-Minderheit Medikamente zu besorgen. Seit der Austrahlung ihres Filmes in den zwei öffentlich-rechtlichen Kanälen, am 27. und 28. Februar, 5. und 6. März 2006, hat die Schweiz die Ausschaffung der Burmanen gestoppt.●

»Ausgeschafft!«, Irene Marty

1) »Federer et moi« von Robin Harsch.
2) Am 6.Juni 1993 sprachen sich 57,2% des Volkes gegen ein Begehren der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee aus, die den Kauf von vierunddreißig dieser Düsenjets verhindern wollte. Preis pro Stück: 102,7 Millionen Franken.
3) Nicolas Bideau, der (umstrittene) Chef der Sektion Film im Bundesamt für Kultur verfügt über ein Budget von 41,5 Millionen, etwa sechsunddreißig Mal weniger als das Programm zur Ausrüstung der Streitkräfte.
4) CONTRASTE vom April 2006.
5) Seit September 1989 Myanmar genannt.

ÜBERBLICK

Christliche Basisgemeinden

Ver-rückt bleiben

In fast jedem Buch von Erich-Maria Remarque taucht die Frage auf: »Was ist Glück?« Der Dialog endet jedes Mal damit: »Wie lange, glaubst Du, kann man auf einer Nadelspitze sitzen?« Vielleicht ist das ja auch das Leben, wenn wir gar nicht mehr merken, dass wir glücklich sind? Den Alltag miteinander zu teilen, hat an unseren drei Orten verschiedene Formen. Verbindend ist, dass wir an allen drei Orten unserer Gemeinde – Wulfshagenerhütten (bei Kiel), Dibschtsche (Westukraine), Prenzlauer Berg (Berlin) – in eine gemeinsame Kasse wirtschaften, zusammen in Wohngemeinschaften leben und, soweit das möglich ist, zusammen arbeiten.

Besucher und Mitglieder der Gemeinde Prenzlauer Berg — Foto: Basisgemeinde Prenzlauer Berg

von Jörg Wappler, Basisgemeinde Prenzlauer Berg ● Das heißt, wir beginnen den Tag mit einem gemeinsamen Gebet und hier in Berlin sehen wir uns erst am Abend wieder. Unser Zusammenhang ist der einer großen Familie. Wir sind aufeinander angewiesen. Wir suchen miteinander bei unseren gemeinsamen wöchentlichen Treffen in wesentlichen Fragen die »Einheit«. Dieses seltene Wunder ist nicht immer der kleinste gemeinsame Nenner. Manchmal sind das mutige Entscheidungen Einzelner, denen sich die anderen in der Runde – wir sitzen meist im Kreis um eine Kerze, Blume oder das Kreuz – anschließen. Dahinter kann sich jeder auch gut verstecken. Aber keiner kann sagen, davon habe ich nichts gewusst – gelebte **Verantwortung** im Alltag.

An dieser Stelle wird es spannend, denn trotz Gemeinde ist nicht jeder immer glücklich, wage ich zu behaupten und gehe dabei von mir aus. Aber die Erwartung war/ist immer (noch) da. Jeder hat Träume, will die Welt verändern, das Unmögliche leben. Die Gemeinschaft muss für das Unerfüllte herhalten. Sie **kann** nie genügen. Zuallererst muss auch in unserer kleinen Gemeinde jeder **sei**nen Weg gehen und, irgendwo in letzter Zeit habe ich dieses Wort aufgeschnappt, mit »Herzenswärme« seine Positionen in das große Ganze einbringen. Letzteres ist der Gesamtprozess in dem wir immerwährend stehen. Alles andere ist nachgeordnet:

Wir betreiben als Basisgemeinde Prenzlauer Berg seit 13 Jahren einen Kinderladen, in dem ca. 15 Kinder von 1-6 Jahren »begleitet« werden, wie es sehr schön in der Pädagogik von Elfriede Hengstenberg / Emmi Pikler heißt, und die uns als Leitfaden dient. Diese beiden Pädagoginnen, Weggefährten von Montessori, Gindler, Jacobi beschrieben in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts den möglichen Weg von Kindern, gerade aus »ärmeren «Verhältnissen – wobei der Begriff relativ ist – zu einer aufrechten Lebenshaltung. Der Kinderladen, zu einer kinderlosen Zeit nach 1989 begonnen, könnte uns in diesem seit einigen Jahren aufstrebenden Stadtteil am Helmholtzplatz dazu verleiten, ihn durch Expansion als Geldquelle zu nutzen, doch es wächst eher die Intensität von Beziehungen, z.B. gründete sich durch die Eltern der Kinder mit unserer Hilfe ein kleiner Chor.

In unserer Gemeinde in Wulfshagenerhütten werden die für die Hengstenberg / Pikler-Pädagogik wichtigen Bewegungsgeräte hergestellt; in gemeinsamer Arbeit in Form einer Produktionsgenossenschaft in einer als Holzwerkstatt für ca. 20 Menschen ausgebauten ehemaligen Scheune. Die Arbeitsplätze sind so eingerichtet, dass jeder nach seinen Fähigkeiten die Würde der Arbeit erfahren kann. Die Umsatzzahlen in den letzten Jahren sind dem gesellschaftlichen Trend gegenläufig steigend.

Hinter der Arbeit stecken so interessante Themen wie Lohn, Ausbildung, Urlaub, ... Es wird an allen drei Orten an uns selbst z.B. kein Lohn gezahlt. Jeder bekommt das, was er braucht – ein heißer Satz. Die Fahrtkosten für das gemeinsame Auto vor das Atomkraftwerk nach Brokdorf zur Mahnwache sind so nicht das Thema, es ist unser gemeinsames Auto.

Ob unsere Gemeinde Menschen anstellt, die nicht mit uns leben, wurde in Wulfshagenerhütten jahrelang diskutiert, jetzt praktiziert. In Dibschtsche leben wir nicht als eingetragener gemeinnütziger Verein, wie an den zwei Orten hier in Deutschland, sondern als deutsch-ukrainisches Unternehmen, anders ist keine längerfristige Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen. Im alltäglichen Umgang tauchen dort grundlegende Fragen auf. Wäre zum Beispiel ein genossenschaftliches Modell umsetzbar, um die Beteiligung der Dorfbevölkerung inhaltlich und nicht nur über Pacht- und Lohnzahlungen zu ermöglichen? Auch wenn wir dort sehr einfach leben, verläuft dort spürbar die uns allbekannte Trennlinie zwischen arm und reich – neben der von Glauben und Herkunft. Nur, dass wir diesmal auf der anderen Seite stehen. Auf der einen Seite sind wir in Dibschtsche Besetzer einer alten Kolschose, weil nach Jahren noch immer keine Pachtverträge von den Behörden genehmigt wurden, auf der anderen Seite Besitzer eines Landwirtschaftsbetriebs mit einer bewirtschafteten Fläche von über ca. 250 Hektar.

Wir kommen in unseren drei Gemeinden aus verschiedenen christlichen Konfessionen, aber es leben auch Menschen bei uns, die in ihrem Leben, bevor sie uns kennenlernten, nie mit dem Glauben in Berührung kamen. Für mich sind die verbindenden Elemente im Alltag das Wichtigste. Ich kann über den Glauben nicht Ewigkeiten diskutieren.

Ich habe mal vor Jahren bei einem Workcamp mit Jugendlichen unserer Gemeinde den Satz geprägt: »Arbeit macht schön!« – vielleicht schaffe ich es deswegen manchmal nicht rechtzeitig zum gemeinsamen Abendbrot. Arbeit und Freizeit – ich kann beides nicht voneinander trennen. Das Thema Grundeinkommen, so gesehen bei uns in der Gemeinde schon verwirklicht, ist aber unabhängig davon eine wichtige Frage. Tut denn jeder bei uns das, was er tut, von ganzem Herzen und mit voller Kraft? Ist das Sich-Nicht-Voll-Einbringen in die Gemeinschaft der Wunsch nach einer anderen Arbeit, nach einer zweiten Ausbildung oder ist es der Rückzug aus der Gemeinschaft aus Bequemlichkeit? Sind wir ein kuscheliges Nest oder eine Gemeinde auf dem Weg? Wir versuchen, uns nicht vor diesen Fragen zu drücken.

An der Gütergemeinschaft und dem Aufbau solidarischer Wirtschaftsformen – Lebensmaximen der Gründungszeit – halten wir fest, manche Strenge im Umgang miteinander weicht Verständnis. Warum zum Beispiel ein Treffen in unserer Gemeinschaft einer seltenen herzlichen Einladung aus der Nachbarschaft oder von Freunden prinzipiell vorgeht, habe ich vielleicht vom Kopf verstanden, doch mein Herz will da auch heute noch nicht mit. Zwischen Prinzip und Wirklichkeit den Weg zu finden, bedeutet immer, sich entscheiden zu müssen. Das Leben lehrt, dass in den Ausnahmen zum Teil die schönsten Dinge der Welt verborgen sind. Die Prinzipien waren sicher wichtig und wir dürfen uns heute verbeugen vor denen, die sie lebten – die Basisgemeinde würde sonst heute so nicht existieren. Manche von uns sind verstorben, vielleicht, weil sie mit ihrer ganzen Kraft und ihrem ganzen Leben für den Traum einer gerechten Welt einstanden. Unser Tun als Gemeinschaft inmitten unserer Gesellschaft wird unsere Zukunft prägen. Ich weiß, manches an unserem Leben ist ver-rückt (an eine andere Stelle gerückt) – ohne Rente, ohne Lebensversicherung, ohne größeren Besitz, ..., doch es ist reich: an Begegnungen, Aufgaben, Überraschungen, Spannungen. Manchmal all dies gleichzeitig, ist anstrengend, aber rückblickend bin ich dankbar über alle Zeit in unserer Gemeinschaft und sage mir: Verrückt bleiben!●

CHRISTOPH BÄHNER, MITGLIED DER BASISGEMEINDE WULFSHAGENERHÜTTEN

Vom »Herden«-Verächter zum Gemeinschaftsmenschen

Christoph Bähner hat 1983 als 24jähriger zur Basisgemeinde gefunden. Dabei war er zunächst nicht nur »unfromm«, sondern geradezu allergisch gegen die kirchliche Praxis. Seine katholische Sozialisation im Siegerland hatte ihn abgeschreckt. Bis er einen gläubigen Freund in Taizé in Frankreich besuchte. Da lernte er eine andere Art kennen, Christentum zu leben – die erste große Überraschung auf Christophs Lebensweg.

Gesellig in Dibschtsche — Foto: Basisgemeinde Prenzlauer Berg

von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Die zweite ereignete sich parallel: verblüfft stellte er, der sich bisher als individualistischen Einzelgänger erlebt hatte, fest: Hallo, ich bin ja doch gemeinschaftsfähig! Und empfand dies als sehr angenehm. Auch der große Schlafsaal, vor dem er sich gefürchtet hatte, war kein Problem mehr, als er merkte: selbst die Gemeinschaftsmitglieder, die ihm anfangs unsympathisch schienen, konnte er als nette Menschen kennen lernen. Erstaunt erkannte der »Herden«-Verächter: »Auch ich kann mich verändern!«

Und weil Christoph ohnehin auf der Suche nach einer Perspektive für sich war, schien ihm plötzlich auch eine Christengemeinschaft als möglicher Lebensort. Jedenfalls wollte er ganz bestimmt nicht die Laufbahn einschlagen, die er bisher vorgesehen hatte: Gastwirt in der Provinz im elterlichen Betrieb. Die »Konsumorientiertheit« seiner Umgebung und die »Hohlheit« des üblichen Treibens im Kapitalismus waren ihm zuwider geworden. Also sah er sich nach anderen Möglichkeiten um und traf auf die damals noch kleine Basisgemeinde in Kornwestheim, die ihm sehr gefiel. Alte und Junge, Intellektuelle und Handwerker hatten ihre Stellungen gekündigt, saßen schon auf ihren Koffern, eine neue Bleibe zu finden und ein gemeinsames Arbeiten und Leben.

Im Kontakt mit dieser »neuen Verwandtschaft« schulte Christoph Bähner seinen kritischen Sinn, las die Apostelgeschichte, um festzustellen: die frühen christlichen Gemeinden lebten sozialistisch. Und wenn das damals möglich war, warum nicht auch hier und jetzt? Allerdings kam ihm die Bereitschaft der Gruppe, alles Gewohnte und Sichere hinter sich zu lassen, abenteuerlich vor. »Wie kann man das verantworten, fragte er Renate, ein älteres Gruppenmitglied – gar noch, wenn man Verantwortung für Kinder trägt?« Ihre Antwort war: »Lies mal die Geschichte des jüdischen Volkes vom Auszug aus Ägypten in der Bibel – mitten durch das Rote Meer. Als Gott rief, haben sie alles zurückgelassen und sich voll Vertrauen in die ungewisse Zukunft auf den Weg gemacht, mit Sack und Pack und Kind und Kegel und ihren Haustieren. Das ist uns ein Beispiel.« Christoph war beeindruckt von der Radikalität, Gottes lenkender Hand zu vertrauen, zog schließlich mit in den Norden, in die Wulfshagenerhütten bei Kiel, obwohl ihn manches an den neuen Freunden leicht befremdete: irgendwie nüchtern waren sie und hochpolitisch. Doch die Aufbruchsstimmung der ersten Jahre riss ihn mit, das große Engagement für ein solidarisches Lebensmodell steckte ihn an. Also half er mit, eine wirtschaftliche Grundlage für die Wulfshagener zu schaffen. Hobbymäßig fingen sie zu Schreinern an, krochen in Möbelhäusern unter Tische, um sich abzugukken, wie die verarbeitet waren. Obwohl keine Fachleute, entwickelten sie – auch mit Hilfe von versierten Freunden – nach und nach eine Holzwerkstatt, wo sinnvolles Bewegungsspielzeug hergestellt wird. Die Idee und Hilfe war u.a. von den befreundeten Bruderhof-Gemeinschaften in England und den USA gekommen.

Heute floriert die professionelle Werkstatt, und Christoph Bähner wechselte schließlich in den Vertrieb. Zwar hatte er nie »Verkäufer« werden wollen (»Die Leute haben doch mehr als genug!«), doch die Holzteile aus seiner Werkstatt sind nicht einfach Konsumgüter, sondern dienen dazu, »Kindern Raum zu geben, Eigeninitiative zu entfalten«. Auch seinen drei Kindern, die heute 10, 12 und 15 Jahre zählen.

Was ist das ganz Besondere für Christoph im Gemeinschaftsleben seiner kleinen Gemeinde? »Ich habe hier gemerkt, dass ich auch mit mir viel Erbarmen haben muss. Die Masken fallen ja nach einiger Zeit. Je mehr man dann gelernt hat, sich selbst anzunehmen, desto besser kommt man mit anderen klar. Ich bin immer wieder glücklich, wenn wir gemeinsam Feste feiern und ich sehe, wie jeder und jede schöpferisch zum Gelingen beiträgt. Anfangs war ich radikal und absolut – die Gemeinschaft hat mir Milde beigebracht.«●

Friedensengagement im gemeinschaftlichen Leben

Christliche Basisgemeinden

Willst Du den Frieden – bereite ihn vor

»Dass Christen Gemeinde sind, das ist zugleich ihr politischer Auftrag für die Gesellschaft«, heißt es im Selbstverständnis der Basisgemeinde. Diese ist eine christliche Lebens- und Arbeitsgemeinschaft, entstanden vor 34 Jahren in Kornwestheim bei Stuttgart. Der damals in der dortigen evangelischen Johannesgemeinde amtierende Pfarrer Gerhard Weber und eine kleine Gruppe von zehn engagierten Menschen unterschiedlicher Herkunft und verschiedener Konfessionen waren die Gründer. Wir hatten uns zusammengefunden im Bewusstsein, mehr soziale Verantwortung in unserer Umgebung wahrnehmen zu wollen. Anfänglich mit der Suche nach gerechteren Gesellschaftsformen beschäftigt, entdeckten wir durch intensives Bibelstudium die Botschaft der Bergpredigt (Matthäus 5-7). Fasziniert von der Radikalität Jesu, von seiner Parteinahme für die Armen und Ausgegrenzten und der sich daraus abzeichnenden sozialen Konsequenzen wuchs unter uns mehr und mehr der Wunsch nach einem Leben in Gemeinschaft.

von Lore Weber, Basisgemeinde Wulfshagenerhütten ● Ein langer Weg hatte begonnen, getragen von der reichen Erfahrung von Gottes Wirken im Leben des Einzelnen wie auch der Gemeinschaft – und immer wieder auch begleitet von inneren und äußeren Krisen, aus denen sich häufig neue geistliche Impulse und Wegweisungen für unser Zusammenleben als Gemeinschaft entwickelt haben.

Heute, viele Jahre später, leben und arbeiten wir an drei Orten: In Wulfshagenerhütten bei Kiel, in Berlin Prenzlauer Berg und in Dibschtsche in der Ukraine. Ohne auf eine bestimmte Konfession festgelegt zu sein, wissen wir uns als Gemeinde in die weltweite Kirche Jesu Christi eingebunden. Wir verstehen uns heute als eine Gemeinde, in der die innerkirchlichen Grenzen überwunden werden können und die allen Menschen unabhängig von ihrem konfessionellen Hintergrund offen steht.

Das Thema Frieden hat uns von Beginn an bewegt: »Wie wird Frieden, wie können wir gerechte Strukturen schaffen, wie helfen wir, die Schöpfung zu bewahren?« waren die zentralen Fragen, mit denen wir uns 1973 gemeinsam auf den Weg machten. Mit Blick auf unsere Geschichte können wir heute sagen, dass sich vieles von dem, was wir zu Beginn als wesentlich erkannt haben, im Vollzug unseres Gemeindelebens bewahrheitet hat.

Ein kurzer Gang durch die Geschichte der Basisgemeinde soll aufzeigen, wie wir unser Friedenszeugnis verstehen und begründen:

Basisgemeinde Galiläa

4 Erwachsene (2 Familien um die 50 Jahre), 1 Gast (27 Jahre, nach 2 Jahren eines Friedensdienstes geblieben), 1 Gast (24 Jahre, für 2 Jahre Friedensdienst im Ausland), 2 Erwachsene (26 Jahre, von einer befreundeten Gemeinschaft auf unbestimmte Zeit), 2 ukrainische Angestellte

Hauswirtschaft/Gartenarbeit, Landwirtschaft, Bautätigkeit, Firmenbuchhaltung, Mithilfe beim Aufbau einer Nähwerkstatt angefragt

seit 1995

wul. Schkilna 4, UA-47643 Dibschtsche / Ukraine
E-Mail: basis@ko.te.ua
Tel. von Deutschland: 00380-354726171

»Zeugnis meint im Neuen Testament das, wofür wir mit unserem Leben einstehen und was wir mit unseren Leibern veranschaulichen. Die Gemeinde Jesu soll und kann mit Leib und Leben den Frieden veranschaulichen, den Gott der ganzen Welt von Herzen wünscht«.

(Zitat aus unserem Friedenspapier aus dem Jahre 1984, hieraus auch alle folgenden Zitate)

Geschichte der Basisgemeinde

Viele von uns waren aus Engagements innerhalb der Friedensbewegung gekommen, auf der Suche nach wirklicher Veränderung in Gesellschaft, Kirche und Welt. Gemeinsam wollten wir neue Programme entwickeln:

- Ein 3. Welt-Nähmaschinen-Projekt sollte in Venezuela gestartet werden.
- Die Begleitung Strafgefangener.
- Im Politischen – als Stadträte im Stadtparlament.

Bald stellten wir jedoch fest, dass diese Programme nicht das NEUE waren, das wir suchten. All das existierte bereits und führte nach unserer Erfahrung nicht zu dem Frieden, den wir suchten. In dieser Zeit des Suchens wurde uns die Vision von Gemeinde geschenkt, eine Vision vom gerechten Zusammenleben aller: Beim gemeinsamen Bibelstudium fanden wir dieses gerechte Zusammenleben in den urchristlichen Gemeinden verwirklicht. Uns wurde deutlich, dass, biblisch gesehen, Friede eine Frucht der Gerechtigkeit ist.

»Der Friede also, der aus dem rechten Zusammenwirken zwischen Gott und seinem Messias und seinem Volk wächst. Einen anderen Frieden als den, in dem Gott, sein Volk und sein Christus und seine Gemeinde und seine Sozialordnung (Gerechtigkeit) »mit drin« sind, kennt die Bibel nicht. ... Das erste und wichtigste und vorrangigste Friedenszeugnis ist das Zusammenleben des Volkes Gottes...«

Ein weiterer Anstoß kam aus einer ganz anderen Richtung: Auf der Weltmissionskonferenz in Bangkok 1972/73 wandten sich die Christen der sogenannten 1. Welt an die Christen der sogenannten 3. Welt mit der Frage, wie jenen geholfen werden könne. Die Antwort war ebenso einfach wie deutlich: Werdet Ihr Christen! Löst Euch aus der Abhängigkeit von euren Industrienationen und kehrt um zu einem Lebensstil des Friedens, der Gerechtigkeit, des Miteinanderteilens.

»Wir begannen zu begreifen: Wenn wir Christen uns wirklich für den Frieden engagieren wollen, dann müssen wir umkehren aus unserer Kultur der Sicherheit und des Mammons und des Einzelnen in die neue Lebenskultur des Friedens: umkehren zu einem offenen Weg in der Nachfolge Jesu; umkehren zu einem Leben des Miteinanderteilens; umkehren zu einem Leben in verbindlicher Gemeinschaft; umkehren zur Gemeinde im ursprünglichen Sinn. So lange wir nur unsere Ideen, unsere Freizeit, unsere großen Worte und ein paar Aktionen ins Spiel bringen wollen, bleiben wir im alten System der Sicherheit und in der alten Politik gefangen.«

Die Vision vom Reich Gottes wuchs: Wir begannen in Wohngemeinschaften zu leben und alles miteinander zu teilen: Zeit, Kraft und Geld. Menschen, die zu uns kamen, konnten teilhaben an dem Überfluss, der durch das Miteinander-Teilen entstanden war. Wir feierten Gemeindefeste, Gottesdienste, verbrachten den ganzen Sonntag miteinander, schmückten unsere Häuser mit Blumen und uns selber, zum Fest des Lebens. Wir waren begeisterte Anfänger. Wir erfuhren dieses neue Sozialgefüge als eine tragende Lebensform und als heilenden Lebensraum für uns und für alle, die zu uns kamen.

»Wir wollten heraustreten aus der Kultur des Einzelnen und Einsamen in die neue Friedenskultur verbindlicher Gemeinschaft, in der Einer mit seinem Leben für den Anderen einsteht. Meine Freiheit ist dann nicht mehr die, dass ich mir alle Möglichkeiten offen halte, sondern dass ich mich Gott und meinem Nächsten verspreche und ihnen verbindlich zusage, dass ich bei ihnen bleibe. Hier stoßen wir Christen wohl am härtesten mit der Kultur unserer Umwelt und dem, was sie als Freiheit für verteidigenswert hält, zusammen. Christ sein heißt, in Beziehung zu leben, in der Beziehung der Liebe, in einer neuen Sozialordnung, in der Gemeinde.«

Wir begannen, die Bergpredigt zu lesen, die Seligpreisungen, das »Herzlich Willkommen« Jesu an alle Menschen, die da geistlich arm sind, an die Sanftmütigen, die Beladenen, an die, die hungert und dürstet nach Gerechtigkeit, an diejenigen, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden... Wir wollten uns selbst einlassen auf diese Botschaft:

»Die Bergpredigt Jesu ist die Grundordnung dieser neuen Lebenskultur des Friedens. Auf dem Boden dieser Grundordnung soll Jesu Gemeinde damit anfangen, diese neue Lebenskultur des Friedens so einladend zu leben, dass die Völker dieser Welt aufhorchen und aufsehen wie zu einer Stadt auf dem Berge und angelockt werden von dieser neuen Kultur und freiwillig ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden und keine Lust mehr haben für den Krieg zu üben.....

Doch der Weg der Nachfolge gehört wesentlich zur Lebenskultur des Friedens. Denn Sicherheit jeglicher Art, nicht erst der Krieg, ist das den Frieden unter den Menschen am meisten bedrohende. Deshalb die Erinnerung Jesu an die Vögel des Himmels und die Lilien auf dem Felde.«

Lagerfeuer in Wulfshagenerhütten — Foto: Basisgemeinde Wulfshagenerhütten

Bald festigte sich die Erkenntnis, dass Friede, wie die Bibel ihn versteht, eine radikale Umkehr im Leben jedes Einzelnen einschließt, eine Umkehr also, die sämtliche Lebensbereiche betrifft. Bisher hatte die Gemeinschaft sich in vielen Bereichen im Teilen geübt: am Kühlschrank, bei der Waschmaschine, in der Kindererziehung, in den Wohngemeinschaften, in der Gestaltung und dem Feiern von Festen und Gottesdiensten. Doch ein Bereich war bis dahin immer noch ausgespart: die Arbeit. Jetzt sollte auch sie einbezogen werden in die Gemeinschaft. Da erkannten wir, dass es an der Zeit war, unsere Berufe aufzugeben und innerhalb der Gemeinde eine gemeinsame, gerechte Arbeit als Alternative zu einer Gewinn maximierenden Produktionsweise zu schaffen. Dieser radikale Schritt, heraus aus der letzten Domäne des Privaten und Gesicherten, geschah 1982, nicht zuletzt auch unter dem Eindruck der auch in unserem unmittelbaren Umfeld zunehmenden Arbeitslosigkeit.

Christoph Bähner (s. Interview Seite 7)

Wir erwarben einen alten Gutshof in Wulfshagenerhütten in Schleswig Holstein, den wir 1983 gemeinsam bezogen. Wir waren 17 Erwachsene und 8 Kinder. Dieser Schritt erschien uns so groß und auch so gewagt, dass uns der Gedanke an einen »Exodus« nahe war. Das Anwesen mit seinen vier Wohnhäusern und einer ehemaligen Scheune schien zunächst viel zu groß. Es bot Platz für ca. 90 Personen. Doch wir wollten ja unser Leben teilen mit Menschen und vertrauten der Vision, dass bald Besucher und Gäste kommen würden – und sie kamen auch in großer Zahl.

In Wulfshagenerhütten konnten wir die Lebenskultur des Friedens im gemeinsamen Alltag erproben. Wir begannen mit dem Aufbau einer Holzwerkstatt. Gleichwohl wir nicht gerade vom Fach waren, machten wir uns beherzt an die Arbeit. Unsere Vision von gerechter Arbeit nahm Gestalt an. Alle fanden hier Arbeit, jeder und jede konnte nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten mitarbeiten (daran hat sich bis heute nichts geändert). Heute leben ca. 70 Menschen an diesem Ort. Familien, Alleinstehende, Ältere und Jüngere, Menschen unterschiedlichster geographischer und sozialer Herkunft. In unserer Werkstatt, die sich nach jahrelangem Umbau in eine schöne und professionelle Tischlerei verwandelte, produzieren wir Holzspielzeug und Spielgeräte aus heimischen Hölzern nach der Bewegungspädagogik von Emmi Pikler und Elfriede Hengstenberg, für Kindergärten, Schulen und therapeutische Einrichtungen.

1990 erhielt die Basisgemeinde einen Ruf nach Berlin, auch dort eine Gemeinschaft im Verständnis von urchristlicher Gemeinde zu bilden. Wir haben den Ruf angenommen und leben dort seither mit ca. 15 Menschen, im Stadtbezirk Prenzlauer Berg, der zu Ost-Berlin gehörte. Wir zogen in ein besetztes Haus, einziger Wohnraum, der sich uns damals anbot. Dort erlebten wir das Hereinbrechen des Kapitalismus in die gewachsenen Strukturen eines Stadtteils und seiner Bewohner. Grund und Boden und die Häuser wurden zu Spekulationsobjekten. Sogenannte »Heiße Räumungen« waren ein nicht selten angewandtes Mittel, Menschen aus ihren Häusern zu vertreiben.

Als selbst Bedrohte, mitten drin in den von ca. 60 jungen Menschen besetzten Häusern und mitten drin im Stadtteil, erlebten wir eine ganze Serie von Brandanschlägen auf unser Haus. Buchstäblich durch Feuer und Wasser hindurch erfuhren wir die Bewahrung unseres Lebens und all derer, die mit uns in diesen Häusern der Dunckerstraße 14/15 wohnten. Eine neu gegründete Bürgerinitiative verband uns sehr bald mit den Menschen im Stadtteil. Es galt, sich in der gemeinsamen Bedrohung und viel mehr noch in der Hoffnung zu solidarisieren. Unser Glaube konnte sich in dieser Situation in einer Hoffnung manifestieren, die entstehen kann, wenn Menschen zusammenstehen im Kampf für ein gerechtes Zusammenleben. Bis heute gibt es die oben genannte Bürgerinitiative in unserem Stadtteil, genannt Betroffenen-Vertretung.

Im Jahre 1991, nach der Grenzöffnung zwischen den beiden Machtblöcken des Kalten Krieges, gab es erste Kontakte zwischen der Basisgemeinde und Menschen aus der Ukraine. Erfüllt von unserem Leben in Gemeinschaft strebten unsere neuen Freunde nach Verbindung mit uns und gaben schließlich ihrer Sehnsucht Ausdruck, sie bei der Entwicklung einer solchen Lebensform an ihrem Ort zu unterstützen. Ihre Bitte haben wir als Weisung verstanden. So sah sich eine Familie aus unserer Gemeinde berufen, 1995/96 den Umzug in die Ukraine zu wagen. Sie leben seither in Dibschtsche, in einem kleinen Dorf in Galizien, im Westen der Ukraine, inmitten von Armut und Unterdrückung. Sie haben begonnen, Gemeinde zu sein, ihr Leben zu teilen mit den Menschen dort. Auch hier war die Frage nach dem konkreten Auftrag von einer langen Su-

Fortsetzung auf Seite 10

LITERATUR

Zur Bewegungsarbeit nach Emmi Pikler und Elfriede Hengstenberg
Elfriede Hengstenberg: »Entfaltungen: Bilder und Schilderungen aus meiner Arbeit mit Kindern«, Hrsg.: Ute Strub, 3. Auflage, Arbor Verlag, Heidelberg 2001

Hengstenberg-Projekt-Bericht, 31 Seiten mit Fotos, Hrsg.: Basisgemeinde Wulfshagenerhütten, 3. Auflage, Wulfshagenerhütten 2003

Emmi Pikler: »Laßt mir Zeit« , 3. Auflage, Pflaum Verlag, München 2001

Emmi Pikler: »Friedliche Babies – zufriedene Mütter«, Herder Verlag, Freiburg 1982

Emmi Pikler: »Miteinander vertraut werden«, Arbor Verlag, Freiamt 1994

Heinrich Jacoby: »Jenseits von Begabt und Unbegabt«, Christians Verlag, Hamburg 1987

Sophie Ludwig, Marianne Haag: »Elsa Gindler – Leben und Werk«, Christians Verlag, Hamburg

Peggy Zeitler: »Erinnerungen an Elsa Gindler«, Cramer-Klett & Zeitler-Verlag, München 1991

Wider die Diktatur des Eigentums

Christliche Basisgemeinden

Solidarische Ökonomie der Basisgemeinde

Eines der für mich wichtigsten Kennzeichen unserer Gemeinde ist unser Zeugnis im Wirtschaftsleben. Dazu gehört die Ausrichtung aller Entscheidungen im Betrieb und in der Versorgung an Kriterien der Gerechtigkeit und der Bewahrung der Schöpfung. Ein besonders wichtiges Merkmal ist die Gütergemeinschaft. Dieser »christliche Kommunismus« hat eine lange Tradition.

Die Schreinerei in Wulfshagenerhütten Foto: Basisgemeinde Wulfshagenerhütten

Bernd Meyer-Stromfeldt, Basisgem. Wulfshagenenerhütten ● Bereits im alten Israel war der Grundauftrag Gottes an das (werdende) Volk Israel die Herauslösung aus den imperialen Strukturen (Auszug aus Ägypten) und die Bildung einer egalitären Kontrastgesellschaft. Die im Alten Testament festgehaltene Geschichte des Volkes beschreibt den Kampf um Verwirklichung und Aufrechterhaltung dieser Sozialordnung – wider die Bedrohungen von außen (umliegende Imperien) und von innen (Machtstrukturen, Hierarchiebildung, ökonomische Ungleichheit usw.).

Meinem Verständnis nach ist Jesus (auch) gekommen, um den Weg zu dieser gerechten Gesellschaftsordnung wieder frei zu machen. Seine radikale Kritik der Machtverhältnisse und der Anstoß zu einer subversiven und gewaltfreien Befreiungsstrategie mündete in die Entstehung der urchristlichen Gemeinden. Deren völlige Gütergemeinschaft (vgl. z.B. *Apostelgeschichte 2,44: »Alle Gläubiggewordenen hielten treu zusammen und hatten alles gemeinsam.«*) war kein unbedeutendes randläufiges Experiment sondern Zentrum der neuen Lebenskultur, die als »Reich Gottes« bereits gegenwärtig war bzw. ist. In der Geschichte der Christenheit gab es immer wieder Aufbrüche, die an diesen Ursprungsauftrag anknüpfen – häufig verbunden mit einem radikalen Friedenszeugnis, z.B. der Hutterischen Schwestern und Brüder, die seit einem halben Jahrtausend in Gütergemeinschaft und unter völliger Verweigerung von Kriegsdienst und Kriegssteuern leben. In unserer heutigen, kapitalistisch durchstrukturierten Welt sind diese Ansätze dringender denn je.

Konkret bedeutet das für uns, dass wir kein privates Eigentum oder private Einkünfte besitzen möchten. Über unser Gemeinschaftseigentum entscheiden wir gemeinsam. Wer sich der Gemeinschaft anschließt bringt sein Vermögen bzw. seine Schulden ein. Da christliche Gemeinde in erster Linie von den Armen her aufbaut, gibt es keine Voraussetzungen (wie Eintrittsgelder o.ä.) für ein Mitleben in der Gemeinschaft. Durch unseren materiell sehr einfachen Lebensstil besteht auch kein Anreiz diese Offenheit auszunutzen. Da unsere Güter gemeinsam genutzt werden (so haben wir insgesamt z.B. nur 2 PKW für ca. 60 Menschen), kann Mangel vermieden werden. Die Fülle des Lebens entsteht ohnehin aus der Gemeinschaft und der Freude an- und miteinander. Dieser einfache Lebensstil setzt uns in große Freiheit, auch unsere Arbeit zuerst nach menschenwürdigen und schöpfungsgemäßen und erst dann nach ökonomischen Kriterien zu gestalten.

Seit über 20 Jahren stellen wir in einer inzwischen recht großen Werkstatt Holzspiel- und Bewegungsgeräte her, die wir vor allem an Kindergärten verkaufen. Uns ist wichtig, dass unsere Arbeit allen Kindern (also nicht nur den privilegierten) zugute kommt. Spannend ist es immer wieder neu zu suchen, wie in einem völlig »normalen« rechtlichen und ökonomischen Umfeld praktische Entscheidungen an der Ursprungsvision ausgerichtet werden können. So z.B.

- bei der Personalpolitik – seit letztem Jahr haben wir sechs abhängig Beschäftigte, in der Mehrzahl Menschen, die längere Zeit arbeitslos waren oder sprachlich oder von ihrer Belastbarkeit eingeschränkt sind;
- im Einkauf (vom Holz, dass aus regionalen Zusammenhängen kommt bis zum ökologisch verträglichen Büromaterial);
- bei der Energieversorgung (eigenes Blockheizkraftwerk, Holzspäneheizung und Stromabnehmer der Elektrizitätswerke Schönau – auch für Privatkunden wärmstens zu empfehlen!);
- bei Finanzierungs-, Anlage- oder Absatzentscheidungen.

Mir selbst macht dieser offene Weg zwischen Utopie und Machbarkeit große Freude. Mit unserer Lebenspraxis wollen wir Anstoß geben und Mut machen eine gerechtere Welt zu suchen. Sie ist möglich!●

Produktionsweise der Basisgemeinde Wulfshagenerhütten

Spielzeug als Ware oder für wahre Bedürfnisse?

Aus dem täglichen Umgang mit den Kindern in unserer eigenen Kindertagesstätte sowie aufgrund eines jahrelangen Dialoges mit Erwachsenen und Kindern in den Einrichtungen wissen wir: Kinder brauchen wenig Spielzeug. Aber das Wenige muss echtes Spielen ermöglichen: eigene Erfahrungen machen, ausprobieren, entdecken, lernen, schöpferisch zu sein – allein oder gemeinsam mit anderen.

Im Spiel erhalten die Kinder eine Chance zur Entfaltung ihres eigenen Lebens. Unter Spielzeug, das sich an den grundlegenden Spiel- und Lebensbedürfnissen der Kinder orientiert, verstehen wir Spielzeug, – das nicht zum Konsum verführt,

- das stabil und sicher ist;
- das durchschaubar und variabel ist – das die Bewegungsfreude der Kinder aufgreift;
- das Kinder zueinander in Beziehung bringt.

Wir haben uns bewusst entschieden Spielzeug für Einrichtungen herzustellen, die allen Kindern offen stehen. So wissen wir, dass unsere Arbeit Kindern aus allen Gesellschaftsschichten zugute kommt – besonders aber den Kindern aus sozial benachteiligten Familien.

Als Hersteller von Holzspielzeug müssen wir uns fragen, wie wir mit dem uns anvertrauten, wertvollen und gleichzeitig bedrohten Rohstoff Holz verantwortungsvoll umgehen. Darum verwenden wir keine Hölzer aus der Dritten Welt, sondern einheimische. Darum produzieren wir keine Wegwerfgegenstände, sondern langlebiges Spielzeug. Das heißt für uns:

Stabilität

Wir verwenden zum Bau unseres Spielzeuges Hartholz (Massivholz): Buche und Esche. Bei Holzverbindungen, die besonders beansprucht werden, arbeiten wir Holz in Holz (zapfen) und mit Verleimung und Verschraubung. Auch beim Zubehör (Achsen, Räder, Stoffe usw.) achten wir auf eine gute Qualität.

Reparaturfähigkeit

Massivholz lässt sich gut reparieren und ermöglicht ein Zusammenbauen von Spielzeug aus Einzelteilen. Ist ein Teil beschädigt, kann es ersetzt werden (z.B. Deichsel, Griffe, Räder, Stoffe, usw.). Das heißt: Reparaturen lohnen sich.

Umweltverträglichkeit

Aus ökologischen Gründen ist uns ebenfalls wichtig, die Holzoberfläche mit natürlichem und umweltverträglichem Leinölfirnis zu behandeln. Es dringt in die Poren des Holzes ein und schützt es von innen her. Das Holz kann weiter atmen und strahlt seine natürliche Wärme aus.

Spielzeug für wahre Befürfnisse Foto: Basisgemeinde Wulfshagenerhütten

Gerhard Weber (1937-1994)

Evangelischer Pfarrer, Gründer der Basisgemeinde Wulfshagenerhütten und Berlin-Prenzlauer Berg

Pfarrer mit politischem Engagement

Gerhard Weber war Sohn einer württembergischen Pfarrerfamilie. Er studierte Theologie und wurde Pfarrer. Ergriffen von den aktuellen Nöten der Menschen, auf der Suche nach der Gerechtigkeit und dem Frieden, bewegt von der Frage nach der Verbindung von Glaube und Politik, trat er der SPD bei und war 9 Jahre lang nebenberuflich Stadtrat in Kornwestheim, einer süddeutschen Industrie- und Arbeiterstadt.

Visionär und Gründer der Basisgemeinde

In einem ökumenischen Bibelkreis suchte Gerhard Weber zusammen mit Gleichgesinnten nach Antworten der Bibel auf die drängenden Fragen der Zeit. Dabei reifte in ihm die Gewissheit, dass das Evangelium auch heute noch jene Kraft in sich hat, die die Welt aus ihren zunehmenden Sackgassen führen kann. Im Vertrauen auf die Verheißungen der Bergpredigt gründete er 1973 die Basisgemeinde nach dem Vorbild der christlichen Urgemeinde. Er gab deshalb seine Pfarrstelle und seine Zugehörigkeit zur Evangelischen Landeskirche auf. 1983 erwarb die Basisgemeinde ein großräumiges Hofgut in Wulfshagenerhütten (Schleswig-Holstein), wo die Vision von christlichem Gemeinschaftsleben mit Menschen unterschiedlichster Herkunft, von Gütergemeinschaft und gerechtem Wirtschaften verwirklicht werden konnte. Durch die Herstellung von Holzspielzeug schuf die Gemeinde Arbeitsplätze auch für Bedürftige, die hinzukamen, und sicherte ihre wirtschaftliche Existenz. Ihrem politischen Auftrag im Geist der Bergpredigt verpflichtet, engagiert sich die Gemeinde bis heute aktiv in der Friedensbewegung und in der Anti-Atomkraftbewegung.

»Heute ist es nötiger denn je, dass eine neue Gesellschaft entsteht mitten in der alten. Und damit eine neue Hoffnung auf ein geheiltes und versöhntes Leben.« – »All das, was uns bedroht, ist ja kein Schicksal. Es ist von Menschen gemacht. Sobald wir den drohenden Mächten unseren Respekt entziehen, verlieren sie ihre Macht.« (Gerhard Weber)

Anwalt der Armen und Entrechteten

In der Bitte suchender Menschen, nach dem Mauerfall in den Osten Berlins zu kommen, erkannte die Basisgemeinde einen Ruf Gottes und sandte 1990 Gerhard Weber und einige Mitglieder nach Berlin in ein besetztes Haus im Prenzlauer Berg (Dunckerstraße 14/15), um dort eine Gemeinschaft aufzubauen. In dieser Zeit, in der viele Menschen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes, steigenden Mieten und einem raschen Wandel ihres gewohnten Lebensumfeldes zu kämpfen hatten, setzte die Basisgemeinde durch die Organisation von Rundtischgesprächen, Kieztreffen, die Einrichtung eines Kiezladens, durch politische Aktivitäten u.a. wichtige Zeichen der Hoffnung. Gerhard Weber lebte und handelte stets aus dem Gebet heraus. Er verstand es, die Menschen durch seine inspirierende Auslegung des Evangeliums zu stärken und zu solidarischem Handeln zu ermutigen. Er starb 1994 im Alter von 56 Jahren nach kurzer schwer Krankheit.●

Basisgemeinde Prenzlauer Berg

Christliche Basisgemeinden

Kinderladen – Der Durchbruch

Vor dreizehn Jahren trafen sich täglich vormittags am selbstgebauten Sandkasten auf dem Hof des damals besetzten Hauses Dunckerstraße 14 zwei Mütter mit ihren Kindern Jan, Hannah und Jonathan. Als im Sommer 1994 noch zwei Kinder geboren wurden (Mirjam und Martha), die Mütter erst einmal zu Hause bleiben mussten, übernahm Dora Kircher aus unserer Gemeinde das bestehende kleine Grüppchen.

Doreen Wappler, Basisgemeinde Prenzlauer Berg ● Ihre Freude an den Kindern strahlte aus und schnell gesellten sich Kinder aus der Nachbarschaft dazu. Neben Hof und Buddelkasten wurde im Kiezladen ein Eckchen für die Kinder eingerichtet. Das reichte bald nicht mehr aus und wir »besetzten« die Nachbarräume, in denen der heutige Kinderladen noch immer beheimatet ist. Die Bedingungen waren abenteuerlich – Mehrfachnutzung mit anderen Interessengruppen des Hauses, Holzbeschaffung für ein ständig rußendes Öfchen, wilde Farbgestaltung über Nacht durch die Künstlergruppe des Hauses und andere Überraschungen. Wir hatten keine Pläne für die weite Zukunft, sondern freuten uns täglich an der fröhlichen Kinderschar und harrten aus. WBA – Wir bleiben alle!!!

Und heute? Die Babys von damals beenden bald die 6. Klasse, die anderen die 7. bzw. 9. Klasse. Aber eine fröhliche, sehr lebendige Kinderschar tummelt sich auch heute noch in den seit 1998 sanierten Räumen der Dunckerstraße 14. Wir können nur staunen und dankbar sein über den nicht immer glatten Weg des heutigen Kinderladens. Wir haben gemeinsam Betriebsgenehmigungen beantragt, Lebensmittelaufsichten und Gesundheitsämter erduldet, einen Elterninitiativverein gegründet, um dann doch wieder den Kinderladen als Basisgemeinde Prenzlauer Berg e.V. zu übernehmen, haben durchgehalten, jahrelang in ehrenamtlicher Arbeit. Zur Zeit kommen 15 Kinder, ein bis sechs Jahre alt, in den Kinderladen, mit viel Schwung und kämpferischer Lebenslust. Heute finanziert sich der Kinderladen aus staatlichen Zuwendungen vom Berliner Senat und Elternbeiträgen entsprechend Elterneinkommen und Gesetzestabelle. Die Verwaltung unserer kleinen Einrichtung erfordert viel Einsatz und heute – leider – auch einiges an digitaler Technik. Die Bürokratie hat's in sich.

Gute Stimmung im Kinderladen Foto: Basisgemeinde Prenzlauer Berg

Enger Kontakt zu den Eltern der Kinder ist uns wichtig. Der Kinderladen soll kein »Dienstleistungsbetrieb« sein, wo man seine Kinder abliefert und irgendwann mal wieder holt, wenn man Zeit hat. Nein! Es ist ein erweitertes Zuhause, eine große Familie, die in Freude miteinander den Tag verbringt. Die Eltern bringen sich aktiv mit ein – kochen einmal in der Woche, putzen, gestalten Feste, reparieren, seit kurzem gibt es sogar einen Eltern-Kind-Chor. Fast alle Eltern wohnen in unmittelbarer Nachbarschaft.

Vor fünf Jahren wurden uns dann die benachbarten Räume im Haus Dunckerstraße 15 angeboten. Wir mieteten sie. Der Durchbruch wurde geplant, mit Schwierigkeiten genehmigt (zwei Brandwände, Feuerschutztür, Brandmelder...) und ausgeführt. Ein langes Jahr scheuten wir uns vor dieser großen Investition. Um in den Nachbarraum zu kommen, marschierten wir täglich mindestens zweimal im Gänsemarsch außen über den Gehweg – zur Bewegungsstunde, zum Mittagsschlaf. Dann wagten wir den Schritt und haben nun zwei wunderschöne Räume. Ein Raum ist kombiniert zum Bewegungs- und Schlafraum. Ohne große Umstände können die Kinder jetzt in den Bewegungsraum wechseln, der täglich genutzt wird. Das Spielen und Ausprobieren der Hengstenberg- und Pikler-Materialien gehört zu der liebsten Beschäftigung.

So wie wir die Entfaltung der Kinder beobachten können, vollzieht sich auch die Entfaltung der pädagogischen Arbeit. Wir sind dankbar über diese Aufgabe hier im Stadtteil und die über die Jahre gewachsenen wunderbaren äußeren und inneren Voraussetzungen dafür. Der Durchbruch durch die Wände war auch der Durchbruch für unsere kleine Gemeinde – wir sollen mitten in der Stadt, mit Kindern, mit zum Teil ganz kleinen Kindern »arbeiten« und leben.●

Basisgemeinde Wulfshagenerhütten

ca. 60 Menschen, Kinder und Erwachsene (von 1-81 Jahren), Familien und Alleinstehende.

Große Holzwerkstatt, Kindergarten, Küche, Hauswirtschaft, Hausmeisterei, Bau und Sanierung.
seit 1973

Zum Wohld 4, D-24214 Gettorf (zwischen Kiel und Eckernförde)
info@basisgemeinde.de, www.basisgemeinde.de
Tel.: (0 43 46) 36 80 10

VIELE SELBSTORGANISIERTE AKTIVITÄTEN

Kiezladen Dunckerstraße 14

Prenzlauer Berg hat sich zu einem globalisierten Stadtraum entwickelt. Wöchentlich eröffnen allein am Helmholtzplatz neue Einrichtungen aus den Bereichen Kunst, Kultur und Medien, deren Ausstrahlungskraft weit über Berlin hinausgeht. Gleichzeitig werden die attraktiven Altbaubereiche von Prenzlauer Berg hergerichtet, um den Leuten mit höherem und sicherem Einkommen, die u.a. in eben diesen Bereichen arbeiten, attraktive und modernisierte Wohnungen nebst dem gastronomischen Umfeld zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft im noch immer etwas »knittrigen« Bezirk zu bieten. Mag diese Entwicklung den City-Managern in Politik und Verwaltung positiv erscheinen, für die angestammte Bevölkerung des Helmholtzkiezes – eine Mischung aus Alten, Arbeitslosen, Arbeitern und Freaks – ist diese Entwicklung fatal. Sie sind zu Fremden im eigenen Kiez geworden, wenn sie überhaupt noch hier wohnen.

Marco Müller, Jörg Wappler, Kiezladen ● Denn die Bevölkerungsstruktur der Nachbarschaft hat sich drastisch verändert. Die BewohnerInnen am Helmholtzplatz sind heute jünger, gebildeter und besser verdienender als früher. Ein klassisches Aufwertungsgebiet eben. Die Erneuerung der Bausubstanz ist im Prozess dieses Wandels ein entscheidender Faktor. Gedacht war die Sanierung anders. Nach den Leitsätzen der Stadt Berlin sollte diese u.a. an den Bedürfnissen der Bewohner orientiert werden und sozial verträglich gestaltet werden. Inzwischen weist das Sanierungsgebiet Helmholtzplatz eine der höchsten Sanierungsdynamiken auf. Mehr als 70% der Wohnungen sind inzwischen erneuert. Und auch die Mieten haben einen kräftigen Sprung nach oben gemacht.

Die sozialen Probleme, die sich damit verbinden, liegen auf der Hand: Mietsteigerungen, Eigenbedarfskündigungen nach Umwandlungen in Eigentumswohnungen, erzwungene Umzüge wegen geplanter Modernisierungsmaßnahmen, usw. Die aus dem Planungs- und Baurecht mögliche Gründung einer Betroffenenvertretung soll die Interessen der Bewohner stärker als sonst berücksichtigen helfen. Wir vom Kiezladen verstehen unter »Bewohner« natürlich zuallererst Mieter, doch rechtlich sind mit diesem Begriff zum Beispiel auch Eigentümer, Kneipenbesitzer und Investoren gemeint.

Dieses offizielle Gremium ist mehr die Krücke, denn der Weg. Wir vom Kiezladen verstehen uns gremien- und parteiübergreifend. Uns geht es in erster Linie nicht nur um Mitwirkung, sondern Mitbestimmung – und die entsteht nur, wenn wir uns einmischen, den Eigentümern und Ämtern auf die Finger schauen und eigene Interessen direkt durchsetzen.

Wichtig ist, dass wir dazu erst einmal verbindlich zusammenkommen. So treffen wir uns mehrmals im Monat an den Dienstagabenden und darüber hinaus noch zu manchem Film, Essen oder Ausstellungseröffnungen an den Freitagen. Das Geschehen im Kiezladen ist bunt, intensiv und selten langweilig. Das Kernstück unserer Arbeit ist eine kostenlose und unabhängige Mietrechtsberatung jeden Dienstag von 18-19:00 Uhr und die Organisation und Durchführung von Hausversammlungen im Sanierungsfall.

Kiezladen Dunckerstraße Foto: Basisgemeinde Prenzlauer Berg

Dazu kommen Initiativen:

● zum Lärm der Schankvorgärten: Es wird auch mal ein Solidaritätstrinken für die »Bewohner« des Helmholtzplatzes veranstaltet, die man seitens des Stadtbezirks so gerne einzäunen oder videoüberwachen möchte.
● zur Schulwegsicherung: Es wird auch mal wochenendweise eine Kreuzung besetzt und nett bei Minusgraden (nicht diesen Winter) auf den Motorhauben der nebenan parkenden Autos gefrühstückt, bis endlich die Kreuzung für Kinder einsehbar umgestaltet wird.
● zur Mehrfachnutzung von Pkws (Es wird die Ordnung des ruhenden Verkehrs angegangen, z.B. die Einführung von kostenlosen Bewohnerparkausweisen gefordert, die Bereitstellung/Ausweisung von Stellplätzen für z.B. »Greenwheels« oder die Schaffung von Zuwegen auf die Kinderspielplätzen).
● politische Aktionen zahlreicher Nachbarn zu Zeiten des drohenden und stattfindenden Irakkrieges (Plakat- und Pflastermalereien, Vorträge für/von Kriegsdienstverweigerern).
● zum Bankenskandal in Berlin (Es wird bestehenden Initiativen ein Forum geboten, werden Vorträge, »Spaziergänge« zu den Villen der Bankchefs, Aufsichtsräte und Immobilienfondanleger mitorganisiert / an ihnen teilgenommen.)

Alle Initiativen in der Dunkerstraße 14 treffen sich meist einmal in der Woche, sind offen und an Zuwachs interessiert: Attac Jugend, SAV, Antifa-Lesekreis, Kleiderkammer, Netzwerk gegen rechts, Tauschring, Kabarett, Dunckerchor, Mietrechtsberatung und Kieztreff. Außer der Miete für die Räume des Kiezladens, die durch den Stadtbezirk getragen wird, wirken ALLE Initiativen ehrenamtlich und ohne Anstellungen – eine Grundlage all unseres Tuns.●

Info: Kiezladen Helmholtzplatz, Dunckerstraße 14, 10437 Berlin
e-mail: bv-helmi@web.de

Basisgemeinde Prenzlauer Berg

14 Menschen, 9 Erwachsene (von 40-70 Jahre), 4 Kinder/Jugendliche, 1 Gast (20 Jahre) (I.C.E.A – internationaler christl. Jugendaustausch für ein Jahr).

Hauswirtschaft, Vereinsgeschäfte, Kinderladen, Pädagogische Fortbildungen zur Hengstenberg-/Piklerpädagogik, Mitarbeit in der Planungsgemeinschaft WOF (Architektur-/Ingenieur- und Sachverständigenbüro), Betrieb der Kleiderkammer im Kiezladen, Vereinsgeschäfte
seit 1990

Dunckerstr. 14, D-10437 Berlin
basisgemeinde-berlin@web.de
Tel.: (0 30) 444 07 00

FORTSETZUNG VON SEITE 8

che begleitet. Heute betreiben sie Landwirtschaft, können Menschen Arbeit geben und, was noch wichtiger scheint, sie werden zum Zeichen der Hoffnung in dieser von tiefer Resignation geprägten Gesellschaft. Heute leben und arbeiten dort sechs Mitglieder unserer Gemeinde.

Auftrag der Basisgemeinde

Unser Leben als christliche Gemeinschaft ist unser Friedenszeugnis: Dass wir alle unsere Lebensbereiche an der heilenden Beziehung zu Gott und zu Jesus Christus ausrichten, und dass so auch unsere Beziehungen untereinander und zu Gottes Schöpfung geheilt werden können. Das führt uns in eine Kultur des Teilens. Gerechtigkeit und Friede sind die Früchte dieses neuen alten, weil urchristlich geprägten Lebenszusammenhangs. Alles Tun innerhalb dieses Zusammenhangs, innerhalb der Gemeinde, wird daher zum Friedenszeugnis. Die Arbeit in der Küche, im Kinderhaus, Hausmeisterei oder in unserer Werkstatt sind gleichermaßen und gleichwertig Friedenszeugnis wie die regelmäßigen Mahnwachen vor dem AKW Brokdorf oder unser Engagement im sogenannten Kiezladen in Berlin oder der Aufbau gerechter Arbeitsstrukturen der Basisgemeinde Dibschtsche in der Ukraine.

Wir sind vernetzt mit vielen anderen Gruppen und Gemeinschaften, politisch engagiert z.B. in der Bürgergruppe der Nachbarschaft, haben eine lebendige Partnerschaft zu Basisgemeinden in El Salvador. Besonders verbunden sind wir mit den in den zwanziger Jahren aus dem religiösen Sozialismus hervorgegangenen Gemeinschaften der Bruderhöfe. Auch unsere Mitgliedschaft bei »Church and Peace«, einem weltweiten Netz aus Friedenskirchen sind Teil des einen Zeugnisses vom Frieden. Schließlich hat vor einigen Jahren eine christliche Gemeinschaft aus Korea Verbindung zu uns aufgenommen, die durch jährliche Besuche lebendig wird.

Dem Ruf Jesu in den Evangelien zu radikaler Umkehr Folge zu leisten und dem Weg der Nachfolge in Gemeinschaft die Treue zu halten, das ist unser Auftrag, das bezeugen wir durch unser Gemeinde-Sein. Eine Lebenskultur des Friedens resultiert nach unserem Verständnis aus dem Weg der Nachfolge in verbindlicher Gemeinschaft.●

G8-PROTESTE: ALTERNATIVE HANDELSABKOMMEN IN LATEINAMERIKA KONTRA GLOBALISIERUNGSGEWINNLER DEUTSCHLAND

ALBA, die ferne Morgendämmerung

Die G8 und ihre Finanzinstitutionen IWF und Weltbank beherrschen den Weltmarkt nicht uneingeschränkt, aber der freie Markt dominiert selbst seine Opposition. Der alternative Süd-Süd-Handel in Lateinamerika muss innerhalb der kapitalistischen Vergesellschaftung stattfinden. Die Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada oder der EU gehören in den Fokus der Proteste gegen die G8 – und die Kritik des Globalisierungsgewinnlers Deutschland.

Gaston Kirsche (gruppe bricolage) ● Den Anfang dessen, was heute Antiglobalisierungsbewegung genannt wird, begründete eine vehemente Kritik am Freihandel. Am 1. Januar 1994 trat der Vertrag der North American Free Trade Association, kurz NAFTA, in Kraft. Kanada, die USA und Mexiko sind seit diesem Tag eine Freihandelszone. Das Schlagwort Freihandel meint dabei viel mehr, als eine Aufhebung der Zölle und Einfuhrbestimmungen: Abbau des Sozialstaates, Deregulierung, Privatisierung staatlicher Betriebe, Leistungen und Absicherungen.

Symbol für die NAFTA war die Aufhebung des Artikels 27 von Mexikos Verfassung 1992. Die Weltbank erhob in zwei Berichten 1990 und 1991 die Forderung, die Ejido-Parzellen, das gemeinschaftlich bewirtschaftete Agrarland, für den Kapitalmarkt freizugeben. Die bis dahin weder beleihbaren noch veräußerbaren Ejidos dürfen seither verkauft werden, um in- und ausländischen agrarindustriellen Großbetrieben Platz zu machen. Es war die innere Landnahme des letzten Teils der Landwirtschaft durch den Markt. Die richtete sich gegen die kleinbäuerlichen Strukturen besonders in den Dörfern der inneren Peripherie Mexikos, wie etwa in Chiapas oder Guerrero, Gebiete ethnisierter, indigenisierter Gruppen. Mit dem Aufstand des zapatistischen EZLN, der bewusst gewählt genau am Tag des Inkrafttretens des NAFTA-Vertrages begann, wurde die Kritik an Freihandel und Deregulierung bald populär.

Den Verheerungen durch die verschärfte kapitalistische Konkurrenz unter der armen Landbevölkerung stand und steht der Aufbruch, den die Zapatistas in Chiapas symbolisieren, gegenüber. Zwölf Jahre später begann das Jahr 2006 mit der Amtseinführung von Evo Morales: Ein radikaler Sozialist, ein als Indio rassistisch Ausgegrenzter wird Präsident Boliviens. Im weiteren Verlauf gewinnen KandidatInnen zumindest nominell linker Parteien bei 11 von 12 Wahlen. Bei aller Unterschiedlichkeit der Länder – dies ist in der Haupttendenz in der Desillusionierung über die Versprechen des freien Marktes begründet, nicht in einer massenhaften Zustimmung zu einem Bruch mit der kapitalistischen Logik.

Von 550 Mio. Menschen Lateinamerikas gelten 220 Mio. als arm

In den 1990er Jahren hatten sich die Regierungen Lateinamerikas an den so genannten »Konsens von Washington« gehalten, der eine unter dem Label »neoliberal« bekannt gewordene Politik der Privatisierung, Senkung von öffentlichen Ausgaben und Deregulierung von Märkten empfahl. Diese unermüdlich vom Internationalen Währungsfonds IWF und der Weltbank propagierten Rezepte haben viele Latinos satt: Von den 550 Millionen Lateinamerikanern gelten 220 Millionen als arm, und 100 Millionen Menschen zwischen Mexiko und Feuerland verfügen über weniger als einen Dollar täglich zum Überleben. Der nationalen Bourgeoisie geht's deshalb nicht schlecht, es gibt eine verstärkte soziale Polarisierung: Lateinamerika ist die Region mit der größten Ungleichheit in der Einkommensverteilung weltweit.

Was gegenwärtig in den meisten Ländern Lateinamerikas stattfindet, ist eine gemäßigte Umverteilungspolitik, einhergehend mit einer Modernisierung der Infrastruktur und einer Förderung von Kleinbetrieben: »Die neue Linke von heute sind keine Linken, sondern Sozialdemokraten«, bilanziert Marta Lagos, Direktorin des chilenischen Meinungsforschungsinstitutes Latinobarómetro. Die Regierungen würden »Sozialleistungen aufbauen für die Ärmsten der Gesellschaft,« ohne aber die Verwertungsbedingungen für's Kapital anzutasten. »Die Bezeichnung als Linke verwirrt die öffentliche Meinung«, so Lagos, weil darunter »revolutionäre Bewegungen wie die von Che Guevara, der Regierung von Salvador Allende oder die kubanische Revolution verstanden werden«.

Allende sprach vom Sozialismus, davon, dass die Arbeiter auf den großen Alleen gehen werden, alle Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum haben, mit Würde und ohne dass sie jemand verjagen kann. Seine Nachfolgerin Michelle Bachelet, die heutige Präsidentin Chiles, von der gleichen Sozialistischen Partei wie Allende, beschränkt sich auf ein paar Sozialprogramme und ansonsten eine Fortschreibung der kapitalfreundlichen Wirtschaftspolitik, die in ihren Grundzügen noch auf die Pinochet-Diktatur zurückgeht. Marta Lagos hat Recht, wenn sie die Regierungen der Präsidenten Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva, Argentiniens, Néstor Kirchners, von Uruguay, Tabaré Vázquez, wie Michelle Bachelet als Sozialdemokraten einstuft. Eine Ausnahme sieht sie unter den neuen Präsidenten: »Die einzige Regierung, die mehr links ist, ist die bolivianische mit dem Präsidenten Evo Morales, weil sie den Staat neu gründen will«, womit sie auf die verfassungsgebende Versammlung anspielt und darauf, dass die Partei von Morales MAS, Bewegung zum Sozialismus, Ausdruck eines sozialen Aufbegehrens von unten ist.

Links blinken, Rechts abbiegen

Auf der anderen Seite stehen Regierungen, die nach dem alten sozialdemokratischen Motto verfahren: Links blinken, Rechts abbiegen. So der Präsident Perus, Alan García von der Revolutionären Amerikanischen Volksallianz APRA, dessen Kapitalfreundlichkeit und Freihandelshalleluja gegenüber den USA servil wirkt, oder der Präsident von Costa Rica, Oscar Arias von der Partei der nationalen Befreiung, PLN: »Es gibt Länder wie Venezuela, die können sich den Luxus leisten, sich nicht zu integrieren, weil die Regierung unter Präsident Chávez ein dickes Scheckbuch hat. Für den Rest Lateinamerikas wäre es ein Fehler, der Abschottung zu folgen, anstatt sich in die Weltgemeinschaft einzufügen.«

Die gegenwärtig besseren Wirtschaftsdaten Lateinamerikas basieren nicht auf einer Veränderung der internationalen Hierarchien. Es ist ein kurzer Aufschwung im Rahmen der ungleichen Welthandelsbeziehungen: Staaten wie Brasilien, Argentinien, Venezuela haben das, was Asien, vor allem China und Indien, zur Zeit brauchen – Rohstoffe. Die unerwartete Nachfrage aus Asien treibt die Preise in die Höhe. Argentinien liefert Soja, Brasilien Eisenerz, Chile und Peru Kupfer, Bolivien Zinn, Ecuador und Venezuela Erdöl. Am meisten profitiert Venezuela als fünftgrößter Erdölexporteur derweil vom Rekordniveau der Preise.

Der gegenwärtige Auftrieb der Rohstoffpreise wird vielleicht noch zehn Jahre anhalten. Und dann? Wenn durch Süd-Süd-Kooperation und nicht absehbare revolutionäre Brüche die internationale Arbeitsteilung nicht grundlegend verändert wird, wird es im Rahmen der Verwaltung der kapitalistischen Verhältnisse nicht mehr viel zu verteilen geben, wenn die Rohstoffpreise wieder fallen. Zur Verortung Lateinamerikas in den kapitalistischen Weltmarkt ist es bei aller Unzulänglichkeit nützlich, an das sogenannte »Zentrum-Peripherie-Modell« anzuknüpfen. Allerdings nicht in seiner antiimperialistischen Banalisierung, sondern im kritischen Bezug auf marxistische Theoretikerinnen der Dependenztheorie. Diese unterscheidet grundsätzlich zwischen industriellen Zentren (Metropolen) und unterentwickelter Peripherie. Eduardo Galeano aus Uruguay beschrieb 1971 in den »Offenen Adern Lateinamerikas« von einem antiimperialistischen Grundton und einer Bagatellisierung der nationalen Bourgeoisien abgesehen, den Kontinent treffend:

»Alles, die Schätze der Natur und die Fähigkeiten der Bevölkerung, die Produktionsmethoden und die Klassenstruktur jedes Ortes sind von auswärts durch seine Eingliederung in das weltumfassende Getriebe des Kapitalismus bestimmt worden. Jedem ist eine Funktion zugewiesen worden, und zwar immer zugunsten der Entwicklung der jeweiligen ausländischen Metropole. Die Kette der aufeinanderfolgenden Abhängigkeiten, die weit mehr als zwei Glieder hat, ist ins unendliche gewachsen und umfasst in Lateinamerika auch die Unterdrückung der kleinen Länder durch ihre mächtigen Nachbarn und – im Inneren jedes Landes – die Ausbeutung der internen Lebensmittelquellen und der Arbeitskräfte durch die von ihnen versorgten großen Städte und Häfen.« Diese strukturelle Abhängigkeit ist prägend für die Länder Lateinamerikas bis heute, charakterisiert durch eine Dominanz der Entwicklung der peripheren Länder durch die Zentren. Durch diese Zurichtung auf den von den Zentren dominierten Weltmarkt wird die für periphere Länder typische »strukturelle Heterogenität« erzeugt, die nur eine Entwicklung nach dem Bedarf der kapitalistischen Zentren zulässt und im Trikont desintegrierte Staaten, die nicht auf eine Binnenökonomie, sondern auf den Export zugerichtet sind, hervorbringt.

Die Wirtschaftsstruktur der heutigen unterentwickelten Länder ist das Ergebnis der Eingliederung dieser Länder in die Weltwirtschaft als periphere, rohstofferzeugende Gebiete oder, wie Andre Gunder Frank es für Chile formulierte, *»dass die Unterentwicklung ... notwendiges Produkt einer vier Jahrhunderte währenden kapitalistischen Entwicklung und der inneren Widersprüche des Kapitalismus selbst ist.«* Seit Jahrhunderten ist die Produktion in den peripheren Ländern auf die Bedürfnisse der Metropolen zugeschnitten.

Ausgelagerte Schlachtviehzone für die Zentren

So wurde beispielsweise in Argentinien das gesamte Land nach der Unabhängigkeit von Spanien 1816 durch das britische Kapital darauf ausgerichtet, eine ausgelagerte Schlachtviehzone für die kapitalistischen Zentren, insbesondere England, zu werden. Die gesamte Infrastruktur wurde auf den Hafen Buenos Aires ausgerichtet, die Manufakturindustrie Argentiniens durch den Freihandel niederkonkurriert. Rund um Buenos Aires entstand eine Handelsbourgeoisie und eine Landoligarchie, die von der strukturell heterogenen Grundstruktur des Landes bis heute profitieren. Die Infrastruktur wurde auf den Export ausgerichtet, nicht auf das Binnenland. Dies wirkt bis heute nach, auch in Afrika, so der malawische EU-Botschafter Brian Bowler im Dezember: Zur Zeit ist es wesentlich teurer, einen Container über 200 Kilometer auf dem afrikanischen Kontinent zu befördern, als dieselbe Fracht von Afrika nach Europa zu bringen.

In solchen harten Rahmenbedingungen ist es nicht verwunderlich, dass zwischen den Verlautbarungen für alternative Handelsabkommen und deren Umsetzung sich oft eine Kluft auftut, die so breit ist wie die Ablehnung der USA in Lateinamerika. Während das sehr ambitionierte Projekt einer gesamtamerikanischen Freihandelszone von Alaska bis Feuerland aber 2005 an den Präsidenten Lula, Kirchner und Venezuelas Chavéz gescheitert ist, gibt es immer mehr bilaterale Freihandelsabkommen der USA: Mit Chile, Kolumbien, Peru, mit Mexiko sowieso, und seit am 1. März 2006 die CAFTA-DR in Kraft getreten ist, haben sechs zentralamerikanische Staaten – alle bis auf Costa Rica, wo die Ratifizierung umkämpft ist – und die Dominikanische Republik dem üblichen Deregulierungsprogramm zugestimmt.

Gleichzeitig hat die EU Freihandelsabkommen mit Mexiko und Chile abgeschlossen, außerdem die Verhandlungen mit dem MERCOSUR hierzu wieder aufgenommen. Die EU versucht sich, wie die USA, über Freihandelsabkommen Absatzmärkte zu sichern. »Wir wollen lieber auf neue Handelsabkommen verzichten, als schlechte zu unterschreiben«, sagte der argentinische Staatssekretär für internationale Wirtschaftsbeziehungen, Alfredo Chiaradia Ende 2006 gegenüber der FAZ: Solange die Vereinigten Staaten und die EU ihre Subventionen nicht abschafften und keinen besseren Marktzugang für Agrargüter böten, werde es keine Einigung auf multilateraler Ebene geben. Chiaradia: »Wir wollen nur drei Prozent des europäischen Agrarmarktes. Wissen sie, was die EU uns bietet? Gerade mal 0,6 Prozent!« ärgert er sich. In dem für Brasilien und Argentinien als Mercosur-Mitgliedern wichtigen Bereich der Autoindustrie wolle die EU dagegen eine völlige Liberalisierung innerhalb von zehn Jahren. »Warum machen wir es nicht andersherum?« fragt Chiaradia: »Wir öffnen 0,6 Prozent unseres Industriemarktes, und die EU schafft in zehn Jahren alle Schranken für Agrargüter ab!«

Deutsche Firmen, deutsches Geld

Das deutsche Kapital ist auch ohne Freihandel massiv in Lateinamerika vertreten, von 2004 bis 2006 stiegen die gesamten Investitionen in Lateinamerika um 15 Milliarden auf 60 Milliarden US-Dollar. Es gibt einen Run des Globalisierungsgewinnlers auf die Filetstücke der Industrien in den größeren Ökonomien: 22 Milliarden deutsche Direktinvestitionen in Brasilien, 17 Milliarden in Mexiko – die beiden größten Länder, in denen deutsches Kapital Schlüsselpositionen in mehreren Industriebranchen innehat, etwa in der Autoindustrie.

Die USA sind mit 226,5 Milliarden US-Dollar Investitionen in Lateinamerika die Nummer eins, Spanien mit 70 Milliarden auf Platz zwei, gefolgt von Deutschland. Die Präsenz deutscher Unternehmen in Lateinamerika und die Bedingungen, zu denen dort Kapital verwertet wird, könnte für eine Antiglobalisierungsbewegung hierzulande ein zentraler Anlass für Protest sein, wird aber meist übersehen, obwohl deutsche KapitalistInnen außerhalb der EU nirgendwo sonst auf der Welt so dominant sind. Nicht nur beim Autobau, wo der VW-Konzern im letzten Jahr sowohl in Mexiko als auch in Brasilien massiv die Arbeit verdichtet hat und die Löhne drückt. In der chemischen, pharmazeutischen Industrie, in der Elektrotechnik oder im Maschinenbau bestimmen Deutsche die Arbeits- und Produktionsbedingungen. Allein im brasilianischen Industriezentrum Sao Paulo haben sie 800 Niederlassungen: Deutsche Firmen, deutsches Geld ...

Die Proteste gegen den G8-Gipfel wären konsequenter, radikaler, wenn die Kritik des Globalisierungsgewinnlers Deutschland im Zentrum stehen würde.●

WAS IST ALBA?

Die *Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América* (abgekürzt ALBA, deutsch Bolivarianische Alternative für die Völker unseres Amerika) ist eine Anfang 2005 begonnene Kooperation zwischen Venezuela und Kuba zum Aufbau einer Wirtschaftsgemeinschaft. Am 29. April 2006 trat auch Bolivien dem Abkommen mit Unterzeichnung des Handelsvertrags der Völker bei. Vorgestellt wurde das Vorhaben von Hugo Chávez erstmals im Dezember 2001 auf dem III. Gipfeltreffen karibischer Staats- und Regierungschefs, der auf der Isla de Margarita in Venezuela stattfand. Die alternative Wirtschaftsgemeinschaft soll eine Alternative zur von den USA dominierten geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone ALCA darstellen. Ziel ist es, in Lateinamerika einen wirtschaftlichen und ökonomischen Machtblock zu schaffen, der von den USA und Europa unabhängig ist.

Zu diesem Zweck werden zwischen den Staaten spezielle Kooperationsabkommen, z.B. im Energiesektor, abgeschlossen. Dabei bemüht man sich um solidarische Handelsbeziehungen. Häufig haben z.B. die Handelspartner Venezuelas die Möglichkeit, Lieferungen von Erdöl mit Waren oder Dienstleistungen zu bezahlen (Barter). Eine eigenständige Freihandelszone ist im Rahmen der ALBA zunächst nicht vorgesehen.

Das erste Abkommen im Rahmen der ALBA wurde zwischen Venezuela und Kuba am 14. Dezember 2004 abgeschlossen und beinhaltete u.a. die Lieferung von Erdöl an Kuba, das durch die Entsendung von kubanischen Ärzten nach Venezuela bezahlt wurde.

Bolivien trat am 29. April 2006 der ALBA bei. Die zwischen Venezuela, Kuba und Bolivien abgeschlossenen Verträge beinhalten u.a. Hilfe bei der Errichtung einer nationalen bolivianischen Fluggesellschaft und Unterstützung für bolivianische Programme zur Alphabetisierung und Gesundheitsversorgung. Venezuela und Kuba verpflichten sich auch, bolivianische Sojabohnen zu kaufen, um dadurch die negativen Folgen der Freihandelsabkommen für Bolivien abzumildern, die Peru und Kolumbien mit den USA geschlossen haben.

Am 11. Januar 2007 hat der nach 16 Jahren wieder zum Präsidenten von Nicaragua gewählte Daniel Ortega in einem symbolischen Akt mit Hugo Chávez den Beitritt seines Landes vereinbart.

Auch die von Venezuelas Präsidenten Hugo Chávez initiierten Projekte wie Telesur, Petrosur und Petrocaribe dienen dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den Ländern Lateinamerikas zu intensivieren. Hier sind neben den ALBA-Mitgliedern auch noch weitere Länder dieses Kontinents involviert, darunter Argentinien, Uruguay und Brasilien.

Der Name des lateinamerikanischen Unabhängigkeitskämpfers gegen die spanische Kolonialherrschaft Simón Bolívar wurde aus symbolischen Gründen gewählt. Auch Bolívar verfolgte Pläne, ein gemeinsames Lateinamerika aufzubauen, das von Europa und den USA unabhängig ist. Alba ist zudem die spanische Bezeichnung für Morgenröte.

www.wikipedia.org

Anzeige

NEU ERSCHIENEN:
14. aktualisierte Auflage

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen
1993 bis 2006

Menschen flohen vor Verfolgung, Hunger und Elend.
Sie fanden hier den Tod.

Die Dokumentation umfaßt Todesfälle und Verletzungen bei Grenzüberquerungen; Selbsttötungen, Selbsttötungsversuche und Verletzungen von Flüchtlingen aus Angst und auf der Flucht vor Abschiebungen; Todesfälle und Verletzungen vor und während Abschiebungen, Mißhandlungen und Folter nach Abschiebungen. Die Zusammenstellung umfaßt auch Brände und Anschläge auf Flüchtlingssammellager. Die beschriebenen über 5000 Einzelgeschehnisse machen deutlich, daß die Chance, in der BRD Schutz und Sicherheit zu finden gegen Null läuft. Die Lebensbedingungen für Flüchtlinge sind heute brutaler denn je.

Ein Fazit der letzten vierzehn Jahre:
Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen 351 Flüchtlinge ums Leben - durch rassistische Übergriffe starben 80 Flüchtlinge.

Die Dokumentation umfaßt 2 Hefte (15 € + 3,20 € Porto).
HEFT 1 (1993 – 1999) 6 €; plus 1,60 € Porto
HEFT 2 (2000 – 2006) 10 €; plus 1,60 € Porto

Antirassistische Initiative e.V. - Dokumentationsstelle
Haus Bethanien – Südflügel
Mariannenplatz 2 – 10997 Berlin
Fon 030 – 617 40 440 – Fax 030 – 627 05 905
eMail: ari-berlin-dok@gmx.de
Internet: www.ari-berlin.org/doku/titel.htm

AUFRUF ZUM INTERNATIONALEN G8 ALTERNATIVKONGRESS

G8 2007 – Es gibt Alternativen

Der Gipfel der acht reichsten und mächtigsten Staaten der Welt findet 2007 in Heiligendamm bei Rostock statt. Die Politik der G8 stößt seit langem weltweit auf Kritik und Protest. Auch beim Gipfel 2007 wird dies in vielfältigen Formen sichtbar werden. Ein wichtiges Element ist dabei der Alternativgipfel vom 5.–7. Juni in Rostock. Dazu laden wir alle ein, die Alternativen wollen.

Obwohl die Staats- und Regierungschefs der G8 nur 13 Prozent der Weltbevölkerung repräsentieren, behandeln sie Fragen der Weltwirtschaft, von Entwicklung, Umwelt, Krieg und Frieden und andere Probleme, die die gesamte Menschheit betreffen. Dabei haben sie vor allem ihre eigenen, oft an kurzfristigen nationalen Zielen ausgerichteten Interessen im Blick. Das soll auch 2007 wieder so sein. Die Bundesregierung hat das Thema »Investitionssicherheit« zum eigentlichen Leitmotiv des Gipfels erklärt. Diese Art der Globalisierung bringt viele Verlierer und nur wenige Gewinner hervor.

Zu den Verlierern gehört die soziale Gerechtigkeit. Weltweit nehmen Armut und soziale Polarisierung zu. Während die Zahl der Hungernden in den letzten zehn Jahren von 840 Millionen Menschen auf 854 Millionen gestiegen ist, hat die winzige Gruppe von Millionären und Superreichen ihr Kapitalvermögen von 16 Billionen Dollar auf 33 Billionen verdoppelt. Profiteure der Globalisierung sind auch »Global Player« – wie institutionelle Anleger und transnationale Konzerne. Gleichzeitig nehmen selbst in den meisten Industrieländern Armut und soziale Unsicherheit zu.

Zu den Verlierern gehört auch die Umwelt. Die herrschende Wirtschafts- und Lebensweise führt in die Klimakatastrophe, vernichtet die Artenvielfalt und plündert die natürlichen Ressourcen des Planeten. So werden die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört. Die an grenzenlosem Wachstum und unregulierter Dynamik des Marktes orientierte Politik der G8 verschärft die globalen Umweltprobleme.

Zu den Verlierern gehören auch Frieden und internationale Sicherheit. Die Ursachen für Konflikte nehmen zu. Dies befördert Nationalismus, Rassismus, Fundamentalismus, Gewalt, Terror und Krieg. Doch anstatt weitsichtiger Konfliktprävention erleben wir eine zunehmende Militarisierung der internationalen Politik. G8 Staaten führen auch Krieg oder sind an bewaffneten Konflikten beteiligt.

Unter den Verlierern sind Frauen wiederum in besonderem Maße betroffen. Millionen von Menschen werden durch unerträgliche Lebensbedingungen zur Migration und Flucht gezwungen. Gleichzeitig wird die Abschottung gegen Migration überall verstärkt.

So kann es nicht weiter gehen. Globalisierung im Interesse der Mehrheit der Menschen geht anders. Wir wollen eine demokratische Globalisierung von unten. Eine Globalisierung von Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit. Wir wollen faire Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Wir wollen eine solidarische Ökonomie. Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Wir wollen einen verantwortungsbewussten und zukunftsfähigen Umgang mit unserer Umwelt. Wir treten ein für Friedfertigkeit und politische Konfliktlösungen. Es gibt Alternativen zur Politik der G8. Wir wollen sie der Öffentlichkeit präsentieren. Wir wollen uns untereinander aber auch über offene Fragen austauschen und gemeinsam an deren Beantwortung arbeiten.

Der Alternativgipfel findet statt vom 5. Juni (17 Uhr) bis 7. Juni (13 Uhr). Darüber hinaus gibt es mehrere Satelliten-Veranstaltungen zu spezifischen Themen. Interessierte Organisationen, Netzwerke und Einzelpersonen haben die Möglichkeit Workshops im Rahmen des G8-Alternativgipfels anzubieten.●

Kontakt:
E-Mail: florian.butollo@weed-online.org
Tel.: (0 30) 280 418 11
www.g8-alternative-summit.org

Initiatoren: Aktionsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (ABL), Attac Deutschland, BDKJ, BUND, Bund demokratischer WissenschaftlerInnen, Evangelischer Entwicklungsdienst (EED), Eine Welt Landesnetzwerk MV, Erlassjahr.de, FIAN, Forum Umwelt und Entwicklung, Freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs), Gerechtigkeit jetzt!, Greenpeace, Heinrich Böll Stiftung, IG Metall, Inkota, Interventionistische Linke, IPPNW, Landesflüchtlingsrat MV, Leipziger Missionswerk, Medico international, Netzwerk Friedenskooperation, Netzwerk Grundeinkommen, Ökumenische Initiative eine Welt, Oxfam, Pro Asyl, Rosa Luxemburg Stiftung, Stiftung Nord-Süd Brücken, Terres des Femmes, Urgewald, WEED. International: Action Aid, Friends of the Earth Europe, Focus on the Global South, Via Campesina

AUFRUF ZUR INTERNATIONALEN GROSSDEMONSTRATION AM 2. JUNI 2007 IN ROSTOCK

Eine andere Welt ist möglich!

Anfang Juni 2007 treffen sich die Regierungen der sieben wichtigsten Industrieländer und Russlands zum »G8-Gipfel« im Ostseebad Heiligendamm. Die »Gruppe der 8« (G8) ist eine Institution ohne Legitimation. Dennoch trifft sie als selbsternannte informelle Weltregierung Entscheidungen, die die gesamte Menschheit betreffen. Die Politik der G8 steht für eine neoliberale Globalisierung und Deregulierung, die Wirtschaftspolitik an den Rendite-Interessen internationaler Finanzanleger und Konzerne ausrichtet.

● Alle fünf Sekunden stirbt in der Welt ein Kind an Hunger, mehr als 800 Millionen Menschen sind chronisch unterernährt. Maßgeblich verantwortlich hierfür ist eine ungerechte Welthandelspolitik, wie sie im Rahmen der G8 und anderer internationaler Institutionen von den reichen Industrieländern betrieben wird.
● Trotz der vollmundigen Versprechungen vom G8-Gipfel in Gleneagles 2005 wurde den Ländern des Südens bislang nur ein geringer Teil ihrer Schulden erlassen.
● Indem sie Liberalisierung und Privatisierung vorantreiben, haben die G8 Armut nicht nur im globalen Süden, sondern auch in den Industrieländern verstärkt. Die weltweite Plünderung von Rohstoffen und anderen natürlichen Ressourcen wird beschleunigt.
● Zugleich schotten sich die reichen Industrieländer immer stärker gegen Flüchtlinge und MigrantInnen ab. Die dennoch Eingereisten werden illegalisiert und als rechtlose BilligarbeiterInnen ausgebeutet.
● Die G8-Staaten sind die größten Klimazerstörer. Sie allein sind für 43% des weltweiten CO_2-Ausstoßes verantwortlich und stehen zudem für eine Renaissance der Atomenergie, die wir entschieden ablehnen.
● Die G8-Staaten sind verantwortlich für 90% der weltweiten Waffenexporte und eine neue Ära von Rohstoffkriegen. Sie sind Vorreiter einer auf Krieg gestützten Weltordnung, die in vielen Ländern zu Flucht, Vertreibung, neuem Hass und Gewalt führt.

Die von der Dominanz der G8 geprägte Welt ist eine Welt der Kriege, des Hungers, der sozialen Spaltung, der Umweltzerstörung und der Mauern gegen MigrantInnen und Flüchtlinge. Dagegen wollen wir bei unserer Großdemonstration am 2. Juni 2007 in Rostock protestieren und die Alternativen dazu aufzeigen. Gemeinsam mit Millionen Menschen in aller Welt sagen wir: Eine andere Welt ist möglich!

● Für die sofortige Streichung illegitimer Schulden und eine faire Entschuldung der Länder des globalen Südens!
● Gegen den Ausverkauf öffentlicher Güter und Dienste – für gleiche soziale Rechte und Standards weltweit!
● Für einen schnellen und radikalen Wechsel zu den erneuerbaren Energien. Zusammen mit einer deutlichen Erhöhung der Energieeffizienz und der Umstellung auf ein nachhaltiges Wirtschaften können nur so ein gefährlicher Klimawandel und weitere Kriege um Öl- und Gasreserven verhindert werden.
● Für den sofortigen und endgültigen Ausstieg aus der Atomenergie und für vollständige weltweite atomare Abrüstung!
● Für ein solidarisches und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Menschen – gegen jede Form von Rassismus und Faschismus!
● Für die Überwindung von Mauern und Grenzen! Gegen Lager und Abschiebungen!
● Für eine friedliche Welt! Schluss mit der militärischen Durchsetzung wirtschaftlicher und machtpolitischer Interessen durch die G8-Staaten!

Globalisierung im Interesse der Mehrheit der Menschen bedeutet faire Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, bedeutet Frieden, Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Demokratie und Bewahrung der Lebensgrundlagen des Planeten für die nächsten Generationen.

Eine solche andere Globalisierung entsteht nicht auf exklusiven und abgeschotteten Gipfeltreffen, sondern von unten aus der globalen Bewegung von Menschen und Initiativen, die sich für eine andere, bessere Welt einsetzen. Diese globale Bewegung wird sich mit zahlreichen Aktionen und Veranstaltungen während des G8-Gipfels zu Wort melden. Auf der Internationalen Demonstration am 2. Juni 2007 in Rostock werden wir die Größe, Stärke und Vielfalt unseres bunten und breiten Protestes unübersehbar machen.●

(veröffentlicht am 26.2.2007)
Oline-Unterzeichnung des Aufrufs unter
www.heiligendamm2007.de

G8-GIPFEL

Versammlungs- und Meinungsfreiheit bleiben Grundrechte

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie beobachtet die Entwicklungen angesichts des im Juni 2007 anstehenden Treffens der Vertreter und wenigen Vertreterinnen der acht reichen und mächtigen Staaten dieser Welt mit Sorge.

Von Elke Steven ● »Versammlungen unter freiem Himmel«, wie es in Art. 8 GG heißt, sind ein hohes demokratisches Gut, das insbesondere in repräsentativen Demokratien geeignet ist, den »politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren« (Brokdorf-Beschluss des BVerfG). Angesichts des Treffens der Staats- bzw. Regierungschefs der großen und mächtigen Staaten dieser Welt steht allerdings zu befürchten, dass nicht die Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit staatlich geschützt und hochgehalten werden, sondern dass erneut ein repressives Sicherheitskonzept jede demokratische Regung ersticken soll.

Konnte ein solches G-8-Treffen 1999 noch mitten in Köln stattfinden – und mussten wir auch damals schon ein oft unverhältnismäßiges Eingreifen der Polizei beklagen –, so suchen die Mächtigen dieser Welt seit den Ereignissen in Seattle und Genua abgelegene Orte auf, die sich fast militärisch abschirmen lassen. Um Heiligendamm und das dortige Nobelhotel Kempinski wird für 12 Mio. Euro ein 12 km langer und 2,50 m hoher Zaun gebaut. Gesichert bis tief in den Boden, oben mit Nato-Stacheldraht bewehrt und rundum videoüberwacht, entsteht sozusagen ein umgekehrter, von der Außenwelt abgeschirmter Hochsicherheitstrakt. Das, was die Bürger und Bürgerinnen denken und wollen, soll die Politiker und Politikerinnen nicht erreichen und interessieren.

Präventives Polizeigesetz

Noch hält sich die Politik in ihren diffamierenden Äußerungen zurück. Die absperrenden Taten sprechen jedoch schon jetzt eine eindeutige Sprache. Zu befürchten ist, dass kurzfristig eine Allgemeinverfügung weitere Räume von den Grundrechten ausnehmen wird. Die Linkspartei.PDS steht dem Protest zumindest nahe. Aber auch mit der PDS ist im Juni 2006 das Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern novelliert worden, um präventive Eingriffsbefugnisse für die Polizei auszuweiten. So treibt dieses Polizeigesetz die Vorwärtsverrechtlichung weiter voran. Dass es zur Abwehr und Einschüchterung von Demonstrierenden eingesetzt werden kann und soll, ist offensichtlich. (Verdeckte) Überwachungen spielen eine zentrale Rolle. V-Personen, also solche, die gegen Bezahlung Informationen aus der »Szene« weitergeben, dürfen von der Polizei geführt werden. Ebenfalls können verdeckt ermittelnde Polizeibeamte eingesetzt werden. Sowohl eine längere Observation als auch der Einsatz verdeckter Überwachungstechniken sind erlaubt. Ein automatisches Kfz-Kennzeichen-Lesesystem (AKLS) darf eingesetzt werden. Platzverweisungen können für maximal zehn Wochen sogar für ein ganzes Gemeindegebiet ausgesprochen werden. Chemische Kampfstoffe (CN und CS) sowie Pfefferspray sind beim Einsatz gegen Versammlungen erlaubt.

Wie schon bei der WM im letzten Jahr wird die Polizei darum bemüht sein, »verdächtige« Personen möglichst frühzeitig herauszufiltern und »auszusperren«. Wer, auf welche Weise auch immer, in die Verdachtsdateien geraten ist – eine gerichtliche Verurteilung ist hierfür nicht notwendig –, soll mittels Einreiseverboten, Meldeauflagen und Platzverweisen an jeder Beteiligung an den Demonstrationen gehindert werden. Wieder soll auch die Bundeswehr »im Notfall« für eine Unterstützung bereit stehen. Da ein Einsatz der Bundeswehr im Inneren illegal ist, wird mit der Inszenierung von helfender Bundeswehr im Notfall deren weiterer Einsatz im Inneren vorbereitet. Die Bundeswehr stellt Kasernen zur Unterbringung von 6.000 Einsatzkräften sowie ein mobiles Krankenhaus zur Verfügung. »Im Bedarfsfall könnten ABC-Schützen, Sanitäter oder Fernmeldeeinheiten Unterstützung leisten«, so der Inspekteur der Streitkräftebasis, Vize-Admiral Wolfram Kühn. (NDR, 16.2.07) Im Frühjahr soll es gar »gemeinsame Notfallübungen der Stäbe geben«.

Staatlicher Verruf des Protestes

Die Polizei Mecklenburg-Vorpommern schreibt in ihrem Grußwort zum G8-Gipfel auf ihrer Internetseite: »Seit einigen Jahren werden diese Treffen leider auch von gewalttätigen Ausschreitungen begleitet. Darauf werden wir uns einstellen müssen.« Dies entspricht dem Tenor, der zur Zeit vorrangig von Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz angeschlagen wird. Das Bundesamt für Verfassungsschutz warnt vor Anschlägen auf den G-8-Gipfel in Heiligendamm. Erst schwadroniert der Behördenpräsident Heinz Fromm von potentiellen Personenschäden, behauptet, in der »militanten Szene sei auch über gezielte Attentate auf Personen intensiv diskutiert worden«. Um dann zu berichten, solche »Angriffe seien aber abgelehnt worden, da eine Eskalation für politisch nicht opportun eingestuft werde«. (FAZ, 29.1.07) Bereits im November 2006 äußerte BKA-Präsident Ziercke bei einer Sicherheitskonferenz in Rostock »große Besorgnis«. Bereits jetzt werde eine »Zunahme von Straftaten wie Sachbeschädigungen, Brand- und Farbanschlägen registriert ... Selbst mit Terroranschlägen müsse gerechnet werden« (FAZ, 23.11.2006).

Gleichzeitig wird versucht, in der öffentlichen Darstellung und Wahrnehmung eine Spaltung des Protests zu erreichen. BKA-Präsident Ziercke betont, dass »nur wenige Demonstranten gewaltbereit seien. Friedliche Protestierer würden von den Sicherheitsmaßnahmen nicht berührt«. Wer also von den »über 1.000 Beamten« des Bundeskriminalamts und den »insgesamt weit über 10.000 Beamten« der Polizeien (FR, 28.12.2006) ins Visier genommen wird, so ist zu schließen, kann nicht friedlich sein. Wie allerdings die »friedlichen Protestierer« nicht von Überwachung, Abschreckung, Kontrollen und Absperrungen berührt sein könnten – und nicht davon, dass ein Teil der BürgerInnen an der Wahrnehmung ihrer Grundrechte gehindert wird, – bleibt das Rätsel, dessen Lösung der Quadratur des Kreises entspräche.

In München und in Erlangen sind im Januar 2007 linke Projekte, Betriebe und Privatwohnungen von der Polizei durchsucht worden. In München wurde vorgeblich nach einem Aufruf gesucht, in dem zur Blockade des Flughafen Rostock-Laage am 5.6.07 aufgerufen wird. Daraus machte der Staatsschutz eine »Stürmung« des Flughafens und einen »Aufruf zu Straftaten«. Das Landgericht München entschied nachträglich, dass die Haus-

Fortsetzung nächste Seite

KONGRESSNACHBETRACHTUNGEN

Solidarische Ökonomie und Genossenschaften

Der Kongress »Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus« reflektierte gegensätzliche Konzepte – wie das Leben selbst. Allein das Wort Solidarität übte eine große Anziehungskraft aus auf alle, die anders leben und arbeiten wollen als unter dem Profitsystem. Der Kongress hat bedeutende Beispiele insbesondere aus der Dritten Welt vermittelt, aber auch viele Fragen offengelassen.

Sigurd Schulze, Red. Genossenschaften ● Nach den landläufigen Erfahrungen von Genossenschaften und Gemeinschaftsprojekten ist Solidarische Ökonomie Selbsthilfe, Selbstorganisation, die sich auf gegenseitige Hilfe in gemeinsamer Willensbildung und Verantwortung gründet. Gemeinsames Produzieren, Konsumieren, Wohnen in freiwilliger Assoziation ist auf Existenzsicherung, nicht auf Profit gerichtet. Oft ist es der letzte Ausweg der Schwachen und Benachteiligten, um gemeinsam zu überleben – Gemeinwesenökonomie der Benachteiligten, wie es Prof. Susanne Elsen, München, nennt. Da in Deutschland die Genossenschaften die prägende und ökonomisch gewichtigste Form solidarischer Ökonomie sind, sollen hier Genossenschaften interessieren.

Anstoß Gesetzesnovellierung

Genossenschaften als Selbsthilfeorganisation, gespeist mit eigenen Ersparnissen – das sei der Ausweg, so die Vorstellungen mancher Vertreter neoliberaler Ideen, z.B. des Bundes der Steuerzahler. Wo Kommunen aus Geldmangel Schwimmbäder, Bibliotheken oder Schulbusse nicht mehr bezahlen können, sollen dies Bürger »in die eigene Hand nehmen« und Genossenschaften gründen. So wird kaschiert, dass die Schrödersche Steuererform den Reichen jährlich 60 Milliarden Steuern schenkt, was die Haushalte der Kommunen austrocknet. Willkommener Anlass dieser Propaganda war die Neufassung des deutschen Genossenschaftsgesetzes im August 2006. Ihr seid arbeitslos, kriegt keine Fördermittel mehr, habt kein Startkapital? Bildet Kleingenossenschaften! Euch wird geholfen: Statt 7 Mitgliedern müsst ihr nur noch drei sein, Pflichtprüfungen eurer Bilanzen werden nur noch alle zwei Jahre verlangt. Ihr spart die Hälfte der Prüfkosten, ihr könnt Werkzeug und Material mitbringen, und alles gestaltet ihr selbst! Kredite? Schwierig. Fördermittel? Die verzerren den Wettbewerb. Tarife? Ihr seid nicht gebunden.

Natürlich ergreifen Erwerbslose den Strohhalm und gründen Genossenschaften. Immerhin wurden, wie Burghard Flieger, wissenschaftlicher Leiter der innova eG, berichtete, in den vergangenen drei Jahren 60 (sechzig) solcher Selbsthilfegenossenschaften gegründet, vielfach von Menschen unter der Armutsgrenze. Obwohl Flieger um die physischen und finanziellen Grenzen bei Arbeitslosen weiß, durch die der Erfolg einer Genossenschaftsgründung in Frage gestellt wird, sagt er eine Gründungswelle voraus. Worauf er seine Voraussage stützt, ist nicht zu erkennen. Denn während z.B. die innova Fördermittel des Bundeswirtschaftsministeriums für die Qualifizierung bei Neugründungen erhält, bekommen die Neugegründeten keine Förderung. Das bekannte Schema – propagandistischer Anschub, aber keine echte Hilfe für die Betroffenen.

Historische Erfahrungen

Solidarische Ökonomie in einem hochentwickelten kapitalistischen Land, was also kann sie bewirken, wem kann sie nützen? Die traditionelle Form von Selbsthilfe sind Genossenschaften, in Deutschland und England bereits im 19. Jahrhundert entstanden zur gemeinsamen Beschaffung preiswerten Wohnraums (Wohnungsgenossenschaften) von Lebensmitteln, Bekleidung und anderen Waren des täglichen Bedarfs (Konsumgenossenschaften), zum Sparen (Volksbanken). Im produktiven Bereich dienten sie der Selbsthilfe kleiner Warenproduzenten beim Ein- und Verkauf, bei der Nutzung von Technik, der Verarbeitung der Produkte oder der Bewältigung von Transporten (Bauern, Winzer, Gärtner, Fischer usw.) In ihrem Sektor tragen sie zur sozialen Sicherung ihrer Mitglieder bei, in Deutschland z.B. 2.000 Wohnungsgenossenschaften mit drei Millionen Mitgliedern und 2,1 Millionen Wohnungen.

In jüngster Zeit entstehen Genossenschaften z.B. auch als Ärztegemeinschaften, weil die teure Medizintechnik von einzelnen Praxen nicht mehr effizient genutzt werden kann. Ein möglicher Ausweg im weitgehend monopolisierten Markt der Krankenhauskonzerne, Geräteproduzenten und Pharmakonzerne. Im sozialen und kulturellen Bereich können Erwerbslose, ältere Arbeitnehmer oder finanziell Schwache einen Weg der Existenzsicherung suchen – häufig der letzte, verzweifelte Versuch.

Foto: www.solidarische-oekonomie.de

Solidarität als Aufgabe

Solidarische Ökonomie kann so als defensive Organisation gegen die erdrückende Macht des Kapitals und gegen die Vernichtung der Existenz der Schwachen verstanden werden, die sich einkapseln und auf bessere Tage warten. Freilich fehlt es nicht an Idealisten, die sich aus moralischen, religiösen, philosophischen, esoterischen Motiven vor der Gesellschaft in ihre Nische zurückziehen und mit Selbstgenügsamkeit und Selbstausbeutung ihren Ideen leben – viele in dem Glauben, dass sich der Rest der Welt schon noch von der richtigen Lebensform überzeugen wird.

Workshop Foto: www.solidarische-oekonomie.de

Hingegen ist im etablierten Sektor der Genossenschaften zu fragen, welche Rolle Solidarität und Demokratie noch spielen. Die monopolartig organisierten Verbände wirken für die Stärkung der Macht der Vorstände und die Beschneidung der Mitgliederrechte. Basisdemokratie ist ein Reizwort. Vorstände von Wohnungsgenossenschaften fordern »Solidarität«, wenn sich Mitglieder gegen unverhältnismäßige Mieterhöhungen wehren oder vom Recht der Mietminderung Gebrauch machen.

Haben Genossenschaften eine Zukunft? Wo ist ihr Platz in der kapitalistischen Wirtschaft? Elmar Altvater, Herausgeber des Readers »Solidarische Ökonomie«, sieht in einer Neubelebung des Genossenschaftsgedankens die Chance für die Neuentfaltung solidarischer Ökonomie. Man solle wieder bei Marx, Lenin, Kautsky und Bernstein nachlesen. Marx z.B. sah die Möglichkeit des Überspringens der kapitalistischen Eigentumsform in halbfeudalen Gesellschaften.

Erfahrungsfeld DDR

Wie verhält es sich mit den Hinterlassenschaften des Sozialismus, insbesondere mit den Agrargenossenschaften, ehemals Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR? Klaus Steinitz, seinerzeit tätig in der Akademie der Wissenschaften der DDR, musste die Autoren auf einen weißen Fleck ihrer Analyse aufmerksam machen: Die LPG, so Steinitz, waren die einzige Produktionsform in einem entwickelten Industrieland, die mit 80 Prozent die Produktion ihres Zweiges dominierten. Trotz des Verschwindens der DDR hielt ein Großteil der Genossenschaftsbauern an ihrer Genossenschaft fest, z.T. in anderer Rechtsform. Kaum eine Genossenschaft hat sich aufgelöst, obwohl dafür rechtliche und politische Instrumentarien geschaffen wurden. Wie sind sie einzuordnen? Welche Perspektiven haben sie? Wie ist heute die Solidarität in der Genossenschaft ausgeprägt? Man sollte untersuchen, wie diese Potentiale genutzt werden können.

Umgehend wandte sich die Diskussion Grundfragen zu. Themen müssten sein: die historischen Erfahrungen der DDR beim Versuch, den Kapitalismus zu überwinden; die Selbstverwaltung der Betriebe in Jugoslawien; was ist Ziel solidarischer Ökonomie – Machtergreifung oder Schaffung einer Parallelgesellschaft?

Das berührt den Kern. Sind Formen solidarischer Ökonomie wie z.B. Genossenschaften Versuche zur Reformierung der kapitalistischen Gesellschaft oder Zeichen des Widerstands gegen das Kapital oder sogar Keimzellen des Sozialismus im Kapitalismus? In der Euphorie über Breite und Schwung der solidarischen Ökonomie in Lateinamerika, Afrika und Asien gab der Kongress keine Antwort auf die Frage des eigentlichen Ziels. »Eine andere Welt ist möglich« bricht mit der These, im globalisierten Kapitalismus sei das Ende der Geschichte erreicht. Aber was ist die Alternative? Worum geht es den Anhängern der solidarischen Ökonomie?

Streitpunkt Daseinsvorsorge

Der Streit um das Wie, z.B. wie die öffentliche Daseinsvorsorge bei Wasser, Strom, Wohnungen, Gesundheit, Kultur , Bildung oder Sparkassen zu garantieren sei, entbrannte neu mit den ersten Entscheidungen der Koalition von SPD und Linkspartei.PDS in Berlin. Während Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine für Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in der Hand der Kommunen streiten, verschleudern »Reformer« in der Linkspartei.PDS kommunale Wohnungen, Wasserbetriebe und die Berliner Sparkasse. Diese gegensätzlichen Konzepte reflektierte auch der Kongress.

Wolfgang Fabricius, attac Berlin, lehnte Wagenknechts Forderung nach Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe ab. Er präsentierte einen Plan, den bereits in Privathand übergegangenen Teil der Berliner Wasserbetriebe im Wert von 1,7 Milliarden Euro zurückzukaufen: Jeder Bürger soll in eine Genossenschaft 500 Euro einzahlen. Wer das nicht kann, soll ein Darlehen aufnehmen und es 14 Jahre lang tilgen. Für ALG-II-Empfänger soll der Senat die Genossenschaftsanteile übernehmen. Das Projekt wird schon dadurch fragwürdig, als nach senatsinternen Schätzungen die »Rückabwicklung« mindestens 3,3 Milliarden Euro kosten könnte. Das lehnten Initiativen zum Schutz der kommunalen Wasserversorgung aus Stuttgart, München, Berlin, Hamburg, Kiel, Augsburg, Karlsruhe und anderen Städten strikt ab. Wasser gehöre in Bürgerhand. Das sei im kommunalen Eigentum am besten zu gewährleisten. Ermutigend wirkte das Volksbegehren mit 140.000 Unterschriften in Hamburg, das die geplante Privatisierung der Wasserwerke zu Fall brachte.

Kritik der Novellierung

Ein Schlagwort waren bessere Rahmenbedingungen für Betriebe solidarischer Ökonomie in Deutschland. Wie das angesichts des konzentrierten Angriffs der Unternehmerverbände und der Großen Koalition auf Löhne, Renten, Arbeitslosengeld, Kündigungsschutz, Gesundheitsvorsorge, kommunales Eigentum usw. möglich sein soll, bleibt weitgehend offen. Tatsächlich verschlechtern sich die Bedingungen, z.B. mit der Öffnung der Genossenschaften für das Kapital durch die Novelle des Genossenschaftsgesetzes. Forderungen nach Demokratisierung wurden von den Dachverbänden und den Regierungsparteien abgelehnt. Darunter die Forderung, das Recht der Generalversammlung wiederherzustellen, dem Vorstand Weisungen erteilen zu können.

Mangels greifbarer ökonomischer Effekte wurde vom Bundesjustizministerium und allen im Bundestag vertretenen Parteien die Verringerung der Mindestmitgliederzahl gefeiert. Erleichterung für private und lokale Initiativen! Wie aber, wenn sich kapitalstarke Mitglieder einer Agrargenossenschaft die Verringerung zunutze machen, um durch Mobbing, Teilung, Abfindung usw. einen Betrieb von einigen tausend Hektar in den Händen einer Familie zu konzentrieren?

Die nächsten Schritte

Schlüsse blieben auf dem Kongress pragmatisch, aber nicht weniger hilfreich, z.B. Entfaltung basisdemokratischer Foren und Netzwerke gegen die Privatisierung des Wassers und der Bahn. Oder: in Deutschland vertreten Dachverbände der Genossenschaften nicht die Interessen »der Leute hier«. Also wollen die Initiatoren des Kongresses – wie Sven Giegold erklärte – einen eigenen Verband von Menschen der Basis der Genossenschaften auf den Weg bringen.●

Anzeige

FORTSETZUNG VON SEITE 12

durchsuchungen in München rechtswidrig waren.

Versammlungen müssen an den Orten stattfinden können, an denen sie die von den Veranstaltern gewünschte Öffentlichkeit erreichen können. Eine Politik, die dafür sorgt, dass Versammlungen polizeilich eingehegt und an den gewünschten Orten verboten werden, die die Schaffung der organisatorischen Voraussetzungen – wie z.B. Camps – behindert und diejenigen, die den Protest tragen, kriminalisiert, gar polizeilich oder verfassungsschützerisch überwacht, die also strukturell gewaltförmig auf den bevorstehenden Protest reagiert, schadet der Demokratie.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie wird mit vielen Beobachtern und Beobachterinnen Anfang Juni 2007 die Proteste rund um Heiligendamm und Rostock beobachten und darüber berichten.●

Lexikon der antisemitischen Klischees

Vorurteile über die Juden gab es schon in der Antike. Und im Lauf des Mittelalters wurden sie mehr, um endlich bald nach der französischen Revolution einen richtigen Boom zu erleben. Das vorliegende Buch geht auf die geschichtlichen Ursachen der antisemitischen Vorurteile ein und stellt jene wirren Meinungen richtig, die gerade heute wieder vermehrt über die Juden bei den Stammtischen kursieren.

Das Buch war überfällig und notwendig. Mit der erneuten massiven Verbreitung antisemitischer Klischees wie z.B. dem Mythos von der »jüdischen Weltverschwörung« und der »jüdischen Weltherrschaft«, die im Rechtsextremismus und im braunen Bereich der Esoterikwelle ebenso wie im islamischen Fundamentalismus eine Hochsaison haben, erleben wir zur Zeit ein neues Zurückgreifen auf alte Feindbilder, die von den tatsächlichen Machenschaften der Mächtigen ablenken sollen. So ist es aufschlussreich, aktuelle reale Daten und Fakten zu Themen wie »Juden und Wirtschaft«, »Juden und Banken«, »Juden und politische Krisen« zur Kenntnis zu nehmen. Mit diesem Wissen fällt es zumindest inhaltlich leicht, gängige Vorurteile und Halbwahrheiten argumentativ zu entkräften. Fanatisierte AntisemitInnen werden so sicher nicht erreicht werden können – aber für eine antirassistische Aufklärungsarbeit ist das Werk von großer Bedeutung.●

Roman Schweidlenka

Peter Waldbauer: Lexikon der antisemitischen Klischees. Antijüdische Vorurteile und ihre historische Entstehung, Mankau Verlag, Murnau 2007, 193 S., 12,95 EUR

Kulturwirtschaft in Zürich

Der Wirtschaftsgeograph Philipp Klaus zeigt in seinem Buch, wie der ökonomische Stellenwert der Kultur mit der Konkurrenz unter den Städten gewachsen ist und wie die Entwicklungen in den Städten mit glokalen Prozessen der Ökonomisierung der Kultur und der Kulturalisierung der Ökonomie verknüpft sind. Dies geschieht am Beispiel der Stadt Zürich, in der die wachsende Kulturwirtschaft das Image der Trend- und Partystadt mitverursacht hat und die wirtschaftliche Entwicklung fördert.

Was haben nun trendige Stadtteile mit der Weltwirtschaft zu tun? Die global organisierten Unternehmen machen ihre Standortentscheidungen eben auch davon abhängig, ob es für ihre vielen Angestellten höheren Ranges passende Freizeitangebote gibt. Die Städte, die im Ruf stehen, provinziell zu sein, haben da schnell das Nachsehen.

Diejenigen, die in der Kulturwirtschaft arbeiten, ballen sich gerne zusammen und Klaus erklärt auch warum sie sich vor allem dort ansiedeln, wo es »alternativ« oder dissident zugeht (und ehemals ging). Solche, ehemals linksalternativen Quartiere sind in Hamburg das Schanzenviertel, in Berlin Mitte und Prenzlauer-Berg und in Zürich die citynahen und subkulturell konnotierten Kreise 4 und 5.

Klaus gibt in seinem Buch zuerst eine Einführung in die neusten Debatten der Regionalökonomie, etwa zu innovativen und kreativen Milieus oder zum Paradigmenwechsel hin zur flexiblen Spezialisierung in der Produktion. Dann untersucht er die Ökonomisierung der Kultur und kommt zum Schluss, dass heute in sehr vielen Regionen Europas die Kulturwirtschaft schon fünf und mehr Prozent aller Beschäftigten stellt, in Zürich gar gut acht Prozent. Dies liegt zum einen daran, dass dort Geld zu verdienen ist – und andere in der Kulturwirtschaft aus dem Wunsch nach Selbstverwirklichung oder mangels Alternativen tätig sind und dann die »digitale Bohéme« bilden. Nicht zuletzt spielen kulturelle Codes in der Werbung, im Marketing und im Design eine immer wichtigere Rolle. In einem weiteren Kapitel diskutiert er die »Ökonomie der Zeichen«. Das bedeutet, dass zunehmend Zeichen statt materieller Objekte produziert und die materiellen Produkte mit Hilfe von »Bedeutung« ästhetisiert werden. Gleichzeitig gibt es in den Städten immer mehr kulturelle Angebote, Festivals und Partys. Bei der Konstruktion dieser Bedeutungen – die ja meist um die Frage kreisen: ist das Produkt »cool« oder erscheint sein Träger damit als »cool« – spielt nun die »Subkultur« eine wichtige Rolle. Denn diese Sub- und Jugendkulturen definieren was »cool« ist – und die Kulturwirtschaft setzt die neuen Zeichen dann in gewinnträchtige Produkte, Aktivitäten und Dienstleistungen um.

Mit dem zentralen sechsten Kapitel zur Entwicklung Zürichs von einer Industriestadt zur Finanz- und Partymetropole verlässt Klaus den abstrakteren Rahmen seiner einführenden Bemerkungen und befasst sich fortan nur noch mit seinem Wohnort Zürich. Nach einigen wirtschafts- und industriegeschichtlichen hard facts geht Klaus vor allem darauf ein, dass der starken wirtschaftlichen Internationalität Zürichs, die schon seit den 1960er Jahren besteht, bis zu den neuen sozialen Bewegungen der 1980er Jahre kein dementsprechendes kulturelles Setting gegenüberstand. Die Jugendbewegung war nun der Katalysator, der die nachholende kulturelle Modernisierung mit ermöglichte und teilweise sogar dynamisierte. Seit geraumer Zeit ist Zürich ein bedeutender Finanzplatz und verfügt über eine boomende, teilweise avantgardistische Kultur und »Subkultur«. Das neue Feld der Mikrounternehmen, das vor allem im kulturellen und kreativen Bereich anzutreffen ist, hat seine Wurzeln auch in den politischen Bewegungen der 1980er Jahre, als viele dort engagierte mit Selbsthilfe und Investitionen in soziale Beziehungen Kritik am Staat übten, damit aber gleichzeitig einen Grundstein für dessen neoliberale und autoritäre Transformation legten.

Mit großer Detailkenntnis und mit Hilfe sehr vieler empirischer Daten zeichnet Klaus nach, welche Veränderungen die Stadt Zürich seit 1980 erlebt hat, welche Branchen des Kultursektors gewachsen und welche Stadtteile aus welchen Gründen zu Orten der kulturellen Innovation geworden sind. Insbesondere legt er dar, welche Rolle kreative innovative Kleinstunternehmen spielen und welche Rahmenbedingungen sie für ihr Wirken in der Stadt Zürich antreffen.

Das Buch ist eine hochaktuelle und spannende wirtschaftsgeographische Untersuchung, die an einigen Stellen aber etwas unter Wiederholungen leidet. Menschen, die sich schon länger mit »Kulturwirtschaft« beschäftigen, werden in ihm vor allem in den empirischen Teilen neues finden, die andere Hälfte dürfte ihnen schon bekannt sein. Ob heute überhaupt noch »Subkulturen« existieren, bzw. von ihnen gesprochen werden kann, wird nicht problematisiert, Klaus verwendet den Begriff durchgängig. Als Einführung in die vielfältigen Verbindungen zwischen postfordistischer Stadtentwicklung, hippem Konsumerismus und neuer Selbständigkeit ist das Buch von Klaus sehr zu empfehlen.●

Bernd Hüttner

Philipp Klaus: Stadt, Kultur, Innovation. Kulturwirtschaft und kreative innovative Kleinstunternehmen in der Stadt Zürich; Seismo Verlag, Zürich 2006, 256 Seiten, 26.50 EUR

Oasen in der globalisierten Welt

Die Zahl psychisch und psychosomatisch bedingter Krankenstände hat jene überflügelt, die auf rein physische Erkrankungen zurückgehen. Burn Out greift immer mehr um sich, Stress und Existenzsorgen belasten den modernen Menschen. Kein Wunder, dass an vielen Orten Gegenbewegungen entstanden sind, denen es um Demokratie, Entschleunigung, entspanntes Lebensgefühl und Freiheit geht; um ein Ausbrechen aus der globalen neoliberalen Einheitsbreikultur, die weder die Seele, noch den freien Geist anregen kann.

Genau darum geht es in dem neuen Buch von Eduard Gugenberger. Die Reise führt durch Oasen der Widerspenstigkeit, des Widerstands, der Alternativen, seien sie jetzt wirtschaftlicher, politischer oder auch lebenserotischer Natur. Der Autor kann dabei seine Ausbildung als Historiker nicht verbergen, seine Oasen des Andersseins werden mit geschichtlichem Tiefgang vorgestellt. Dass dabei rechtsextreme, alte und neue Nazis immer wieder ihre Ohrfeigen bekommen und ad absurdum geführt werden, ist bei diesem Autor erfreulicherweise nicht anders zu erwarten. Irland, die Isle of Man, Wales, die Bretagne, Projekte in der Schweiz, Deutschland und Österreich, nicht zuletzt in Kopenhagen und in der Toskana zeigen uns kleine »gallische Dörfer«, die wie die berühmten Haudegen rund um Asterix dem »Imperium« Widerstand leisten. Die Sprache ist locker, verbindet eine Fülle an Informationen mit persönlichen Reiseeindrücken. Am Ende der Lektüre verspürt so manche/r LeserIn sicher die Lust, die vorgestellten Oasen auf eigene Faust zu besuchen – oder neue zu entdecken.

Was nicht verschwiegen werden soll: Der Autor entpuppt sich auch den Seiten 88 bis 90 als CONTRASTE-Fan. So schreibt er u.a.: »Als hervorstechendes Beispiel zu erwähnen ist () die Zeitschrift CONTRASTE, der sicherlich beste und einfühlsamste Lesestoff für alle, die Interesse an eigenständigem Leben und 'Selbstorganisation' haben. ... Gesamtgesellschaftliche Veränderung ist notwendig, so die stete Schlussfolgerung, die sich nach jeder Lektüre von CONTRASTE aufdrängt.« Diese Gedankengänge sollten sich verbreiten.●

Roman Schweidlenka

Eduard Gugenberger: Oasen in der globalisierten Welt. Orte, Inseln und Regionen, die andere Wege gehen. Ueberreuter Verlag, Wien 2007, 192 Seiten

DVD: Frauen in der rechten Szene

Frauen in der rechten Szene sind das Thema der vor kurzem erschienen neuen Film-Dokumentation der Journalistin Andrea Röpke. Mit einem Anteil von 20 bis 30% sind Frauen ein fester Bestandteil der Szene. Sie wirken im Hintergrund und ziehen politisch die Fäden. Sie sind dabei, wenn braune Kameraden aufmarschieren, sie gestalten NPD-Infostände oder sorgen privat für national-gesinnten Nachwuchs. Sie sind ebenso ausländerfeindlich und fanatisch wie die Männer – agieren allerdings zurückhaltender in der Öffentlichkeit. Ihre Anwesenheit in der Szene ist selbstverständlich – ihre Position allerdings weniger. Die Neonazi-Szene ist eine Männerbastion, in der das Geschlecht weiterhin über Rolle und Position entscheidet.

Der Film nutzt verschiedene stilistische Mittel um das Thema zu behandeln. Den Rahmen bildet ein Interview mit Renate Feldmann, einer der Autorinnen des Buches »Braune Schwestern?«, das sich ebenfalls mit dem Thema beschäftigt. Feldmann erklärt, was die Szene für Frauen attraktiv macht, Erscheinungsformen und die strategische Einbindung der Frauen in die Szene. Belegt werden die Aussagen durch ein Gespräch mit der norddeutschen Szeneaussteigerin Mandy, sowie mit Original-Filmaufnahmen und Kurzbeiträgen über Frauen in der Szene.

Anziehungspunkt der Szene für viele Frauen ist die Actionkultur mit Freizeitangeboten, Konzerten, Demos. Das Zugehörigkeitsgefühl gibt ihnen ein Gefühl von Stärke, die Angst, die die »Kameraden« nach außen verbreiten, suggeriert Macht. Die Rollenmodelle der Frauen bewegen sich zwischen den beiden Extremen des Skingirls oder Renees und der völkischen Mutter im altertümlichen Outfit mit Rock und Bluse. Viel häufiger als diese szenetypischen Erscheinungsformen, sind jedoch Kleidungsstile, die sich an anderen Jugendszenen orientieren und es unmöglich machen, die Frauen äußerlich der Szene zuzuordnen in der sie sich bewegen. Selbst den HipHop- oder Antifa-Look findet man verstärkt bei Frauen in der rechten Szene.

Die Partei-Kader und Kameradschaftsführer bemühen sich in letzter Zeit verstärkt um die Einbindung der Frauen in die Strukturen. Diese beteiligen sich im Wahlkampf, sind bei Demos dabei und wirken stabilisierend im Hintergrund auf die Szene. Nicht zuletzt sieht die Szene die Frauen in ihrer »biologischen Rolle« als Mutter, die für völkischen Nachwuchs sorgt und diesen im Sinne der Bewegung erzieht. Auf der anderen Seite berichten Aussteigerin Mandy und diverse neonazistische Internet-Seiten vom sexistischen Frauenbild bei den Rechten: Sie werden »herumgereicht« von einem Mann zum anderen.

Das Buch zum Film:
Andrea Röpke »Retterin der weißen Rasse«

Einen ähnlichen Blickwinkel auf das Thema wirft auch das von Andrea Röpke im letzten Jahr herausgebrachte Buch »Retterin der weißen Rasse«. Mehr als die DVD geht das Buch auf Hintergründe ein und portraitiert zahlreiche Frauen, die Schlüsselpositionen in der Szene einnehmen, u.a. Jasmin Langer, die Gründerin der NPD-Frauengruppe Hannover, Ex-Heisenhof-Bewohnerin Janine Blass oder Inge Nottelmann, die unscheinbare Aktivistin der harten Hamburger Kameradschaftsszene. Auch die bundesweite rechte Frauenorganisation »Gemeinschaft Deutscher Frauen« (GDF), die ein nationalistisches völkisches Gedankengut propagiert, werden im Buch ausführlicher behandelt als im Film. Dafür greift der Film eine aktuelle Entwicklung auf: Nach Fertigstellung des Buches im September 2006 gründeten 30 Frauen aus den verschiedensten rechtsradikalen Spektren den »Ring nationaler Frauen« (RNF) als Frauengruppe der NPD.●

Sowohl das Buch als auch den Film kann man für 5 EUR im Internet unter www.arug.de bestellen.

Uwe Ciesla

Migration, Integration und Menschenrechte

In Zeiten der Globalisierung wird die Arbeitsmigration in die reichen Einwanderungsländer der EU andauern. Das militärisch aufgerüstete Grenzregime, das die EU und die Schweiz zur Abschreckung und Bekämpfung der »illegalen Einwanderung« sowie zur Wohlstandssicherung installiert hat, erschwert zwar die Immigration in menschenverachtender Weise, wird sie aber nicht verhindern. Die Tragödien der Bootsflüchtlinge aus Afrika werden verdrängt; ebenso Ausbeutung, Rassismus und Diskriminierungen, mit denen die im »Wohlstandsparadies« angekommenen MigrantInnen zunehmend konfrontiert sind. Auch innerhalb der »Festung Europa« führen neue gesellschaftliche Spaltungen, »Parallelgesellschaften« und Fremdenfeindlichkeit zu sozialen Spannungen. In welchem Ausmaß heute die Konzepte der »Integration« umstritten und umkämpft sind, zeigt die kontroverse Debatte in diesem umfang- und materialreichen Heft. Umso notwendiger ist es, die Prioritäten und Aspekte einer solidarischen Asylpolitik, einer demokratischen Migrations-und Integrationspolitik in menschenrechtspolitischer Perspektive weiterzudiskutieren. Über 35 Autorinnen und Autoren aus ganz unterschiedlichen Arbeits- und Erfahrungszusammenhängen berichten, analysieren und besprechen nicht nur, sondern erschließen auch in Ansätzen neue Modelle und Konzepte staatlicher Souveränität, transnationaler Bürgerrechte, der Gleichberechtigung und der politischen Partizipation.●

WIDERSPRUCH 51: Migration, Integration und Menschenrechte 232 S., 16 EUR
www.widerspruch.ch

Wunderbare Jahre? Jugendkultur in Wien

Bei Betrachtung des Bildteils des Buchs wurde der Rezensent ein wenig melancholisch, fast schon wehmütig: Da wurden die Wiener 70er Jahre wieder lebendig, die Besetzung der Arena, heute noch ein Musikkulturzentrum, die Friedensmärsche, die eigene Jugend...

Doch auch jenseits persönlicher Emotionen ist das Buch zu empfehlen – und das weit über den Wiener LeserInnenkreis hinaus. Für in der offenen Jugendarbeit Tätige fast ein Muss. Jugendkulturen liegen im Zeitgeist, da war es nur eine Frage der Zeit, bis ein Buch über die Jugendbewegungen erschien, die Wien im Lauf der Jahrzehnte unsicher machten. Das Buch ist historisch aufbereitet. Los geht es mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts. Die österreichische Jugendbewegung, die jüdische Jugendbewegung, Pfadfinderbund, der Verband jugendlicher Arbeiter, die Katholische Jugend. Interessante Informationen, die bis jetzt nur InsiderInnen bekannt waren. Brisant geht es weiter mit jener Phase von 1919 bis 1938, wo verschiedene linke und rechte Jugendbewegungen in den Bann verschärfter Politisierung, Militarisierung und auch in den Bereich widerständlerischer Aktivitäten gerieten. In den Zeiten provokanter Machtdemonstrationen rechter Jugendlicher ist besonders das Kapitel über die Jugend im Nationalsozialismus zu empfehlen. Hitlerjugend und der Bund deutscher Mädels erinnern daran, dass jene Zeiten nicht heroisch, sondern unselig, voller Repression waren. Das brauchen wir nicht wieder.

Die Schlurfs als typische Wiener Erscheinung kommen als Widerstand leistende Jugendliche zu geschichtlichen Ehren. Und auch die rebellischen 68er und ihre NachfolgerInnen sowie die Wiener HausbesetzerInnenszene werden anschaulich aufbereitet. Das Buch klingt mit den neuesten Entwicklungen, den verschiedenen Jugendszenen aus. LeserIn merkt: Wien hat's faustdick hinter den Ohren. Seine Jugendlichen auch.●

Roman Schweidlenka

Natalia Wächter: Wunderbare Jahre? Jugendkultur in Wien, Verlag Bibliothek der Provinz, Weitra 2006, 174 S.

Wie viel Gemeinschaft braucht der Mensch?

Von August 2004 bis Mai 2005 wanderte Steffen Andreae zusammen mit seiner Hündin Loba von Kassel nach Tarragona in Spanien. Die Wanderung führte ihn durch Deutschland und die Schweiz, von Bergamo an die italienisch-französische Grenze, durch Frankreich bis in die Pyrenäen. Und von dort weiter nach Tarragona.

Das Buch über dieses Abenteuer ist ein persönlicher Bericht über das Verändern und Werden, über Träume und Gedanken, über das Unterwegssein und das Ankommen, das Loslassen und das Finden. Auf dieser Wanderung besuchte er mehrere Lebensgemeinschaften, jede Teil des Traums vom besseren Leben. Damit es Wirklichkeit wird. »Wann, wenn nicht jetzt? Wo, wenn nicht hier? Wie, wenn ohne Liebe? Wer, wenn nicht wir?« (Rio Reiser)●

196 Seiten, 12,90 EUR
Bestellmöglichkeit: www.kommunetour/buch.html

Neuland – ein Dokumentarfilm

Ein Bürgermeister ruft nach Kolonisten. Zwei Studenten bauen ihre berufliche Existenz mit Schnecken auf. Ein Planer löscht seine Stadt aus. Ein Heimkehrer züchtet Bisons im Tagebau. Ein Arbeitsloser mobilisiert »Überflüssige«. Ein Rechtsanwalt experimentiert mit Geld. Ein Sozialwissenschaftler spricht von ländlichen Ghettos, Jugendliche über ihre Zukunft in einer sterbenden Stadt. Ein Pionier will im toten Kraftwerk eine lebendige Brauerei. Eine Frau schließt das letzte Kino der Stadt. Ein Bauer kämpft für ein energetisch autarkes Dorf. Eine Kommune zieht in eine ehemalige Puppen-Fabrik. Kulturschaffende wehren sich gegen Nazis. Ein Politiker sieht in regenerativen Energien die Zukunftschance. Neue Siedler besetzen ländlichen Raum. Sie alle leben in...Neuland.

Werden wir verschiedene Gesellschaften in unterschiedlichen Räumen haben? Im September 2004 sorgte die Infragestellung der »Notwendigkeit gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen Deutschlands« durch den Bundespräsidenten Horst Köhler für einen kurzen Aufruhr in den Medien des Landes. Nachhaltig aber sind die Probleme, mit denen sich heute zahlreiche Regionen konfrontiert sehen. De- oder Hyperindustrialisierung sind verantwortlich für eine hohe flächendeckende Arbeitslosigkeit. Die Kommunen sind aussichtslos verschuldet. Zunehmend können Infrastrukturleistungen nicht mehr aufrecht erhalten werden. Den disparaten Regionen leiden die Menschen davon. Wenn aber »Gleichwertigkeit« nicht mehr garantiert wird, könnte dann aus dem »Schattenreich der Globalisierung« nicht auch ein »Neuland« für Experimente, Lebens- und Arbeitsweisen jenseits bzw. parallel der aktuellen Vergesellschaftung entstehen? Neuland ist ein Reisebericht durch die ostdeutsche Transformationslandschaft. Die Verdichtung von Realitätsfragmenten unterschiedlicher Akteure, von Pionieren und ihren Projekten regt an, Neuland zu denken. Ein Film geht auf Reisen! Der Dokumentarfilm »Neuland« soll als aktivierendes Medium für Diskussionen vor Ort wirken. Mehr Informationen und Aufführungstermine unter
www.neuland-denken.de●

Daniel Kunle & Holger Lauinger: Neuland, 2006, 80 min, DV / Beta, 16:9 pal, Farbe, Stereo.

PROJEKTE

Die **Finkenburg**, ein **selbstverwaltetes Wohnprojekt** im Landkreis Verden (z.Zt. 3W, 3M, 1K) hat Platz für neue MitbewohnerInnen. Unser Hof liegt in Alleinlage mitten im Grünen in der Wesermarsch, 20 km nach Bremen, Fahrradentfernung (5 km) zum Bahnhof Achim (3 Züge/Std. nach Bremen, 1 Zug/Std. nach Hannover). Miete: 190,- Euro warm, gemeinsame Haushaltskasse, wöchentliches Plenum, Schafe, Ponies + Katzen, Biokiste, taz- & Contraste-Abo, Telefon- und Internet-Flat u.v.m. Alles Weitere erfahrt Ihr am Telefon:
☎(0 42 04) 14 97 oder 689 80 03.

Kommune-Projekt auf dem Land sucht MitkommunardInnen, die Lust auf Kommune, Landleben und linke/linksradikale Politik haben. Wir leben auf einem schon teilweise ausgebauten Resthof, ca. 35 km nördlich von Bremen und wollen mehr werden. Interessiert? Dann meldet euch doch einfach mal unter ☎0174-6251616
oder kommune-p-u@gmx.de

Die **Kommune Niederkaufungen** sucht zum zusammen leben und arbeiten Menschen mit Qualifikation und Elan in den Bereichen KiTa, Gemeinschaftsverpflegung, ökolog. Viehwirtschaft und Gemüseanbau sowie mit Lust auf gemeinschaftliches Leben.
Info:
www.kommune-niederkaufungen.de
Kontakt: Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 8 00 70

Die WG für Natur- und Umweltschutz. Klimawandel, Kürzung von staatlicher Förderung, geplante Versalzung der Werra und Weser usw. fordern einen erhöhten Einsatz vom ehrenamtlichen und professionellen Natur- und Umweltschutz. Für die Gründung einer Naturschutzwohngemeinschaft werden interessierte Leute gesucht. Eventuell auch mit Profi-Job-Angebot.
Weitere Auskunft ☎0 52 84) 57 00

BUSREISESEMINARE

Gemeinschaft erfahren. Busreiseseminar zu alternativen Lebensformen. Meer und Sonne inklusive. Wir besuchen verschiedene Projekte und wollen das Erfahrene gemeinsam reflektieren.
Italientour: 30.07.-12.08.
und Nordeuropa-Tour: 15.-26.08.
Mehr unter: www.kommunetour.de

Zeitschrift Marxistische Erneuerung
18. Jahrgang, Nr. 69, März 2007, 224 Seiten
Demokratie - Herrschaft der Eliten? Heuer - Luciano Canfora und der Fortschritt der Demokratietheorie/ Canfora - Eliten und Demokratie/ Bischoff - Verfestigte Armut in der Demokratie/ Krysmanski - Politische Eliten - Wem gehört die EU?/ Binus - Kampffeld Europa - Demokratisierung vs. Konzernmacht/ Schirmer - Für eine alternative EU-Verfassung
Demokratie und Sozialismus im 21. Jahrhundert Stiehler - Auf dem Holzweg?/ Tesch - Sozialismus aus dem Computer?/ Nick - Demokratisch geplante Äquivalenzökonomie? Anmerkungen zu Dieterich
Und: Tjaden-Steinhauer - Was heißt hier Prostitution? / Wagner - Realität der Vergangenheit, Möglichkeit der Zukunft / Weiß - Die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Regierung Lula / Nyikos - Rückeroberung des geistigen Luftraums / Knebel & Solty - Neues in der marxistischen Theorie
Sowie: Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen
Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl.Versand) im Abo: 32,- Euro; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 25,- u. Ausland 32,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt:
Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4496
www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail:redaktion@zme-net.de

AG SPAK Bücher
NEU NEU NEU NEU

Das Bildnis eines behinderten Mannes
Ausstellungskatalog und Wörterbuch
ISBN 978-3-930830-81-7, 98 S., 9,80 €
&
AG SPAK Bücher, Holzheimer Straße 7
89233 Neu-Ulm, spak-buecher@leibi.de
Fon (07308) 91 9261, Fax (07308) 91 90 95
www.agspak-buecher.de

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko
CAFÉ LIBERTAD KOOPERATIVE GBR
22765 Hamburg * Tel. 040 - 2090 68 93
www.cafe-libertad.de / cafe-libertad@gmx.de

HEUTE SCHON AN MORGEN DENKEN ...
Vom 6.-8.Juni 2007 findet in Heiligendamm der diesjährige G8-Gipfel statt. Es ist notwendig, daß schon jetzt im Vorfeld des G8-Gipfels die Linke an die kommende Repressionswelle denkt und Spenden für die anstehende Antirepressionsarbeit sammelt. Die Rote Hilfe geht allein für Prozeßbeteiligungen von einer fünfstelligen Euro-Summe aus.
Es bedarf daher in der Solidaritätsarbeit einer gemeinsamen Anstrengung der gesamten Linken!
Rote Hilfe e.V.
Konto 191 100 462
BLZ 440 100 46
Postbank Dortmund
Stichwort: "G8 Gipfel"

Rote Hilfe e.V.
Bundesvorstand
Postfach 3255
37022 Göttingen
bundesvorstand@rote-hilfe.de
Tel. (0551) 770 80 08
Fax (0551) 770 80 09
www.rote-hilfe.de
SOLIDARISIEREN SPENDEN BEITRETEN

Seit 35 Jahren **graswurzel revolution**
Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft
.... langlebigste und einflussreichste anarchistische Zeitschrift ... Hauptorgan basisdemokratischer Akteure." (Wikipedia)

Jahresabo: 30 Euro (10 Ausg.)
Schnupperabo*: 5 Euro (3 Ausg.)
* ... verlängert sich ohne Kündigung zum Jahresabo. Kündigung jederzeit möglich
GWR-Vertrieb, Birkenhecker Str. 11, D-53947 Nettersheim
www.graswurzel.net

GWR Nr. 315, Januar 2007, Inhalt: 30 Jahre Autonome Frauenhäuser; Wie die Bürener Abschiebehaft die Justizministerin retten soll; Die neue „Anti-Terror-Datei"; Wasserstoff für nukleare Träume; Rätesozialismus in Venezuela?; Emma Goldman. Anarchistin und Pädagogin; Alfred Schobert. Nachrufe, u.v.m.

Zwischen Informationsflut und Infotainment:
Knappe Infos – kritische Analysen – best-practice-Beispiele.
Als Informationsdienst für grüne und alternative Kommunalpolitik bieten wir schnelle Infos und profundes Wissen in unserer Fachzeitschrift **„Alternative Kommunalpolitik"**. Wenn Sie uns noch nicht kennen: Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft. Oder schauen Sie im Internet in's Inhaltsverzeichnis unserer Hefte:
▶ www.akp-redaktion.de
Alternative Kommunalpolitik · Luisenstraße 40 · 33602 Bielefeld
Tel. 05 21/17 75 17 · Fax 05 21/17 75 68
e-mail: akp@akp-redaktion.de · internet: www.akp-redaktion.de
AKP

SONDERANGEBOT:
3 Hefte 5 Euro

1999 kündigte die rot-grüne Bundesregierung ein Zuwanderungsgesetz an, das endlich die Realität des Einwanderungslandes anerkennen sollte. Doch es kam anders:
Terroranschläge von New York 2001 und die (teils bewusst geschürte) Angst vor dem Islam führten zu einem Abschottungsgesetz, Erschwerung von Einbürgerungen und der Stationierung von Bundeswehr in Afghanistan. Die drei Broschüren erläutern die Hintergründe des Paradigmenwechsels.
Drei Hefte im Sonderangebot (bis 28.02.2007, je 48 Seiten):
Afghanistan – Islam in Deutschland – Zuwanderungsgesetz
einzeln 2 Euro zzgl. Versand, zusammen nur 5 Euro inkl. Versand
Magazin Verlag, Schweffelstr. 6, 24118 Kiel, Fax: 0431 / 570 98 82
bestellung@gegenwind.info - ONLINE kaufen: www.brd-dritte-welt.de

FORUMRECHT

Das rechtspolitische Magazin für Uni und soziale Bewegung
Heft '07-01 zum Schwerpunkt Sicherheitspolitik jetzt erhältlich.
www.forum-recht-online.de
herausgegeben vom Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen (BAKJ)

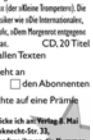
KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
alle Preise zzgl. 16% Mehrwertsteuer
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Ja, ich abonniere die Tageszeitung junge Welt für mindestens ein halbes Jahr
☐ Frau ☐ Herr
Name/Vorname
Telefon
Straße/Nr.
PLZ/Ort
E-Mail (bei Bestellung des Internetabos erforderlich)
Das Abo geht nicht an mich, sondern an folgende Adresse
Name/Vorname
Telefon
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Ich bestelle das
☐ Normalabo (mtl. 27,90 €),
☐ Solidaritätsabo (mtl. 35,90 €),
☐ Sozialabo (mtl. 20,90 €).
Das Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf (Poststempel) bei Ihnen kündige.
Ich bezahle das Abo
☐ monatlich (nur mit Bankeinzug),
☐ vierteljährlich (3 % Rabatt),
☐ halbjährlich (4 % Rabatt),
☐ jährlich (5 % Rabatt).
per ☐ Einzugsermächtigung ☐ Rechnungslegung
Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:
Kontoinhaber
Geldinstitut
Bankleitzahl
Kontonummer
Datum/Unterschrift
Als Dankeschön wähle ich eine der folgenden Prämien:
☐ Christoph Twickel
Hugo Chávez. Eine Biografie
Edition Nautilus, 2006, 352 S.
☐ Jürgen Elsässer
Angriff der Heuschrecken. Zerstörung der Nationen und globaler Krieg
Verlag Pahl-Rugenstein, 2006, 230 S.
Dazu gibt es als Hammerprämie:
Schalmeien-Orchester »Fritz Weinecke«, Berlin
In Tradition
Das Orchester wurde 1962 in Berlin-Tempelhof gegründet – zum Teil von Menschen, die schon zur Weimarer Zeit in der Arbeiterbewegung Schalmeienmusik gemacht hatten. Anknüpfend an die Tradition der Arbeiterbewegung erhielt das Orchester den Namen »Fritz Weinecke (der »Rote Trompeter«). Die CD versammelt Klassiker wie »Die Internationale«, »Auf, auf zum Kampf!«, »Dem Morgenrot entgegen« und »Bandiera rossa«. CD, 20 Titel
Booklet mit allen Texten
Die Prämie geht an
☐ mich ☐ den Abonnenten
☐ Ich verzichte auf eine Prämie
Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 33, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 0 30/53 63 55 44.

kämpfen und lesen

DA DIREKTE AKTION
[die andere gewerkschaftszeitung]
Probeheft gratis
c/o FAU Leipzig | Kolonnadenstr. 19 | 04109 Leipzig | da-abo@fau.org

Zeitung für linke Debatte und Praxis
ak testen: 3 für 5 €
Infos + Bestellungen: **www.akweb.de**

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
E-Mail: contraste@t-online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm
CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Uta Knischewski, Meuschwitzstr. 2a, ☎ (03 51) 802 99 23, **E-Mail: info@abfallgut.de; 06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt**, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (03 46 91) 5 24 35, **E-Mail**: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa; **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, **E-Mail**: info@ricardabuch.de, Internet: www. ricardabuch.de und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, **E-Mail**: post@elisabeth-voss.de; **18569 Gingst/ Westrügen, Redaktion Rügen/MV**, Andreas Küstermann, Teschvitz 4, ☎ (038305) 6 00 13, **Fax 6 00 14, E-Mail**: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, **Internet**: www.presse-verlag-ostseh.de; **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, **E-Mail**: hilmarkunath@web.de; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, **E-Mail**: bhuettner@niatu.net, **28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland**, Götz Paschen, Große Str. 81, ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, **E-Mail**: torfkurier@t-online.de; **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 488 62 27; **51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 583 89 00, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, **E-Mail**: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (0221) 31 57 83, **E-Mail**: arianedettloff@ina-koeln.org; **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, E-Mail**: uwe.weppler@paritaet.org; **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, **E-Mail**: contraste@t-online.de; **69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald**, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, **E-Mail**: stefan.r.riedel@web.de; **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, **E-Mail**: peter.streiff@netz-bund.de; **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ 00351-289 793 560, **E-Mail**: contraste@t-online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: **79102 Freiburg**, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, **E-Mail**: genossenschaft@t-online.de; **Sozialpolitik, AG SPAK**: **68167 Mannheim**, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13, **E-Mail**: nrschindler@aol.com; **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften**: **13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, **E-Mail**: leh@zorrow.de **und 27321 Thedinhausen**, Uwe Ciesla, Finkenburg, **E-Mail**: finkenburg@verden-info.de; **Umweltschutz von unten**: **35447 Reiskirchen-Saasen**, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, **E-Mail**: joerg@projektwerkstatt.de; **Selbstorganisation im Alltag**, **35447 Reiskirchen-Saasen, Patrick Neuhaus, Ludwigstr. 11, E-Mail**: piratenutopie@uni.de; **Verkehr**, Lothar Galow-Bergemann, ☎(0711) 560294, **E-Mail**: Galow-Bergemann@t-online.de; **Subversive Klangwelten**, Maurice Schuhmann, **E-Mail**: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, Über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 16 24 67; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 6/05
www.nadir.org/nadir/periodika/contraste/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@t-online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67

Endredaktion:
contraste@t-online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

LOS GEHT'S 2007

Vom **25. bis 29.05.2007** (Pfingsten), findet das sechste Gruppengründungstreffen in Waltershausen statt. Veranstaltet wird das Treffen von der Kommune Waltershausen, der Villa Locomuna und der Kommune Niederkaufungen, unterstützt von Menschen aus weiteren Kommunen.

Es wird immer deutlicher, dass der Weg, zu dem es angeblich keine Alternative gibt, unweigerlich eine Sackgasse ist. Deshalb suchen überall Menschen nach lebenswerten Alternativen. Da es nicht leicht ist die Menschen zu finden, mit denen mensch eine Gruppe gründen will, bietet das Treffen mit 200 bis 300 TeilnehmerInnen eine gute Gelegenheit, wichtige Schritte zu machen. Außerdem stellen sich in Waltershausen bestehende Gruppen vor die neue Mitglieder suchen. Weiterhin gibt es vielfältige Gelegenheiten von den Erfahrungen der bestehenden Gruppen zu lernen. Wir planen weiterhin einige Diskussionsrunden sowohl mit Leuten, die schon in Kommunen leben, als auch mit anderen Interessierten. Fragen in diesen Diskussionsrunden könnten sein: Welche Auswirkungen haben die zunehmende soziale Entsicherung und wachsende Prekarität auf Kommunen?, Alterungsprozesse in Kommunen – Erfahrungsaustausch und perspektivischer Ausblick, welchen Sinn macht Vernetzung unter bestehenden Kommunen und Gemeinschaften, welche Chancen und Möglichkeiten liegen darin.

Die Konkretisierung dieser Fragen ist noch Planung und letztlich kommt's natürlich drauf an, wer mit diskutieren will. Ihr seid alle herzlich eingeladen!

Weitere Infos unter
www.losgehts2007.de
Anmelden könnt Ihr Euch bei:
Steffen Andreae in der Villa Locomuna
☎(05 61) 920 09 49 20

NIEDERKAUFUNGEN

Wir können auch anders!
Leben in der Kommune

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit 15 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit 70 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.

Termin: 27.-29.4.2007
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus
Niederkaufungen, Kirchweg 1,
D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail:
info@kommune-niederkaufungen.de

JAHNISHAUSEN

Auch in diesem Jahr lädt die Lebens(t)raum Gemeinschaft Jahnishausen wieder Menschen ein, die auf Gemeinschaftssuche sind und die Gemeinschaft kennenlernen wollen. Wir bieten Info-Wochenenden an, wo wir ausführlich über unsere Ziele, Planungen, Möglichkeiten zur Mitgliedschaft etc. reden. Im Anschluss daran bieten Kennenlernwochen eine Chance mit uns zu leben und zu arbeiten.

Die nächsten Termine:
27.04. bis 29.04.07 (Info-WE)
30.04. bis 04.05.07 (Kennenlernwoche)
27.05. bis 28.05.07 (Zukunftswerkstatt »Abenteuer Alter«)
Information & Anmeldung:
Gut Jahnishausen eG, Jahnatalstr. 4a,
D-01594 Jahnishausen
☎(0 35 25) 51 78 51
www.ltgi.de

SOMMERCAMP

Her mit dem schönen Leben!
Liebe Luxus Anarchie

Das A-Camp 2007 findet vom
20.-29.7.2007 im nördlichen Niederösterreich statt. Einen Monat vor Beginn des Camps (also Mitte Juni) gibt es auf der Internetseite www.a-camp.info einen genauen Anfahrtsplan und Informationen über die (sehr spärlichen) lokalen Verkehrsverbindungen.

Das anarchistische Camp 2007 in Österreich hat zum Ziel, Menschen aus unterschiedlichen Ländern/Gegenden und mit verschiedensten Erfahrungen zusammen zu bringen, um anarchistische Theorie und Praxis miteinander zu verknüpfen. Herrschaftslose Gesellschaftsalternativen können nicht aus Büchern in die Wirklichkeit übertragen werden. Sie müssen im »richtigen Leben« entwickelt, erprobt oder auch verändert werden. Das praktische Zusammenleben und »miteinander handeln« beim Camp kann uns Erfahrungen mit Selbstorganisation bieten, die auch für unseren (sozialen und politischen) Alltag nützlich sind. Auf der anderen Seite fördert die gemeinsame Auseinandersetzung mit anarchistischen Theorien und herrschaftskritischen Ideen wiederum die Möglichkeit, das eigene Handeln zu hinterfragen oder neue (Denk-)Ansätze zu entdecken.

Gemeinsam ein Camp zu gestalten bedeutet nicht, kritiklos im »Gemeinschaftsgefühl der Szene« aufzugehen (schließlich sind wir ja die Guten!). Es ist wichtig, Widersprüche aufzuzeigen und Kritik einzubringen, damit wir voneinander lernen und unser Verhalten hinterfragen können. Und es ist in Ordnung, miteinander zu streiten! Dabei sollte der Umgang untereinander bei einem anarchistischen Camp jedoch von Solidarität und Respekt geprägt sein, was die Akzeptanz unterschiedlicher Ansätze und Herangehensweise mit einschließt.

Mehr dazu auf www.a-camp.info

G8-VORBEREITUNGEN

Vom **20.-22.4.2007** findet in Berlin das **MOVE AGAINST G8 FESTIVAL** statt! 45 internationale Bands und Live Acts spenden ihre Gagen und spielen, um die Mobilisierung gegen den G8 Gipfel zu unterstützen. Neben den Konzerten und Aftershow Partys wird es diverse Infoveranstaltungen zum Thema G8, Widerstand und Repression geben. Besonders freuen wir uns, das Haidi und Giuliano Giuliani aus Genova an diesen Tagen zu Gast sein, und gemeinsam mit uns zum Protest nach Heiligendamm aufrufen werden! Mit dem Festival wollen wir die Kampagne gegen die G8 unterstützen: Die gesamten Einnahmen des Festivals kommen der Mobilisierung und den Protesten gegen den G8-Gipfel zugute. Alle Informationen zum Festival findet ihr unter:
www.move-against-g8.org

Aktionskonferenz Rostock III

Die dritte Aktionskonferenz in Rostock wird das letzte große, spektrenübergreifende Bewegungstreffen vor den G8-Protesten im Juni werden. Natürlich wird es auch danach noch Treffen geben, aber es werden vorwiegend die AGs und Module sein – und die rein praktischen Fragen der Mobilisierung werden sich immer mehr in den Vordergrund schieben. Lasst uns jetzt noch einmal die Gelegenheit nutzen, grundsätzliche Fragen zu diskutieren, Weichen zu stellen und gemeinsame Projekte voran zu bringen. Gleichzeitig geht es bei Rostock III auch um ein öffentlich wahrnehmbares Signal, dass die Mobilisierung jetzt in den Endspurt geht!

Im Programm sind zwei Podiumsdiskussionen am Freitag und Samstag Abend, die sich sowohl an die TeilnehmerInnen der Konferenz als auch an die Rostocker Bevölkerung richten.

Die Beratungen und Arbeitsgruppen am Samstag und Sonntag werden im neuen G8-Protest-Zentrum (Schule in Rostock-Evershagen, Knus-Rasmussen-Str. 8) abgehalten. Für die Plena wird es zusätzlich eine nahe gelegene Sporthalle geben.

Los geht es am Samstag mit einem Eröffnungsplenum, das kurz in den Stand der Mobilisierung in den einzelnen Modulen einführt und die folgenden AGs vorstellt. Danach sollen in der AG-Phase »Praxis« alle Module und Aktionstage besprochen werden können.

In einer zweiten, thematischen AG-Phase sollen dann inhaltliche Grundlagen und wichtige Streitfragen der Bewegung behandelt werden. Bereits angekündigt sind Diskussionen zu Fragen wie »G8 die Legitimation entziehen? Oder mit konkreten Forderungen Einfluss nehmen?« und »Aktionsformen, Medien und Bündnisarbeit«.

Weitere inhaltliche AGs können und sollen angemeldet werden:
mailto:
koordination@heiligendamm2007.de.

Parallel wird die Kampagne Block G8 ein Blockadetraining anbieten!

Nach dem Abschlussplenum am Sonntag steht ein Bustransfer nach Bad Doberan bereit, um dort einen Demonstrations-Spaziergang am Sicherheitszaun zu unternehmen. Dann können wir das Gelände für den Juni schon einmal in Augenschein nehmen.

Termin: 13.-15.4.2007
Mehr Infos zum Programm:
www.heiligendamm2007.de
Für die Planung ist es sehr wichtig, dass Ihr Euch rechtzeitig anmeldet!
Schließlich müssen wir den Bedarf an Räumen, Übernachtungsgelegenheiten und Verpflegung kalkulieren. Ein Webformular zur Anmeldung findet Ihr hier:
www.heiligendamm2007.de/
Rostock_III/Anmeldung3.htm

Der G8 ist nicht nur in Heiligendamm

Einladung zum Zusammentreffen in Frankfurt am Main
voraussichtlich vom 4.-6.5.2007
Wenn Ihr als Karawane auf dem Weg nach Heiligendamm durch Frankfurt/Main kommt, wenn Ihr in und um Frankfurt lebt, lasst uns zusammen der kalten Macht des Geldes (Frankfurt ist die deutsche Banken- und Börsenmetropole) unsere heiße Wut und unsere Lebendigkeit entgegenstellen. Den ganz normalen Wahnsinn durchbrechen!
Wir freuen uns auf Strassentheater und Strassenmusik, auf ArtistInnen und alle kreativen Menschen. Das wird kein Konsumfest werden!
Alle sind aufgerufen, sich einzubringen. Wir werden die Infrastruktur stellen und ganz viel Infomaterial haben. Ziel ist, möglichst vielen Menschen deutlich zu machen, warum wir gegen die G8-Politik sind und was wir stattdessen wollen. Lasst uns auf der Strasse präsent sein in allen Formen und Farben, die uns einfallen – damit es den Herrschenden zu bunt wird!!!!!!!!! (ausgeschlossen von dieser Einladung sind RassistInnen, AntisemitInnen, FaschistInnen, Kriegsbefürworter-InnenInnen, NationalistInnen, SexistInnen und BefehlsempfängerInnen.)
Wir treffen uns immer mittwochs ab 20.30 Uhr im Cafe Exzess, Leipziger Strasse 91, Frankfurt-Bockenheim
Unsere E-mail-Adresse lautet:
Karawahnsinn-ffm@gmx.de
www.vision07.net/drupal/node/41

go.stop.act
Kreative Aktionswerkstatt
für den G8-Protest

Die Aktionswerkstatt mit den Schwerpunkten Großpuppen und Politisches Aktionstheater dient der Vorbereitung auf kreative Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Für die Großdemonstration am Samstag, 2. Juni in Rostock möchten wir eine gemeinsame Performance mit vielen Menschen und einigen Großpuppen entwickeln. Daneben können noch weitere Ideen für die verschiedenen Aktionstage und Proteste rund um den G8-Gipfel entstehen.
Mit den Theatermachern und Aktionstrainern Till Baumann, Harald Hahn und Marc Amann
Termin: 16.-20.5.2007, Verden
Mehr Infos und Anmeldung:
www.bewegungsakademie.de
Bewegungsakademie e.V., Artilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 95, Fax 95 74 00
info@bewegungsakademie.de

JUNGE LINKE

Du denkst Dein Hirn lenkt
Wochenendseminar zur Kritik der Hirnforschung und des Konstruktivismus

Die naturwissenschaftliche Erforschung des menschlichen Gehirns beschäftigt in den letzten Jahren zunehmend auch die Geisteswissenschaften. Es geht dabei um die Fragen, ob unser freier Wille eine bloß subjektive Einbildung sei; ob das Strafrecht dahingehend reformiert werden müsse, dass es keine Schuld im moralischen Sinne geben kann, da Täter durch die neuronale Struktur ihres Gehirns determiniert seien; ob Kinder durch Erklärungen die Welt begreifen, oder nur durch Reize lernen können.
Hinter den Vorstellungen vom unfreien Willen und der Unmöglichkeit objektiver Erkenntnisse steht eine konstruktivistische Theorie. Hirnforscher stellen heute erneut die Frage, warum ich die Welt als etwas außer mir Existierendes wahrnehmen kann, obwohl doch alle Wahrnehmung der äußeren Welt nachweislich nichts anderes ist als elektro-chemische Impulse in meinem Gehirn. Der Wissenschaftler Gerhard Roth schließt daraus, dass ich tatsächlich gar nicht die äußere Welt erkenne, sondern mein Gehirn eine Wirklichkeit konstruiert, welche mir subjektiv als äußere Welt erscheint. Die ganze Wirklichkeit ist dann ein bloßes Konstrukt meines Gehirns. Diese Überlegung kann politisch wirksam werden. Denn wenn das so ist, dann gibt es auch keine Herrschaftsverhältnisse, keine gesellschaftlich durchgesetzten Formen der Ausbeutung. Was als solches erscheinen mag, wäre nur im einzelnen Subjekt real, hätte aber keinerlei Objektivität.
Objektiv wären nur die neuronalen Strukturen des Gehirns, welche diese Verhältnisse in uns hervorbrächten. Und diese stehen als Organeigenschaften jenseits aller politischen Kritik. Die sich auf neueste Erkenntnisse der Gehirnforschung stützenden Forderungen, das Strafrecht, die Kindererziehung und andere Bereiche der Gesellschaft unserer Hirnstruktur entsprechend umzuformen, treten darum gerne so auf, als stünden sie jenseits politischer Strömungen.
Wir wollen anhand von verschiedenen Texten diese Form der Politik untersuchen, die gerade durch eine konstruktivistische Absage an die Möglichkeit politischen Handelns bestimmte Mechanismen der Herrschaft manifestiert.
Termin: 1.-3.6.2007, Hannover

Open-Source
Wochenendseminar zur
Politik von Open-Source

Open-Source-Produkte feiern weltweit Erfolge: Firefox, OpenOffice und Linux sind die bekanntesten Beispiele. Wir wollen auf dem Seminar der Frage nachgehen, was die Entwicklung dieser Software antreibt. Dabei wollen wir diskutieren, welche Motive die Entwickler und die Firmen, die sie unterstützen, haben. Wir werden uns anschauen, was in den Open-Source-Lizenzen (wie z.B. GPL und BSD) steht und ob darin wirklich das Ende des Eigentums kodifiziert ist, wie viele Fans dieser Bewegung meinen. Auch den Mythos, dass eine kleine Gruppe von Hobby-Enthusiasten globalen Unternehmen wie Microsoft ernsthafte Schwierigkeiten bereiten kann, indem sie sich Abends zum Programmieren trifft, werden wir kritisch untersuchen.
Weiterhin möchten wir betrachten, was Linke an Open-Source entweder gut finden oder kritisieren und diskutieren, was wir davon halten. Ist Open-Source der Sozialismus in Software, eine fortschrittliche soziale Bewegung oder nur eine andere Form Geschäfte zu machen? Technische Vorkenntnisse sind für die Teilnahme am Seminar nicht nötig. Die technischen Grundlagen werden wir am Anfang kurz einführen, während es im weiteren Verlauf vor allem um die politische Dimension von Open-Source gehen soll.
Termin: 8.-10.6.2007, Hannover
Information & Anmeldung:
junge linke, Postfach 91 04 29
D-30424 Hannover
☎(05 11) 838 62 26
www.junge-linke.de

MEDIEN

Gestalten mit Adobe InDesign

Politische Flugblätter, Broschüren, die Ortsvereinszeitung: Mit dem Layoutprogramm InDesign kann man hervorragende Presseprodukte gestalten. Sie lernen, Rahmen anzulegen, Bilder einzubinden und Layoutvorlagen zu verwenden. Zusammen mit dem Seminar über Photoshop lernen Sie eine professionelle integrierte Publishing-Lösung für die politische Öffentlichkeitsarbeit kennen. Grundkenntnisse von Typografie und Design sind hilfreich.
Termin: 20.-21.04.2007
Journalistenakademie, München
Information & Anmeldung:
Bayerisches Seminar für Politik e.V.,
Oberanger 38/1, D-80331 München
☎(0 89) 260 90 06, Fax 280 90 07
E-Mail: bsp@baysem.de
Internet: www.baysem.de

SONSTIGES

Die Bedeutung der Subsistenz im 21. Jahrhundert

Die Marktökonomie geht nach dem Ende der Systemkonkurrenz offenbar als alternativloser Sieger aus der Geschichte hervor. Jedoch lebt sie von Voraussetzungen, die sie selbst nicht herstellen kann. Denn da ist noch ihr Pendant; häufig unsichtbar, nicht immer ihrer Bedeutung entsprechend wertgeschätzt: die Subsistenz. Das, wovon Menschen auch und eigentlich leben und was mit Geld nicht zu kaufen ist: die unmittelbare Versorgung, die Herstellung des Eigenen, das soziale Miteinander, die Gestaltung der Nahräume, die Fürsorge, die Empathie für diese Welt, das Engagement für andere.
Die Subsistenz hat sich auch in Zeiten der Globalisierung und der Dominanz des neoliberalen Diskurses keineswegs überlebt. Nach wie vor ist Versorgungsarbeit nötig, existiert die Sehnsucht nach Sinn und einem Platz im Leben. Subsistenz gewinnt noch an Bedeutung in dem Maße, wie die Erwerbsarbeit abnimmt und prekärer wird. Subsistenzorientierung wird eine immer wichtigere Rolle spielen, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen: für Partizipation und Demokratie ebenso wie für neue Formen des Lernens, für regionale Vielfalt ebenso wie für die Gestaltung des öffentlichen Raums, für kooperative Ansätze in der Wirtschaft ebenso wie für ökologische Verträglichkeit.
Die *anstiftung* beschäftigt sich seit nunmehr 25 Jahren mit Theorie und Praxis der Subsistenz und möchte auf ihrer Jubiläumstagung unterschiedliche Dimensionen nicht-marktförmiger Handlungsfelder und Orientierungen beleuchten sowie ihre Bedeutung für eine zukunftsfähige Gesellschaft ausloten. Zu einer anregenden Diskussion laden wir sehr herzlich nach Tutzing ein.
Termin: 21.-23.5.2007
Anmeldeschluss: 11. Mai 2007
Programm und Anmeldung
www.ev-akademie-tutzing.de

BREMEN

No TAV im Val di Susa
Ein Tal in Bewegung gegen die neue Hochgeschwindigkeits-Zugtrasse zwischen Italien und Frankreich.

Vortrag mit Diskussion und Filmpräsentation Raffaele Sciortino
Im Val di Susa nahe Turin wird seit einigen Jahren kreativ gegen eine Hochgeschwindigkeits-Zugtrasse gekämpft, die sich durch die Täler und Berge der italienisch-französischen Alpen wühlen soll. Bemerkenswert an dieser Protestbewegung sind vor allem ihre lokale Verankerung und die über lange Zeit anhaltende Mobilisierung der örtlichen Bevölkerung. In der Veranstaltung wird es vor allem darum gehen, die Bedeutung solchen lokalen Widerstands gegen planerische Großprojekte zu diskutieren und ihn in Bezug zu territorial übergreifenden Kämpfen wie denen der globalisierungskritischen Bewegung zu setzen. Einleitend wird dazu ein kurzer Film von Aktionen vor Ort gezeigt werden. Dieser Film ist auf Italienisch mit englischen Untertiteln. Die Veranstaltung wird jedoch auf Deutsch stattfinden.
Raffaele Sciortino ist Soziologe an der Universität Turin.
Termin: Mittwoch, 25.04.2007, 20 00 Uhr
Ort: Infoladen Bremen, St.-Pauli-Str. 10/12, D-28203 Bremen

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 5 Euro mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45 Euro abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg